



**CONSIGLIO REGIONALE
TRENTINO-ALTO ADIGE**

Ufficio resoconti consiliari

**REGIONALRAT
TRENTINO-SÜDTIROL**

Amt für Sitzungsberichte

**ATTI
CONSILIARI**

XIV Legislatura
2008 - 2013

**SITZUNGSBERICHTE
DES REGIONALRATES**

XIV Gesetzgebungsperiode
2008 - 2013

RESOCONTO STENOGRAFICO - SITZUNGSBERICHT

Ore 10.02

VORSITZ: PRÄSIDENTIN ZELGER THALER
PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE ZELGER THALER

PRÄSIDENTIN: Die Sitzung ist eröffnet.
Ich bitte um den Namensaufruf.

CIVICO: *(Segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENTIN: Danke! Für die heutige Sitzung haben sich ganztägig die Abg. Bombarda, Giovanazzi, Cogo, Magnani, Vezzali, Ferrari, Egger, Theiner (zeitweise am Vormittag) und der Abg. Firmani entschuldigt. Frau Abg. Stirner kommt später.

CIVICO: *(Segretario):(legge il processo verbale)*
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRÄSIDENTIN: Gibt es Einwände zu diesem Protokoll? Ich sehe keine, damit gilt es als genehmigt.
Ich verlese die Mitteilungen:

Die Anfrage Nr. 76 ist beantwortet worden. Die Anfrage und die entsprechende Antwort bilden integrierten Bestandteil des stenographischen Berichts über diese Sitzung.

COMUNICAZIONI:

È stata data risposta alla interrogazione n. 76. Il testo dell'interrogazione medesima e la relativa risposta scritta formano parte integrante del resoconto stenografico della presente seduta.

Wir fahren jetzt mit der Tagesordnung fort und zwar mit dem Tagesordnungspunkt Nr. 1: **Kenntnisnahme des Rücktritts des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Region sowie anderer Mitglieder der Regionalregierung und nachfolgende Maßnahmen- Fortsetzung.**

Ich eröffne die Debatte, die jetzt in vereinheitlichter Debatte stattfindet. Jedes Mitglied des Regionalrates hat 30 Minuten Zeit sich dazu zu äußern.

Bitte, Abg. Klotz, Sie haben das Wort.

KLOTZ: Lieber, neuer Präsident! Aufregendes enthält der Bericht nicht, aber was soll es schon so viel Aufregendes zu sagen geben.

Ich beginne beim Positiven. Immerhin sprechen Sie hier etwas an, was wichtig und richtig ist und auch ehrenhaft von Ihnen, dass Sie sich dieser historischen Wahrheit stellen, wenn Sie auf die Bedeutung der Region, auf die politischen und historischen Hintergründe zu sprechen kommen und wenn Sie davon reden, „es bleibt die Tatsache bestehen, dass eine völkerrechtliche Verankerung der Autonomie in erster Linie zum Schutze der Rechte der deutschen Sprachminderheit in Italien selbstverständlich nicht in einem für diesen nachteilhaften Rahmen erfolgen konnte“. Ist zwar erfolgt, aber dass dies nicht gut geht, geben Sie dann zu. „Die geschichtlichen Ereignisse mit ihren Rissen und Neuanfängen haben uns zu unserem derzeitigen Autonomiegefüge geführt“. Damit deuten Sie....

(Unterbrechung – interruzione)

PRÄSIDENTIN: ...es wird mir mitgeteilt, dass es die Übersetzung nicht gibt. Auf welchem Kanal? ...Auf 7...danke! Abg. Klotz, Sie können weiterfahren.

(Unterbrechung – interruzione)

KLOTZ: ...deshalb deutet er es an und das ist ein erster Weg. Denn Gemeinsamkeit kann man nur dort aufbauen, wo die Vergangenheit aufgearbeitet ist und wo man einen ausgewogenen Blick haben kann, auch einmal etwas zugeben kann. Das ist meines Erachtens ein positiver Grundstein, um morgen wirklich eine freundschaftliche Beziehung auf gleichberechtigter Ebene zu haben, ohne dass man immer wieder mit Unmut auf die Entwicklung schauen muss. Das ist sehr wichtig, dass man damit hier beginnt, diese Geschichte aufzuarbeiten und das tut Dellai und das gereicht ihm hier zur Ehre, also dass wir das möglichst schützen und verbessern müssen. Sie wissen, ich bin überzeugte Föderalistin, ich bin für die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips. Es kommt dann auch noch das Kapitel über die Gebietskörperschaften, über die Gemeinden und in jedem Falle stünde es unseren Gemeinden, auch denen in Welschtirol, die sich ja auch aus der altösterreichischen Tradition in einer gewissen Hinsicht noch speisen, wenn sie es wollen, stünde es ihnen gut an, dafür zu kämpfen, dass die Gemeinden mehr Autonomie bekommen, so wie beispielsweise im Bundesland Tirol es der Fall ist. Wir wissen, es gibt einen neuen Vergleich, eine Neuerscheinung. Diese wurde gestern vorgestellt, wo die Vergleiche auch angestellt werden, welche Befugnisse die Gemeinden in Südtirol und die Gemeinden im Bundesland Tirol haben. Da gibt es sehr wesentliche Qualitätsunterschiede.

Der zukünftige Präsident sagt dann weiter: „Aus diesem Grund eben, weil es mit viel Wirrnissen, mit Rissen und Neuanfängen, mit schmerzhaften Ereignissen zusammenhängt, aus diesem Grund ist es richtig zu sagen, dass mit dem zweiten Sonderstatut und seiner langer Durchführungsphase der Sinn des Pariser Abkommens, nicht wie einige behaupten verraten, sondern wieder hergestellt wurde“. Auch dies ist ein wichtiger Satz, mit dem man sich der historischen Wahrheit stellt.

Er kommt dann auf die Aussichten: „Es wird weitere statutarische Entwicklungen geben“. Das werden wir ja sehen. Ich sehe das nicht. „Jedoch

erst dann wird es eine Form annehmen können, wenn wir durch die konkreten Erfahrungen endgültig eine klare Vorstellung haben“. Wir haben als Südtiroler Freiheit ziemlich klare Vorstellungen, andere haben auch einige andere Vorstellungen und da gibt es sicherlich noch einen langen Weg. „Wenn im Parlament in Rom in einem angemesseneren Rahmen über dieses Thema diskutiert werden kann“. Hier lässt er offen, was „der angemessenere Rahmen“ ist. Ich deute ihn so, dass er sich doch erwartet, dass es Änderungen gibt, dass es vielleicht endlich zu Maßnahmen der Föderalisierung kommen wird. Es ist jetzt eine sehr interessante Phase, gerade hinsichtlich des Ausgangs des Referendums, wo die Bevölkerung ja gezeigt hat, dass sie die Mitbestimmung nützt, d.h. direkt demokratische Maßnahmen nützt, wenn es um Lebensgrundlagen und um Existenzfragen geht. Aber es soll ja eine Kultur der direkten Demokratie werden. Diese Kultur muss weiterentwickelt werden und gilt es weiter zu entwickeln, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht das Gefühl der Ohnmacht haben, sondern wissen, wenn die Politik fehlt, also wenn nicht mehr das Gemeinwohl im Vordergrund steht, sondern vor allem Parteiinteressen, Eigeninteressen, Machterhalt, Geldgewinn, dass dann die Bevölkerung eingreifen kann durch das Instrument der Mitbestimmung, durch die Referenden, um das Ganze wieder in die richtige Richtung zu bringen. Das wird sehr wichtig werden in der nächsten Zeit und ich sehr hier durchaus Ansätze. Wir haben unsere Zielsetzung, Abstimmung im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, was auch ein demokratisches Grundrecht ist und auch natürlich eine der wichtigsten, direktdemokratischen Maßnahmen. Darum geht es auch im echten Föderalismus. Aber ich werde darauf nicht weiter eingehen. Alle wissen, dass wir diesbezüglich konkrete Schritte gesetzt haben, dass wir uns seit vielen Jahren sehr gründlich damit auseinandersetzen und unseren Weg konsequent weiter beschreiten.

Es kommen dann einige Schwerpunkte: EVTZ, Europäischer Verbund territorialer Zusammenarbeit. Gestern hat man einen Grundstein gelegt und was die Zeitungen heute schreiben, das wird man wohl in einigen Monaten oder Jahren wieder gründlich zurücknehmen müssen. Ich weiß nicht, was die Trentiner Zeitungen schreiben, jedenfalls in Südtirol heißt es, damit ist die Europaregion Tirol geboren... nein, das darf es ja nicht heißen. Es ist die Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino. Damit hat man das Ganze schon wieder aufgeweicht und relativiert. Damit sagt man im Grunde, dass es keine Euregio ist, sondern die technische Zusammenarbeit von drei heute noch bestehenden Ländern mit einer Grenze dazwischen.

Es soll also eine „voll funktionsfähige, grenzüberschreitende Zusammenarbeit geben“, heißt es und diese „soll den Sockel der künftigen Europaregion darstellen“. Ich erinnere hier an den Zwischenruf des Europaparlamentariers Herbert Dorfmann, der ganz klar sagt, keine politische Euregio. Auf die Frage, ob man jetzt von der Euregio sprechen könnte, sagt er wörtlich: „Das wäre gefährlich. Beim EVTZ handelt es sich um eine technische Zusammenarbeit. Es wird damit die Möglichkeit geschaffen, dass Regionen sich zu juristischen Personen, sprich zu Körperschaften zusammenschließen können, um grenzüberschreitende Projekte durchzuführen. Diese neue Körperschaft könnte beispielsweise einen gemeinsamen Betrieb im Gesundheitsbereich führen oder eine gemeinsame Kläranlage“. Wir haben gestern gehört, dass man daran denkt, vor allen Dingen einen gemeinsamen Verkehrsverbund zu gründen. Das sollte die erste Maßnahme sein. Gedacht ist

dann auch an eine Zusammenarbeit was Abwasser, Wirtschaft anbelangt. Von gemeinsamen Stromplänen ist ja noch in dieser Beziehung nicht die Rede. Das heißt also technische Zusammenarbeit, das, was es ohne diese Unrechtsgrenze ja immer gegeben hätte und eine Selbstverständlichkeit, Normalität wäre. Das wird hier als große Errungenschaft gefeiert. Aber es handelt sich also um keine politische Euregio und insofern muss man auch den Zeitungen, die hier von diesem großen politischen Konzept reden, sagen, das was sie hier als Realität verkaufen, ist nicht Realität, sondern das ist eigentlich Etikettenschwindel, denn diese Art der Zusammenarbeit ist weniger als das, was das Madrider Abkommen vorsieht, es bräuchte den EVTZ nicht, wenn endlich das Madrider Abkommen umgesetzt würde, Kollege Pichler Rolle.

Es ist dann auf Seite 17 die Rede von einem anderen Schwerpunkt, dem wir sehr kritisch gegenüberstehen, nämlich dem Brennerbasistunnel, der hier als große Zielsetzung angeführt wird. Da spricht Dellai, „wir haben immer mit voller Überzeugung auf neue Investitionen an der Brennerbahnlinie, allen voran den Bau des Brennerbasistunnels und der neuen Bahnstrecke zwischen Verona und Franzensfeste hingearbeitet und werden dies auch weiterhin tun“. Man glaubt immer noch – wir glauben daran nicht – dass das die Lösung des Problems sein wird. Wir sehen wie viel Geld das verschlingt und wir sehen wie viel anderes vernachlässigt wird und auf der Strecke bleibt.

Dann ist auf Seite 19 ein anderer Schwerpunkt, der der neuen Regionalregierung am Herzen liegt, der uns im Gegenteil großes Kopfweh und großes Herzrasen verursacht, nämlich die so genannte Kulturhauptstadt Europas, also die Bewerbung des Nordostens Italiens, womit man noch einmal unseres Erachtens einen Schritt freiwillige Integration in den so genannten Nordosten, ehemals Triveneto schafft, was nicht unseren Vorstellungen entspricht. Auch das ist eine Zwangsvorstellung, beruht nicht auf der Freiwilligkeit oder auf keiner Zustimmung aus der Bevölkerung, sondern wird einfach hier von der Regierung so beschlossen und hier als großartige Chance dargestellt, als ein Konzept, wo unser kulturelles Erbe aufgewertet werden soll. Wir bezweifeln sehr stark, dass es sich um unser kulturelles Erbe handeln wird. Wir anerkennen das kulturelle Erbe Venedigs selbstverständlich – und wie. Wir schätzen das. Aber dass wir es deshalb uns überstülpen müssen, das geht meines Erachtens zu weit und dass wir uns deshalb sozusagen in jeder Hinsicht integrieren in diesen Nordosten und damit in alle Richtungen signalisieren, das ist unsere so genannte kulturelle Heimat, das ist ein falsches Signal. Aus diesem Grund werden Sie Herr Präsident verstehen, Ihre Aussagen im ersten Teil, was die Geschichte anbelangt, in Ehren, das habe ich auch angeführt, aber diese Projekte können wir nicht mittragen und da es bei dieser Regierung und Regierungserklärung darum geht, dass man ankündigt, welche Projekte man vorhat, da wir diese inhaltlich nicht mittragen, können wir Ihnen das Vertrauen auch nicht aussprechen. Es geht ja um die Vorhaben und die führen unseres Erachtens nicht in die föderalistische Normalität, sondern sind immer noch gezeichnet von der Fremdbestimmung durch einen Staat, dem wir nie angehören wollten und über dessen Zugehörigkeit wir noch nie frei abstimmen haben können, auch wenn jetzt 150 Einheit Italiens gefeiert werden. Wir haben nie die Möglichkeit gehabt, uns dazu zu äußern und bevor dies nicht der Fall ist, werden wir all diesen Programmen und Projekten nicht zustimmen.

PRÄSIDENTIN: Danke!

Abg. Morandini, Sie haben das Wort.

MORANDINI: Grazie, Presidente. Apprezzo la sua solerzia, ma non possiamo non dire il nostro pensiero su questa dichiarazione.

Sì, sì, lei ha ragione, in parte sono colpevole io per l'iscrizione tardiva, però lei sa che per prassi, per abitudine, lo fanno i suoi collaboratori, sono solito intervenire su passaggi importanti come questo e ritengo un dovere farlo, tanto più in un contesto, quale quello odierno, in cui si trova la Regione, non da ieri e naturalmente per fare delle osservazioni alla relazione del Presidente della Giunta regionale uscente ed anche qualche proposta su come intenderei una nuova Regione, su cui da anni mi intrattengo, ma ahimè sino ad oggi con scarse speranze, con scarsi risultati.

Prima di tutto debbo dire che resto stupito che chi da anni regge le sorti di una delle due Province, in questo caso la Provincia autonoma di Trento, enfatizzi la cosiddetta staffetta come un qualcosa di assolutamente innovatore, qualcosa di fortemente positivo come modello da far vedere a tutto il resto d'Italia, perché altre regioni, altre esperienze autonomistiche lo possano mutuare.

Mi stupisco, perché chi regge da qualche anno le sorti della Provincia autonoma di Trento sa benissimo, per storia e cultura giuridica anche sua, che la staffetta non solamente è contraria profondamente sul dato giuridico ed è contraria ad un articolo specifico dello Statuto, se non vado errato il 37, comunque dirò subito il concetto, il senso di questo articolo, ma la staffetta è anche violativa dei rapporti istituzionali fra Regione e Province, sempre alla stregua dello Statuto ed è anche un dato politicamente molto scorretto, quindi che evidenzia la sua scorrettezza sul piano politico.

Sul dato giuridico faccio presente che, in virtù dell'articolo 37 dello Statuto, il Presidente della Giunta regionale dura in carica finché dura il Consiglio regionale, alla scadenza eventualmente può fare solo l'ordinaria amministrazione e quindi non sta scritto da nessuna parte, anzi sta scritto l'opposto, che si possa fare la staffetta. Sta scritto – ripeto – che il Presidente dura in carica finché dura il Consiglio regionale. Fino a prova contraria il Consiglio regionale a tutt'oggi è in carica, quindi si faccia dimettere, se si hanno gli strumenti, il Consiglio regionale, si commissari il Consiglio regionale e allora la staffetta può legittimamente fondarsi. Fino a prova contraria la staffetta fra i Presidenti delle due Province come Presidente della Regione è profondamente contraria allo Statuto e quindi ad una legge di rango costituzionale com'è lo Statuto.

Vorrei anche sottolineare che dal punto di vista giuridico si rappresenta, in questo senso, anche un conflitto di interessi ed anche questo è un dato giuridico fortemente violato dalla cosiddetta staffetta. Emerge un conflitto di interessi o comunque una contrapposizione di interessi in capo allo stesso soggetto istituzionale e questo conflitto di interessi si realizzerebbe ogniqualvolta si trattasse della delega di funzioni amministrative dalla Regione alle Province stesse.

Perché dico questo? Perché loro sanno che l'articolo 18 dello Statuto di autonomia dice: "La Regione esercita normalmente – non sempre come invece è stato fatto in questi anni – le proprie funzioni amministrative delegandole alle Province, ai Comuni e ad altri enti locali o valendosi dei loro uffici".

Allora nel caso di delega, che si realizza ogniqualvolta, come sapete, un soggetto o un suo organo, fondandosi sulla sua competenza a provvedere in ordine ad un determinato oggetto, attribuisce ad altro soggetto, ad altro organo i poteri e le facoltà che ritiene necessari, affinché questo possa provvedere in modo altrettanto legittimo, pur essendo la delega fatta con legge, quindi attenendo alla competenza nostra del Consiglio regionale, lo abbiamo visto in una serie di deleghe passate in quest'aula, un peso consistente, svolto per evidenti ragioni dalla Giunta regionale.

La delega, come sapete, può essere di vari tipi: può contenere condizioni che l'ente delegante, in questo caso la Regione, dà all'ente delegato, alle Province, può riservare all'ente delegante una parte della materia oggetto della delega, oppure può delegare totalmente la materia in questione. Faccio un esempio per essere più chiaro. Può rappresentarsi l'interesse della Regione, nell'atto della delega, a mantenere in capo a sé stessa funzioni di coordinamento fra le due Province a fronte di materie di portata sovra provinciale, come potrebbero essere l'ambiente, i trasporti, le comunicazioni, l'Università, la ricerca scientifica, eccetera, oppure nella stessa materia potrebbe risaltare un contrapposto interesse delle Province a pretendere la delega totale, riservandosi poi loro, naturalmente previo reciproco accordo con la Regione, la disciplina dell'esercizio delle competenze della materia stessa.

Queste possibilità, che ho esemplificato, rappresentano una sostanziale differenza all'interno della delega, con la conseguenza che, qualora il Presidente di una delle due Giunte provinciali fosse anche il Presidente della Regione, come accade oggi da molto tempo e torno a ribadire va stigmatizzato questa prassi, si cumulerebbero nella persona sia del delegante, Presidente della Regione, che quella di delegato, perché il Presidente della Regione, che sarebbe uno dei Presidenti delle due Province, vivrebbe nella stessa sua persona le stesse funzioni di delegante e di delegato. Quindi è palese il contrasto di interessi in capo allo stesso soggetto.

Nel caso infatti in cui la Regione fosse presieduta da un Presidente delle Province – come accade da qualche anno – si realizzerebbe la situazione per la quale un organo (il Presidente della Provincia) che contribuisce in modo determinante, lo sottolineo, a determinare il contenuto dell'atto di delega, ottiene poi la delega a favore di sé stesso. Quindi il Presidente della Regione che delega sé stesso – certamente collega, lei mi dimostri il contrario, sono ben lieto di ascoltare il suo ragionamento, però questo ragionamento, stesso rigore giuridico – e quindi, ripeto, quando il Presidente della Regione in carica, che è uno dei Presidenti delle due Province, delega alla Provincia, in quel momento essendo lui sia Presidente della Regione che della Provincia cui è delegato, è palese il conflitto di interessi.

Questo determina una indebita ed inopportuna interferenza nell'atto di delega in cui è interessato, in quanto poi ne sarà il beneficiario, sempre lui come Presidente della Provincia che, nell'esempio che ho fatto, è l'ente delegato.

Da questo punto di vista, come dicevo, c'è poi un altro duplice ordine di contrarietà alla delega, è la seconda ragione di tipo istituzionale, qui evidentemente è chiaro che nel momento in cui si consente ad un Presidente delle due Province di presiedere la Giunta regionale, è sotto gli occhi di tutti che questo è uno svilimento del ruolo della Regione, oltre ad essere una violazione dell'assetto tripolare che, fin dall'accordo di Parigi, presiede ai nostri

assetto autonomistici, i quali hanno previsto la Regione e le due Province con le loro competenze, come ruolo di governo, ciascuna con le proprie competenze.

Allora pensare, o meglio fare, perché da qualche anno non solo si è pensato, si è fatto, addirittura lo si difende, lo si enfatizza come qualcosa di innovatore, addirittura di modello da seguire, pensare che in un assetto tripolare in cui ci sono tre enti territoriali, tre enti autonomi e quindi tutti e tre dotati di competenza legislativa, addirittura uno dei tre enti debba essere presieduto a staffetta, metà legislatura ciascuno, da un Presidente degli altri due enti, è una cosa che non sta né in cielo, né in terra, è una violazione profonda della norma costituzionale statutaria.

Non solo, ma è uno svilimento dell'ente Regione, quasi a dire che può essere presieduto a part-time, perché a part-time lo è sicuramente presieduto, perché i Presidenti delle Giunte provinciali sono in tutt'altre faccende affaccendati, viste le numerose competenze che hanno le Province. Quindi evidentemente sono fortissimamente impegnati già per il loro *munus* di Presidente della Provincia, ma possono permettersi un quarto d'ora alla settimana, anzi mi si dice che le Giunte regionali durano anche qualche minuto in meno e qualche volta il Presidente di turno arriva cinque minuti di ritardo ed è già finita la Giunta regionale che avrebbe dovuto presiedere, magari in quel caso l'ha presieduta il vice Presidente, ebbene possono permettersi a part-time di presiedere, per dieci minuti alla settimana, la Giunta regionale.

Se questo non è svilimento del ruolo della Regione, che cosa è?

Penso che Alcide De Gasperi si rivolti nella tomba, perché quando il 19 agosto 2006 il prof. Ugo De Siervo, Presidente emerito della Corte Costituzionale, professore ordinario di diritto costituzionale a Firenze, tenne una *Lectio magistralis* proprio in Valsugana, in occasione dell'anniversario della morte di De Gasperi, sul tema "De Gasperi e la Regione", evidenziò quale ruolo importante ebbe De Gasperi nel descrivere – oltre che nell'Accordo di Parigi, sappiamo che è stato uno dei sottoscrittori assieme al Ministro allora degli esteri Gruber – il ruolo determinante che ebbe e come era convinto di disegnare questo assetto tripolare, in cui la Regione rappresentava il frame, cioè il quadro, all'interno del quale le Province svolgevano le funzioni di sostanza, le funzioni più importanti, rimanendo in capo alla Regione le competenze di tipo ordinamentale.

Questo frame ribadisce l'assetto tripolare ed assolutamente non avrebbe mai avvallato, proprio per i presupposti, per i contenuti dell'Accordo di Parigi, una staffetta di questo tipo che – ripeto – oltre che essere giuridicamente infondata è anche scorretta dal punto di vista istituzionale, perché declassa e svilisce il ruolo ed il valore dell'ente Regione. È chiaro che da questo punto di vista la Regione è sicuramente considerata una "cenerentola" dell'autonomia.

Vorrei aggiungere a questa critica della staffetta anche un dato politico. Lo dico perché la maggioranza di questo Consiglio si accinge ad eleggere, come Presidente della Regione, naturalmente una persona di grande calibro dal punto di vista politico-istituzionale, comunque una persona la cui linea politica – mi riferisco al Presidente della Giunta provinciale di Bolzano – è da anni coerentemente, ma notoriamente antiregionalista.

Quindi, con tutto il rispetto per questa persona, è chiaro che non ci sono i presupposti perché si possa sperare che questa Regione, tanto più in un'Europa delle Regioni, perché l'Europa continua, il Parlamento europeo in particolare, ma anche la Commissione, a fare riferimento all'ambito regionale

guardando gli Stati membri certamente, ma anche le regioni, debbo dire che non è di particolare buon auspicio, dal punto di vista politico, il fatto di vedere affidata la Presidenza della Giunta regionale ad un personaggio la cui linea politica è notoriamente antiregionalista.

Oddio, non è che il Presidente della Giunta regionale uscente abbia fatto di più per valorizzare un po' questo ente Regione, sto pensando all'ultimo passaggio di deleghe che ha visto trasferite le competenze dalla Regione alle Province in materia di Catasto, di Tavolare, di Camere di Commercio. Debbo dire che lì si è sostanzialmente concretizzato il colpo di grazia all'ente Regione, cioè la Regione esiste formalmente sulla carta, ma ahimè con scarse competenze. La Regione esiste fino a questo momento, in questi anni ha fatto comodo anche alle Province, perché è stata spesso ufficio cassa, qualcuno ha parlato anche di bancomat, ma quello che mi preme rilevare è che è stata spesso spettatrice passiva di cose che fanno le Province.

Non solo, ma si è vista ridurre l'esercizio delle sue competenze legislative a pochissime leggi, le quali per la gran parte, vedasi anche l'ultima legge sul personale, non sono state altro che recepimento di leggi nazionali, quindi una sorta di adeguamento, per i motivi che ho detto, a quanto decidono le Province ed in questo caso anche di pagamento di quanto esercitano le Province e per altro verso di adeguamento a legislazioni dello Stato.

Ma c'è di più su questo versante dell'esercizio della competenza legislativa, addirittura la Regione ha fatto leggi, anche leggi incidenti sulle politiche sociali, le quali si vedono inattuato su alcune norme importantissime qualcuna delle Province e mi spiego. Faccio riferimento al cosiddetto pacchetto famiglia, più che pacchetto famiglia lo chiamerei "pacchetto lavoro", che la maggioranza attualmente in carica ha approvato sul finire della scorsa legislatura. Ebbene, ci sono due norme importantissime in legge regionale che da allora, mi pare che sono passati 5 o 6 anni addirittura, giacciono ancora inattuato in una delle Province e mi riferisco alla Provincia autonoma di Trento a cui mi onoro di appartenere. Fra l'altro non condivido assolutamente le critiche all'autonomia che ha il Trentino e che ha l'Alto Adige fatte da regioni limitrofe, è chiaro che il modo migliore per rintuzzarle è quello di dimostrare loro che la esercitiamo questa autonomia e non penso che diamo un bell'esempio quanto ad esercizio dell'autonomia regionale, come sto dicendo.

Ebbene, nella Provincia autonoma di Trento non sono ancora attuate, quantomeno da 5 anni, probabilmente da 6, un paio di previsioni contenute in legge regionale, quindi neanche da questo punto di vista la Regione non è considerata, ma qui oltre che la Regione ne va proprio dell'attuazione del dettato legislativo, tanto più sulle politiche sociali, non sono attuate due norme di questo tipo. La prima, quella che prevede che alle madri che decidono di stare a tempo pieno a casa ad accudire i loro figli, siano pagati i contributi previdenziali, che mi pare una norma assolutamente positiva che io, per quanto all'opposizione, ho convintamente votato, perché va nel senso di consentire una libertà educativa ai genitori, ebbene questa norma non è ancora attuata in Provincia autonoma di Trento.

Presidente della Giunta uscente, le chiedo cortesemente di tirare per la giacchetta, nei prossimi due anni e mezzo, il suo collega, visto che lei sarà vice Presidente e quindi siederà anche logisticamente vicino a lui, a lei come Presidente della Giunta provinciale lo dico in primis, perché questa norma sia attuata ed attuata la norma che consente il pagamento dei contributi per la

donna che fa part-time e va benissimo, ma chi rinuncia totalmente al lavoro fuori casa e si fa carico a tempo pieno dell'educazione dei propri figli, fattispecie per cui una legge regionale prevede il pagamento dei contributi pure per questa fattispecie, non si vede corrispondere i relativi contributi.

Quindi doppiamente penalizzata la donna che temporaneamente rinuncia al proprio lavoro per accudire i propri figli e sappiamo quanto questo sia importante, tanto più nel periodo 0-3 anni, questo è un dato – ripeto – oltre che di non attuazione di un dettato legislativo regionale, il che la dice lunga sulla considerazione della legislazione regionale, anche un dato fortemente negativo sul piano delle politiche sociali.

C'è un'altra fattispecie. La legge regionale contenente il cosiddetto, da parte della maggioranza, "nuovo pacchetto famiglia", anche questa non attuata in Provincia di Trento, prevede che vengano pagati i contributi alle persone che accudiscono a tempo pieno, a domicilio, pazienti gravemente non autosufficienti. Di queste persone che assistono persone gravemente non autosufficienti è un'opera nobile di assistenza, di condivisione e di cura, ebbene la legge regionale, ancora da 5-6 anni in vigore, prevede che nei confronti di queste persone siano pagati i relativi contributi per il tempo che passano ad accudire a tempo pieno le persone gravemente non autosufficienti, a tutt'oggi questa previsione regionale, in Provincia di Trento, non è attuata.

Questo è doppiamente grave, prima di tutto sul piano della politica sociale, nei confronti dei soggetti – mi riferisco sia a chi è destinatario dell'assistenza, sia chi eroga l'assistenza – che ne hanno particolarmente bisogno; quindi, doppiamente penalizzati per il fatto di dedicarsi, a tempo pieno, all'accudimento di persone gravemente non autosufficienti o all'accudimento dei bambini nell'età 0-3 anni.

Questo la dice lunga, per cui non solo la Regione non è tenuta in considerazione, perché ci sono norme molto importanti sulle politiche sociali, come quelle che ho semplificato, a tutt'oggi non attuate in seno a qualche Provincia, ma addirittura fortemente lesiva di diritti sul piano delle politiche sociali.

È chiaro che da questo punto di vista, anche per questa ragione, quella cosiddetta legge che ho criticato su questi due passaggi, criticato quanto alla non attuazione, sono alcuni dei pochissimi passaggi che ho convintamente votato, è chiaro che quella legge, anche perché non attuata in una delle due Province, in particolare nella Provincia di Trento, su versanti così delicati non può più essere denominata "pacchetto famiglia", come questa maggioranza l'ha battezzata, ma ahimè lascio alla vostra fantasia una denominazione; non mi interessa la denominazione, sta di fatto che si sta perpetuando da molti anni una fortissima ingiustizia.

Quanto alla questione del personale, recentemente abbiamo contribuito, anche con alcuni emendamenti, a cercare un po' di correggere certe ingiustizie che quella legge, secondo noi, conteneva, è stata una legge di adeguamento alla legge nazionale sul personale, adeguamento alla legge Brunetta, vorrei spezzare una lancia per questo personale regionale, il quale, compresi i Giudici di pace, mi pare non superi i 300 dipendenti, voglio spezzare una lancia per i dipendenti che lavorano e li ringrazio per la collaborazione a supporto delle strutture del Consiglio regionale, perché penso – e mi rivolgo al nuovo Ufficio di Presidenza – vada dato uno sguardo di attenzione per valorizzare delle professionalità e per capire la preziosità dell'apporto di questo

personale che lavora a supporto del Consiglio regionale, per quanto riguarda il personale regionale penso abbia diritto a concorsi, quantomeno a concorsi interni, meglio ancora se concorsi pubblici, ma siccome è tutto fermo da anni penso che si deve muovere qualcosa.

Si è fatto cenno, all'interno della relazione del Presidente uscente, al cosiddetto GECT, il quale dovrebbe essere un primo passo verso la cosiddetta Euregio, ne sentiamo parlare da molti anni e vorremmo vedere qualche fatto concreto, a parte gli aumenti dei pedaggi di cui è notizia in questi giorni sulla stampa, se si parla di Euregio allora dico a questa maggioranza che si deve avere il coraggio di pensare ad ipotesi concrete di trasformazione della Regione all'Euregio. Diversamente, se si continua ad andare avanti di questo passo, cioè si va verso l'Euregio e speriamo di vedere fatti più concreti di quelli visti fino ad oggi e si lascia andare avanti la Regione così, la Regione finisce ad un binario morto, per cui una larva istituzionale lo è già, lo diventa ancora di più ed intanto si va verso l'Euregio.

Allora si abbia il coraggio di dire: questa Regione, così come è strutturata, non ha senso di esistere, trasformiamo in questo modo la Regione in Euregio.

Noi abbiamo già fatto, ricordo che era l'autunno del 2000, quasi 11 anni fa, mi sono permesso di fare, in termini propositivi, una proposta articolata per una nuova Regione, "für neue Region" ed avevo proposto un sistema elettorale nuovo, perché un grande vulnus all'autonomia della Regione è stato dato con la legge costituzionale n. 1 del 2003 – Governo Prodi se non ricordo male – che ha tolto la competenza più importante in capo alla Regione, cioè la competenza elettorale, per cui da quel momento i consiglieri regionali non venivano più eletti a causa di quella privazione di competenza e poi la riassunzione da parte delle Province autonome in capo a loro della competenza elettorale e per quanto riguarda la Provincia autonoma di Trento ne è fuoriuscita una legge davvero scellerata, che premia a dismisura la maggioranza che vince le elezioni – legge che mi sono premurato di impugnare nelle sedi competenti, ma ahimè l'impugnativa non ha avuto buon esito – dicevo scellerata, perché addirittura consentiva, sino alla successiva correzione, di nominare *ad libitum*, al Presidente della Giunta provinciale eletto in Provincia di Trento, quanti assessori voleva.

Oggi per fortuna c'è il limite, non solo, ma ai consiglieri che vengono nominati assessori a tutt'oggi subentrano altrettanti consiglieri, i quali sono nella situazione fra coloro che sono sospesi, perché se per caso più di uno di coloro, che sono stati chiamati da consiglieri a fare gli assessori al Presidente della Giunta provinciale di Trento, ritenesse di non svolgere più le funzioni assessorili e se ne tornasse sui banchi del Consiglio, i consiglieri cosiddetti sostituti se ne debbono andare a casa, con enormi problemi sia di compatibilità, sia di tipo previdenziale, eccetera.

Nulla di tutto questo, naturalmente il TAR non si è nemmeno premurato, evidentemente aveva capito la delicatezza della materia, di entrare nel merito, ha dichiarato l'inammissibilità del ricorso appigliandosi ad un dato squisitamente formale, ahimè spero che non sia sempre così la giustizia in Italia, tanto più la giustizia amministrativa, lo dico a malincuore, perché ho avuto l'onore di avere dei Presidenti di TAR che ci hanno insegnato il mestiere, che invece dicevano che si superano le questioni pregiudiziali e si va nel merito,

perché il cittadino ha diritto di avere giustizia chiara, se ha ragione o se ha torto nel merito. Chiudo la parentesi.

È stato inferto un grande vulnus alla Regione, dicevo, allorquando a causa della legge costituzionale n. 1 del 2003 si è vista espropriare della competenza cuore che aveva, cioè quella in materia elettorale, per darla alle Province. Da quel momento la Regione, già privata di una serie di competenze, vedendosi privata della competenza cuore quale è quella elettorale, è chiaro che si sta avviando da allora in un binario particolarmente morto, come accennavo.

Allora da questo punto di vista sarebbe ora di avere il coraggio di dire: vogliamo l'Euregio, benissimo, trasformiamo la Regione in Euregio, facciamo queste proposte, perché fino a prova contraria la Regione è un ente territoriale, è un ente autonomo e quindi oltre ad avere un territorio, una comunità, un ordinamento, quindi tutti gli elementi strutturali, tutti gli elementi costitutivi per dar vita ad un ente territoriale con proprie competenze legislative, qualche competenza le deve pur essere riconosciuta.

Penso che tutte le proposte fatte, già allora come ricordavo nel 2000, ma anche successivamente, per quanto mi riguarda, possono essere le più varie, competenze che travalicano gli ambiti provinciali, trasporti, comunicazioni, università, ricerca scientifica, si può pensare anche alla polizia regionale, al personale amministrativo della giustizia, tanto più in un contesto di federalismo fiscale, almeno come sperimentazione, ai rapporti fra Trento, Bolzano ed Innsbruck, ma non come abbiamo assistito qualche tempo fa ad un rapporto non paritario fra Trento, Bolzano ed Innsbruck, ad un rapporto in cui Bolzano ed Innsbruck svolgevano la funzione da protagonisti, Trento era la "cenerentola". Anche questo, evidentemente, un Presidente della Giunta provinciale che è stato sino ad oggi Presidente della Giunta regionale non può assolutamente consentirlo. O c'è un rapporto paritario nei rapporti fra Trento, Bolzano ed Innsbruck altrimenti siamo davvero lontani da come è stata dipinta la Regione, da come l'ha voluta sia l'Accordo di Parigi ed anche da come ha diritto di essere fino a che vi è l'assetto tripolare che – ripeto – è fondato su legge costituzionale, è fondato su un accordo di rilievo internazionale e fino a prova contraria non è stato modificato.

Sennò abbiate il coraggio di modificare lo Statuto e dire che non è più tripolare questo assetto, ma è bipolare, che vede le due Province come le regine dell'autonomia e la Regione come ufficio pagatore, comunque come "cenerentola" perfino a questo punto, se l'assetto dovrà essere bipolare a danno della Regione, privata delle competenze legislative.

Ammiro di più gruppi politici come coloro che hanno coerentemente detto in aula che non credono nella Regione, i quali coerentemente esercitano le proprie scelte, come per esempio i Freiheitlichen, almeno qui la direttrice è chiara ed invece il gruppo di colleghi che oggi compongono la maggioranza in Trentino sono fortemente, politicamente responsabili di questo affossamento della Regione, perché in questi anni hanno avallato il progetto di forze politiche che da sempre – qui va riconosciuta almeno la coerenza, anche se non la condivido – hanno detto di non credere nella Regione.

Il fatto è che costoro, mi riferisco agli italiani che detengono la maggioranza in Provincia di Trento, hanno avallato politicamente questa eutanasia della Regione e questa è una responsabilità politica e storica gravissima. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Bitte, Abg. Penasa, Sie haben das Wort.

PENASA: Grazie, Presidente. Buongiorno a tutti i colleghi. La discussione, nel momento in cui c'è questo passaggio di Presidenza e di Giunta per intero, per quanto riguarda il Governo regionale, impone sicuramente un dibattito politico e quindi mi accingo ad effettuare alcune osservazioni anche come capogruppo della Lega Nord.

Innanzitutto credo che vada evidenziato, al di là delle parti politiche, un ringraziamento al Presidente Durnwalder per la presenza in aula, perché dobbiamo riscontrare il fatto che il Presidente credo sia stato presente a quasi tutte le sedute del Consiglio regionale e questo evidenzia un aspetto di responsabilità ed anche di rispetto per quanto riguarda questo Consiglio e questo va sicuramente evidenziato.

Prendendo spunto dalla relazione che qui viene presentata, non si possono sottacere alcune questioni assolutamente importanti, una delle quali, avvio l'intervento con questa, è stata appena abbandonata dal collega Morandini nel suo intervento e che mette in evidenza di quale tipo di ipocrisia politica purtroppo questa Assemblea sia vittima, in quanto, come lui ricordava bene, qui ci sono gruppi politici che disconoscono la Regione ed attivano un'azione politica coerente, sia nell'assunzione degli atti che gli competono, sia nelle prese di posizione che avvengono in quest'aula.

Penso specialmente in Trentino, abbiamo forze politiche che utilizzano, per la campagna elettorale, la storia dell'ente Regione alla quale noi siamo particolarmente affezionati, per poi contrabbandarla su un terreno nel quale la corrispondenza degli atti non vi è mai ed invece è un atto, secondo me, almeno eticamente molto grave. Perché non si possono raccogliere voti andando a difendere alcune istanze, per poi disconoscerle nel momento in cui si entra in questo Consiglio e chi ha responsabilità di amministrazione entra in Giunta. Questo, secondo me, è un fatto estremamente grave, che denota e porta con sé la debolezza politica che i rappresentanti della Provincia autonoma di Trento portano nel contesto del Governo di questo ente Regione.

Non credo assolutamente ed oggi i giornali danno conto della sigla di questo avvio di un nuovo soggetto, che è quello del GECT, che è avvenuto ieri in una cornice alla quale siamo tutti affezionati, ma al di là delle cornici, al di là delle belle parole che accompagnano la nascita di questo nuovo soggetto va evidenziato un aspetto che, secondo me, è un aspetto estremamente grave.

Qui di fatto stiamo scardinando l'ente Regione, perché passo dopo passo la volontà è questa, dire che questo ente è diventato poco più che un bancomat è solamente dire la verità. Sappiamo bene che il bancomat porta due ordini di problemi con sé, porta la disaffezione del cliente che lo usa che non ha più un contatto personale e poi è soggetto a molte frodi. Credo che questo percorso politico porti gli stessi rischi che porta esattamente la struttura del bancomat.

Quindi come si può credere che chi oggi vuole demolire la Regione, creda così tanto in un soggetto invece che ha come base un'Euroregione, quando si demolisce un ente che è supportato da un'assemblea elettorale a base popolare, che viene eletta con garanzie che sono scritte nella Costituzione e per la nostra parte nello Statuto di autonomia, quando invece stiamo organizzando un soggetto di tipo economico, per il quale è stato, a mio avviso,

strumentalmente usato, una situazione di tipo culturale e per certi versi sentimentale, che ci vede tutti molto affezionati ad un'area di tipo mitteleuropeo, che trova la sua cornice entro il Trentino, il Sudtirolo ed il Tirolo.

Questo è stato l'ennesimo contrabbando di cui è stato oggetto questo ente Regione, perché? Perché abbiamo discusso, l'ho detto anche in occasione della seduta del Dreier-Landtag di Merano, nell'ambito della riunione delle tre assemblee legislative del Dreier-Landtag, la proposta di questo GECT; un soggetto di tipo economico, che nasce per attivare importanti interventi, questo è indiscutibile, ma al di fuori di quelle che sono le regole democratiche, nelle quali sono rappresentate le rispettive forze, sia le forze di maggioranza che le forze di opposizione e questo non è avvenuto.

Al di là del fatto che la Presidenza del Consiglio dei Ministri abbia approvato questa proposta e non sappiamo se anche questa entra a far parte di uno di quegli accordi politici sottesi al fatto di mantenere in vita Governi, di tipo nazionale in questo caso, che però non possono, neppure questi accordi, andare a disconoscere i giusti interessi di cui comunque qui, in questa Assemblea, siamo tutti portatori alla stessa maniera, seppure con differente forza, consiglieri di maggioranza e consiglieri di opposizione.

Questo è un fatto ritengo grave, per il quale continueremo ad evidenziare una situazione che ci ha fortemente penalizzati, frutto di un'Assemblea senza regole. Noi lo dicemmo a Merano, se questo è il Dreier-Landtag, un'Assemblea che può fare ciò che vuole, nel momento in cui ha il mandato che gli serve, perché questo è successo, non possiamo più partecipare ad una situazione di questo tipo, perché quella è un'Assemblea che, facendo leva su situazioni di tipo culturale e sentimentale, porta poi a risultati che sono di interesse solo di una parte politica e magari anche non solo politica, soprattutto di tipo economico.

Gli altri aspetti importanti che trovo in questa situazione sono quelli che riguardano le attività che sono state realizzate fin qui. Qui si parla del sostegno alle famiglie e della legge sulla famiglia, il "pacchetto famiglia". A Trento abbiamo approvato una legge, che si chiama legge sulla famiglia, nella quale la prima situazione che si doveva recepire sarebbe stata quella della cornice e dentro la quale è nata poi, nella provincia di Bolzano, una legge molto buona, per sostegno alle famiglie che si trovano in difficoltà di varia natura. Invece a Trento abbiamo fatto il solito show, nel quale abbiamo approvato una legge e nel momento in cui si legge il titolo si pensa di aver trovato la soluzione ai propri problemi e poi la soluzione a quei problemi non viene trovata.

Oggi pomeriggio ci troveremo a discutere sulla legge per l'integrazione per quanto riguarda il sostegno alle famiglie dei lavoratori in mobilità. Anche qui il solito giochetto, un quadro regionale unitario, nel quale andiamo ad utilizzare dei fondi che ancora sono in questa Regione, perché giustamente la teniamo in piedi questa Regione, perché abbiamo un finanziamento a parte su questa Regione e quindi la teniamo in piedi solo ed esclusivamente perché altrimenti quei fondi non li avremmo sulle due Province.

Credo sia questa la motivazione principale per la quale qualcuno non è d'accordo con questa Regione, la tiene in piedi cercando di utilizzarla solo come elemento di transito per le finanze. Anche qui andiamo a vedere come sono stati gestiti quei fondi ed andiamo a vedere soprattutto i risultati che abbiamo da un anno all'altro per quanto riguarda i dati sulla mobilità ed i dati su coloro i quali hanno perso il lavoro, i dati sulla disoccupazione giovanile.

Noi continuiamo ad avere una situazione nella quale giustificiamo il fatto di avere una continua entrata di lavoratori extracomunitari, che effettuano dei lavori che la nostra popolazione non vuole più fare, ma di contro abbiamo un continuo aumento di quelli che sono i dati sulla disoccupazione, ma ce lo possiamo permettere questo quadro?

Siamo in una situazione estremamente difficile nel quadro finanziario ed economico nazionale al quale apparteniamo, altrimenti facciamo un piccolo Stato e poi vediamo di sostenere anche politicamente la tassazione fiscale, alla quale sottoponiamo i nostri cittadini, perché sarebbe bello che ogni Regione potesse deliberare le aliquote fiscali, perché allora potremmo discutere molto più ampiamente di autonomia. In ogni caso mi chiedo: possiamo continuare a mantenerlo questo quadro? Un quadro nel quale oltretutto abbiamo dei costi, sotto il profilo sociale, che sono sempre più alti per sostenere il fatto che noi giustificiamo interventi che non ci consentono di vedere diminuire – parlo in maniera particolare in Trentino, perché i dati dicono questo – quella che è la disoccupazione? Disoccupazione che comunque creerà problemi sui prossimi bilanci, perché sappiamo benissimo che anche il dato finale, per quanto riguarda l'attuazione dell'Accordo di Milano sulle nostre finanze provinciali, sicuramente dobbiamo essere in grado di essere forti sotto il profilo della produzione, di avere del gettito in queste Province, in questa Regione, perché altrimenti poi il ritorno non ci sarà. Quindi per evidenziare, ancora una volta, che ci sono davvero delle profonde divisioni.

Abbiamo poi parlato di competenza in materia di enti locali, una competenza che viene poi sviluppata su fronti completamente diversi. Abbiamo avuto modo, in prima Commissione, di discutere molte volte su alcuni argomenti che vedono – lo sottolineo positivamente – un'autonomia ancora forte, un'organizzazione ancora forte a livello dei comuni del Sudtirolo, vedo un fortissimo indebolimento per quanto riguarda i comuni del Trentino, perché questo ente che dovrebbe portare l'interesse di quelli che sono i comuni, a mio avviso, ha una situazione estremamente prona a quelle che sono le volontà politiche espresse dalla Giunta provinciale.

Quindi anche qui facciamo finta di avere un quadro unitario, ma, di fatto, andiamo su soluzioni fortemente differenti. Una per tutte, se abbiamo uno sforzo da parte dei comuni e dell'organizzazione dei comuni sudtirolesi, per quanto riguarda la definizione dei costi standard, che comunque se avremo la fortuna di vedere andare in porto davvero questa riforma in senso federale dello Stato, sarà una delle basi essenziali che purtroppo – sottolineo purtroppo – nella nostra Provincia non viene applicato direttamente, per effetto delle norme che garantiscono la nostra autonomia, ma ciò non vuol dire che possiamo giustificare il fatto di non andare in quella direzione, perché è una direzione giusta, vedo uno sforzo, da parte dei comuni del Sudtirolo, molto importante nella definizione di quelli che sono i costi standard di gestione dei servizi essenziali e non vedo nessun passo portato avanti dalla parte del Trentino.

Allora qual è questo quadro unitario nel quale ci stiamo muovendo? Questo è veramente un problema.

Senza poi dire che sarebbe bello vedere il vero ruolo che noi vogliamo attribuire agli enti locali, l'ho affermato più volte anche in Consiglio provinciale Presidente, sarebbe bello veder trasferire quel principio dell'intesa, nell'ambito di quelli che sono gli accordi sviluppati da parte degli enti che hanno ancora la competenza, quindi Regione o Province nei confronti dei Comuni,

quindi degli enti locali, proprio questo principio dell'intesa, che è un principio importante, è un principio che dà conto di una sostanziale parità dei due soggetti che vanno a trattare argomenti che li vedono compartecipi.

A pagina 9 poi facciamo riferimento ai segretari comunali. Credo che quella è stata una brutta pagina della storia della legislazione del Consiglio regionale, perché solo grazie ad una fortissima azione ostruzionistica della Lega Nord Trentino/Südtirol abbiamo corretto quella proposta, nella quale voi volevate quasi rottamare i segretari, perché questa è la figura professionale che andavate ad attribuire ai segretari con quella prima proposta di legge. Solo grazie ad un lavoro di ostruzionismo anche in quest'aula siamo riusciti a portare una correzione importante, che davvero ha riconosciuto una dignità istituzionale che trova comunque riscontro nella nostra storia amministrativa, che ha inizio prima della Repubblica italiana e questo si cercava di indebolire anche in quella proposta di legge.

Per quanto poi riguarda la pagina destinata alle minoranze linguistiche regionali, sappiamo benissimo che molte situazioni sono state sviluppate e sono state sviluppate bene, ma c'è la consapevolezza, da parte di molti in quest'aula, che ormai si abbia raggiunto il punto della sufficienza nell'ambito dei riconoscimenti delle minoranze linguistiche, cioè quelle che magari sono utili ad una discussione più ampia nel quadro giuridico di mantenimento di quelle che sono le potestà riconosciute dal nostro Statuto di autonomia. Ma ci sono altre minoranze linguistiche che aspettano di essere riconosciute, non possiamo fermarci al quadro di utilità che abbiamo costituito finora, ci sono altre minoranze che chiedono e sicuramente hanno un patrimonio culturale di lingua, di conoscenza, di tradizione, di costume ed hanno il titolo, esattamente come quelle che sono state riconosciute, di vedersi rispettati quei diritti che sono insiti in questa loro situazione. Ma siamo fermi da questo punto di vista, ci siamo giustificati e sembra che non dobbiamo fare passi avanti.

In questo sostengo la collega Caterina Dominici, perché ha pienamente ragione di dire che c'è ancora una parte nel Trentino dove aspetti di minoranza comunque non possono essere disattesi, perché non sono distanti o differenti da quelli che finora abbiamo riconosciuto, non si comprende perché questo processo abbia trovato una battuta d'arresto così significativa. Quindi in questo la sostengo e devo dire che ammiro la determinazione ed il coraggio con cui ha portato avanti questa sua risoluzione, che dà conto anche di come le donne, quando sono convinte di qualche cosa, lo portano avanti magari con maggiore determinazione.

Poi c'è un aspetto preoccupante a pagina 12, quando si parla dei centri di mediazione. Quando abbiamo letto queste proposte legislative, che sono venute avanti in questo ultimo periodo, abbiamo pensato che questo fosse uno strumento che poteva trovare un suo giusto sviluppo in ambito privatistico, quindi per dare soluzione a quelle che erano le professioni che si vanno consolidando, anche grazie alla presenza delle Università sui nostri territori, che vanno a formare dei giovani con qualifiche professionali più alte di quelle che avevamo in passato e adesso vediamo che anche qui la Regione si mette ad operare in un ambito che pensavamo fosse legittimamente riservato alla sfera di tipo privato.

Noi difendiamo il privato quando ci fa comodo e quanto più possibile utilizziamo il pubblico per fare una concorrenza sleale al privato, che non avrà

mai a disposizione le risorse di un bilancio pubblico, che tanto viene dalle tasse dei cittadini e quindi la risorsa è illimitata. Davvero su questo aspetto, Presidente, chiedo un chiarimento, perché se noi vogliamo fare tutto credo che siamo davvero a rincorrere aspetti organizzativi di stampo che non ci rappresentano, né sul piano politico, né sul piano culturale.

Quindi davvero credo che non ci sia bisogno di andare a realizzare interventi in una situazione nella quale sappiamo benissimo la crisi sta incidendo in maniera pesante, abbiamo evidenziato più volte come quante famiglie, che si sono fortemente impegnate per far formare i loro ragazzi, oggi si trovino con dei giovani laureati che hanno dei salari che sono assolutamente non coerenti con lo sforzo e con l'impegno sostenuto da loro stessi e dalle loro famiglie, per farli arrivare in una situazione migliore anche e non solo sotto il profilo economico.

Poi qui si parla di accordo con il Ministero della Giustizia, un accordo di cui si parla ampiamente alle pagine 13 e 14. Presidente, sarebbe bello che lei facesse dei chiarimenti, perché la cosa strana di questa nostra autonomia è che tutto si traduce in accordi che passano fra il Governo nazionale e gli esecutivi ed io mi chiedo se veniamo in questa Assemblea legislativa per prendere aria, che poi non è neanche tanto buona, perché comunque è aria chiusa, quindi eventualmente l'aria andiamo a prenderla all'esterno, perché veramente il ruolo delle assemblee legislative, sia provinciali che regionali, non ha più ragione d'essere. Quindi credo sarebbe più opportuno chiudere le assemblee legislative, perché costano e perché comunque in questa visione e applicazione dello Statuto di autonomia non hanno più una loro ragionevolezza di essere e comunque non hanno più neppure una loro dignità.

Quando parliamo di accordi intercorsi con il Ministero della Giustizia e la Regione su situazioni di ampia portata, per la quale non ricordo vi sia stata una comunicazione nell'aula di queste situazioni, mi chiedo se stiamo qui a parlare di mozioni sull'Iran o sulle bandiere, tutto sommato hanno poco a che fare ed anche sui bilanci, tanto le maggioranze per approvarli le avete, quindi veramente sembra un po' una perdita di tempo.

Il recepimento della legge in materia di personale. Anche qui una lunga discussione in Commissione, come al solito si è votato per maggioranze, poi siccome noi siamo un partito che non si accontenta di venire qui a fare una trasferta a Bolzano e di andare a pranzo tutti assieme a Trento non ci interessa, abbiamo messo in campo una manovra ostruzionistica depositando emendamenti, chiedendo delle correzioni, che peraltro abbiamo anche ottenuto, ma in ogni caso quell'adeguamento risulta tardivo e poco efficace, perché in questo caso, lo dico anche con un certo dispiacere, la mia mentalità è sicuramente autonomista e federalista e prendere atto che una legge nazionale è stata molto più attenta a disciplinare questa materia, di quello che abbiamo potuto esserlo noi nella legge regionale, sicuramente non fa onore a quel criterio di buona amministrazione, alla quale siamo tutti legati.

La previsione dei sistemi di valutazione che viene richiamata, questo è stato uno degli interventi che hanno richiesto più impegno per essere immesso, perché era una delle situazioni che non si volevano immettere, perché si diceva che qui non ce n'era bisogno, ma c'è bisogno dappertutto, perché sappiamo benissimo che anche se avessimo 99 persone che sicuramente fanno bene il loro lavoro e rispettano il cittadino in quella che è la sua giusta richiesta di avere risposte adeguate, sia in termini di competenza, sia

in termini di tempo, da parte dell'ente pubblico, sappiamo benissimo che magari solo per uno possiamo vedere recepito negativamente un'attività che invece dobbiamo sempre salvaguardare. Quindi meno male che il Presidente, nella sua relazione, ha voluto sottolinearlo, perché i sistemi di valutazione sono stati uno degli aspetti per i quali abbiamo dovuto maggiormente impegnarci.

Parliamo poi degli investimenti ferroviari sull'asse del Brennero. Certamente sono investimenti importanti, speriamo che vengano gestiti con la massima trasparenza, abbiamo visto anche in questi giorni che la stampa nazionale ha avanzato delle preoccupazioni in questo senso e quindi davvero su questo dovremo tenere, quanto più possibile, un'attenzione.

Poi la concessione dell'autostrada del Brennero. Anche qui però bisogna essere molto chiari, noi stiamo parlando di una società "in house", di una società nella quale comunque ci sono dei privati, privati che con il pedaggio che noi paghiamo tutti come cittadini hanno dei benefici di carattere economico e credo che sia giusto che questo non possa essere, perché allora facciamo una gara per vedere quali sono i cittadini che possono beneficiare di un intervento economico, che passa per un'azione coercitiva, perché è definita in ambito legale e quindi se uno prende l'autostrada altro non può fare ed ha un beneficio economico. Allora dico: perché non posso averlo io questo beneficio economico? Perché lo deve avere solo un altro? Perché non lo può avere il collega Tinkhauser? Perché non lo possono avere gli altri?

Quindi è giusto il principio della società "in house", è giustissimo, perché se ci sono condizioni che pubblicamente danno un beneficio anche in termini economici – adesso è presente anche il Presidente Durnwalder – noi dobbiamo essere fieri del fatto che questa autostrada è sempre stata gestita bene, dobbiamo rimanere in quella situazione, però non ci si può nascondere dietro un dito. Quindi è giusto che la Regione, le Province, i comuni partecipino, però quelli devono essere i soggetti e noi facciamo il tifo esattamente come voi, perché questa situazione rimanga locale, perché nulla si può dire sul fatto che non ci sia una buona gestione.

Qui però mancherebbe un capitolo ed in questi giorni stiamo trattando il collegamento con le aree importanti del Veneto, del Nordest, perché non si può dire solo da una parte che siamo contenti di far parte della candidatura del Nordest a Capitale europea della cultura nel 2019, però dall'altra parte, quando parliamo di collegamenti, non lo diciamo! Anche qui dobbiamo esplicitare una posizione in qualche maniera, sappiamo benissimo che quella è un'area importante, c'è la presenza di un aeroporto internazionale, ci sono i collegamenti con l'est Europa e con tutta una serie di Paesi che stanno entrando nella Comunità Europea, quindi un mercato che si allarga in questo senso.

Credo che due parole su quel tipo di collegamento forse in questa relazione ce le saremmo aspettate, perché comunque sono quelli i nodi futuri che dovremmo affrontare, per capire da che parte vorremmo andare e con chi vorremmo dialogare, però non c'è niente e non capiamo alcune prese di posizione in una certa maniera, come mai trovano talmente tanto ostacolo, tenendo conto delle proposte che sono venute avanti in questi giorni, su una situazione analoga, perché sappiamo benissimo che la Società Serenissima ha lo stesso problema di rinnovo della concessione, come abbiamo noi, loro avrebbero una possibilità di soluzione per la loro concessione, nel momento in cui realizzassero degli interventi ed uno degli interventi è proprio il collegamento

con la nostra regione e qui non si dice niente. Non si può non dire niente, perché non vogliamo che da una parte dicano: sì è giusto, la Regione Trentino-Alto Adige questa sua concessione la deve poter mantenere per questi motivi e dall'altra parte ci giriamo, perché regioni vicine a noi, la Lombardia ed il Veneto, che sono il cuore pulsante ed hanno un reddito pro capite ed un PIL di prodotto interno che è l'unico che ci paragona ai Paesi evoluti dell'Europa, facciamo finta che non ci sono! Non possiamo, perché voi avete una responsabilità troppo importante per non prendere posizione su questi aspetti!

Energia. Non dico niente sulle centrali, perché l'ho detto tante volte ed anche qui devo dire che a Bolzano si è fatto qualcosa di buono, a Trento non si è fatto qualche cosa di buono e questo mi dispiace molto, perché questi sono quei tesoretti che nel tempo porteranno una grande differenza.

Un altro aspetto. Bolzano ha sviluppato un ottimo sistema organizzativo per quanto riguarda CasaClima e noi ci siamo incaponiti di adottare un sistema LEED, molto più costoso, quando sappiamo benissimo che molte nostre ditte guardano con grandissimo interesse a queste attività che sono state sviluppate, in particolare dalla Provincia di Bolzano, relativamente a CasaClima, che si sta trovando un'ottima strada a livello nazionale ed internazionale di riconoscimento e non si vogliono fare queste cose, perché siccome ci sono troppe risorse da spendere, ognuno può farsi il proprio piccolo monumento.

Invece credo che sarebbero stati questi gli elementi sui quali collaborare, perché il principio di sussidiarietà, di adeguatezza ed anche del contenimento del costo della risorsa, sarebbero veramente dei principi che forse non solo dovremmo rivendicare nei confronti del nostro Governo nazionale, ma qualche volta dovremmo metterli in pratica anche nell'espletamento di quelle che sono le attività interne della nostra autonomia.

Biogas e teleriscaldamento con biomasse. Anche qui registriamo delle differenze che sono sostanziali, ma non è possibile all'interno della stessa regione avere situazioni così differenti, non è possibile, perché sono situazioni che in questo momento portano come risultato un arretramento per coloro i quali queste scelte non le faranno nei tempi giusti.

Capitale Nordest della cultura l'abbiamo già detto, non possiamo, quando ci fa comodo, dire che siamo contenti di stare nell'ambito di questo Nordest, pur sempre – sottolineo sempre – con la nostra autonomia e quando ci fa comodo ci vogliono stare, delle due l'una, o è sempre importante che facciamo parte di un assetto di regioni, alcune a Statuto ordinario e noi a Statuto speciale, ma che comunque si trovano in un arco europeo in maniera importante, che segna fortemente la differenza con le altre regioni di questo nostro Stato. Credo che dobbiamo prendere consapevolezza di questo e dirlo, perché non vuol dire disconoscere nulla di quella che è la nostra volontà di essere autonomi.

In questa relazione, questi aspetti sono aspetti che sono negativi, allora sarebbe bello davvero vedere – auspico – alla fine di questi due anni e mezzo di lavoro almeno un progetto che vada in una situazione unitaria, che vede la ricerca di soluzioni analoghe per situazioni sociali, culturali, con loro differenze linguistiche, anche culturali per certi aspetti, ma comunque che hanno sempre vissuto in un'area di condivisione ed anche di reciproco aiuto che andasse in quella direzione. Quel progetto non è il GECT, perché quel progetto vuole sfuggire da un'Assemblea legislativa, vuole sfuggire da un

controllo che comunque è costruito in un ambito democratico, per porsi al di fuori in una situazione più vicina a quella che è una società per azioni che non un ente politico.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Heiss, Sie haben das Wort.

HEISS: Danke, Frau Präsidentin! Ich werde relativ kurz sein. Wir möchten nur einen kurzen Kommentar zu dieser Halbzeiterklärung des designierten Präsidenten Dellai abgeben, die er vorgestellt hat. Nicht zufällig, das ist bereits öfter erwähnt worden, debattieren wir heute einen Tag nach der Unterzeichnung des Territorialverbunds eine zweifellos wichtige Entscheidung, die gestern gefallen ist, eine wichtiger Schritt auch zur Zusammenarbeit der drei Länder Tirol, Nordtirol, Osttirol und Trentino-Südtirol in wichtigen Bereichen wie Gesundheit, Energie, Mobilität. Aber natürlich – das hat die Kollegin Penasa bereits ausgeführt – das ist keine Euregio, es ist keine neue regionale Körperschaft. Sie hat keine parlamentarische Legitimation. Sie ist sozusagen ein technischer Verbund der Zusammenarbeit, der vielleicht einmal in eine entsprechende Euregio münden kann, aber zweifellos ein wichtiger Schritt, der durchaus gemacht werden kann und sollte, wenngleich die Medien hier natürlich das Ganze gleich zur Euregio hochstilisieren. Davon kann keine Rede sein. Hierzu führt der Weg noch sehr weit in die Zukunft, aber er ist auf jeden Fall anzustreben. Der Verbund, wie er gestern unterzeichnet wurde im sehr suggestiven Rahmen von Schloss Thun, ein wirklich ausgezeichneten Rahmen. Wir wünschen hier in Südtirol, dass das Land Südtirol den Mut aufgebracht hätte, nur auf diesen Rahmen zu sprechen, etwa Schloss Ehrenburg anzukaufen, womit ein ähnlich schöner Rahmen auch in Südtirol geschaffen worden wäre. Wir wünschen uns jedenfalls, dass dieses Projekt weiter wächst, das ist keine Frage. Das ist durchaus anerkennenswert. Diese Initiative zeigt aber auch auf, dass vor allem der Wunsch besteht, auf einer Art der Exekutive, auf einer bevorzugten Ebene der Exekutive dieses Projekt regionaler, interregionaler, überregionaler Zusammenarbeit voranzutreiben und das ist auch einer der zentralen Mängel der bestehenden Region Trentino-Südtirol, das sie in erster Linie ein Projekt der Exekutive ist. Wir glauben, dass das ein grundlegendes Definitions- bzw. Legitimationsdefizit ist, das diese Region aufweist. Wenn gestern Landeshauptmann Dellai die Region als Zwangsjacke bezeichnet hat, so merkt man sehr deutlich, dass diese Form der Stafette auch dazu dient, diese Zwangsjacke auszuhebeln. Die Stafette Durnwalder – Dellai soll eben dazu dienen, dass diese Zwangsjacke der Region gewissermaßen kommissarisch verwaltet und gestaltet wird, also nicht als parlamentarische Körperschaft, sondern eben als Form des Dirigismus, der von oben kommt.

Die Regierungserklärung von Landeshauptmann Dellai zeigt auch eine gewisse Lustlosigkeit, sich auf die bestehende Region in dieser Form weiter einzulassen. Die Form der Stafette ist eben der Versuch, wie wir gesagt haben, die Region als Organ der Exekutive zu verankern mit den beiden Landeshauptleuten als Trägern der Achse Bozen – Trient, für die sie abwechselnd Generalverantwortung übernehmen.

Präsident Dellai bezeichnet in seinen Erklärungen die Stafette als gelungenes Modell. Er selbst hat freilich von diesem Modell bis dato nur wenig Notiz genommen, da er bei den Sitzungen des Regionalrates eigentlich bis letztthin kaum anwesend war und durch die Präsenz des Präsidenten

Durnwalder suppliert wurde. Allerdings in nun auch Präsident Durnwalder abwesend und ich habe kontrolliert, ob diese Abwesenheit ihre Gründe hat und der bisherige Präsident Durnwalder hat sofort die künftige Ablöse genutzt, um eine Pressekonferenz einzuberufen und im Palais-Widmann über die Armut in der Provinz Bozen Südtirol zu sprechen, also dieser Region ein Armutszeugnis auszustellen und gewissermaßen ein wenig schulfrei zu nehmen. Es ist vielleicht nicht ganz zu lachen, aber auf jeden Fall macht es deutlich, welche Rolle diese Region aus der Sicht unseres geschätzten Landeshauptmannes hat und bisher hat Präsident Dellai hier gewissermaßen seinem Partner die Initiative überlassen und diese Rolle wird gewissermaßen hier so abgewechselt.

Das macht deutlich, wie diese Region bewertet wird aus der Sicht dieser Achse, dieser Stafette. Das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Man kann es auch ein wenig begreifen, denn es ist klar, dass die Region in der bisherigen Form zweifellos überlebt hat. Sie ist weniger ein Ort der Meinungs- und der Entscheidungsbildung als vielmehr ein Ort des Kräftemessens, der langen, auch der oft fruchtlosen Debatten. Sie ist ein Kampfplatz für die anderen, oft unausgetragenen Konflikte innerhalb der jeweiligen Provinzen. Das hören wir vor allem bei den Trentiner Kollegen sehr deutlich, die hier in der Region dann Debatten austragen, die auf der Ebene ihres Landes gewissermaßen bereits geführt wurden. Schließlich ist die Region in dieser geringen Ausstrahlung zugleich mit wenigen Kompetenzen begütert. Sie ist primär ein Verteilungsinstrument, das im sozialen Bereich – Kollegin Stocker führt das vor – gewisse Wirkung zeigen kann, aber auch mit der Gießkanne vielfach operiert. Das ist keine Frage. Die wenigen Kompetenzen, die hier sind, sind ausgeführt worden in ihrer Problematik im Bereich Gemeinden, wo eigentlich die Zusammenarbeit an sich am schwierigsten ist, weil wir gerade in diesem Bereich oft Unvergleichbares mit Unvergleichbarem vergleichen. Wir haben in Südtirol eine andere Struktur der Gemeinden als im Trentino. Wir haben andere Größenordnungen und gerade in diesem Bereich, wo eigentlich sehr viel Inkompatibilitäten bestehen, auch im Hinblick auf das Personal, sind wir gewissermaßen zur Zusammenarbeit genötigt. Das ist ein problematischer Aspekt, dass wir immer im Rahmen der Region genau in den Bereichen zusammenarbeiten, in denen eigentlich relativ wenig Konvergenz ist. Daneben gäbe es schon andere Felder, die diese Zusammenarbeit wesentlich besser gestalten ließen, etwa im Bereich Energie, Mobilität und auch im Bereich von Infrastrukturen, wo man eigentlich die Region sehr viel stärker einsetzen könnte, wo eigentlich jede Provinz ihre eigenen Lösungen anpeilt und die Region nicht einmal als Debattengrundlage nutzt, um hier gemeinsame Lösungen zu entwickeln, was oft bitter notwendig wäre. Ich denke auch an den Bereich des Marketings und des Tourismus. Da könnte die Region eine Klammer sein, die sehr vieles voranbringt. Das wäre aus unserer Sicht denkbar und sinnvoll. Aber wir sind gewissermaßen dazu genötigt, in Bereichen zusammenzuarbeiten, in denen wir oft sehr wenig Konvergenz haben – wenn ich das so sagen darf. Natürlich erfüllt die Region heute – das ist nicht unwichtig, ich möchte es wirklich sagen – auch eine gewisse Form des natürlichen Austausches unter uns Regionalratsabgeordneten, denn sonst würden wir uns weder kennen noch begegnen. Das muss man ehrlich sagen. Zumindest so kennen wir einige Grundanliegen, wir kennen die Namen, die Grundausrichtungen und Tendenzen und damit entsteht eine gewisse Bereitschaft der wechselseitigen Zusammenarbeit und des Versuchs,

voneinander zu lernen. Das wäre auf jeden Fall wesentlich ausbaufähiger als das bisher der Fall ist. Die Kollegin Penasa hat in aller Deutlichkeit einige Schwerpunkte aufgezeigt, in denen diese Probleme dann relativ gehäuft auftreten. Aus unserer Sicht wäre der Rahmen der Region wirklich neu zu definieren über diese Achse, diese Stafette hinaus. Es sind hierzu Versuche unternommen worden. Ich erinnere daran, dass der neu eintretende Präsident Dellai bereits 2006 im Rahmen der 60Jahr-Feier des Degasperri-Gruber-Abkommens ein gewisses Modell der Zusammenarbeit zwischen den beiden Provinzen vorgestellt hat. Das Ganze wurde aber ihrerseits, aber auch von anderen Parteien der Mehrheit nicht mehr weiter verfolgt. Diese Reformansätze wurden zumindest angedacht, aber sie sind dann gewissermaßen auf der Strecke geblieben, im politischen Alltag, in den Debatten auf nationaler Ebene, die die Interessen abgezogen haben und in den Separatinteressen der beiden Länder. Es wäre wirklich zielführend, diese Entwürfe, die Kollege Morandini bereits vor langer Zeit vorgestellt hat, ein Stück weiter zu vergleichen und vielleicht ab 2013 in einen neuen Prozess des Austausches und der positiven Auseinandersetzung einzutreten. Das erschiene uns schon wichtig, denn anderenfalls marschiert die Region hier in dieser Reanimationsform so weiter, ohne große Begeisterung, mit sehr viel Frust und ohne wirklich zielführende Ergebnisse bis auf die wenigen Fragen, die uns wirklich vereinen und verbinden.

Ich glaube schon, dass die Region nach wie vor ein wichtiges Feld der Auseinandersetzung bilden würde, das man verstärken müsste. Wir können nicht nur die Flucht nach vorne antreten und in der Verbundlösung einen technischen Ausweg suchen, sondern ich glaube schon, dass Institutionen wie die Region, die inzwischen weitgehend in ihrer politischen Bedeutung entschärft worden ist, wieder eine neue wichtige Bedeutung gewinnen können auch im Hinblick darauf, dass die europäische Integration auch der Integration von unten bedarf. Wir haben auf europäischer Ebene aktuell eine gravierende Legitimations- und Vereinigungskrise. Es fehlt innerhalb der europäischen Organe, innerhalb der europäischen Regierungen die Form der Zusammenarbeit, die noch bis vor wenigen Jahren vorhanden war. Es ist mit Sicherheit eine der gravierendsten Krisen seit 20-30 Jahren und gerade in solchen Momenten ist für uns, die wir an Europa glauben, zumindest die Ebene der regionalen Zusammenarbeit weiterhin zu vertiefen und zu stärken. Gewiss, Kollegin Klotz, über die Grenzen hinaus, vielleicht nicht unbedingt in den Lösungsformen, die du dir vorstellst, aber auf jeden Fall in der bereits bestehenden Form dieser Zusammenarbeit der beiden Provinzen auf der Ebene der Region. Aber hierzu bedarf es einer grundlegenden Neudefinition. Hiervon ist in den Erklärungen von Präsident Dellai nichts bis wenig zu spüren. Es ist mehr ein Dokument der Resignation als der Zukunftsorientierung. Das bedauern wir. Wir glauben eben, dass nach dieser Phase des Übergangs in den nächsten zwei bis drei Jahren entweder ein neuer Anlauf erfolgen muss, ein grundlegender Reformschub oder sonst wird die Reanimationsstation Region in den komatösen Zustand überwechseln und das würden wir als Grüne sehr bedauern.

PRÄSIDENTIN: Danke! Der Abg. Casna hat das Wort.

CASNA: Grazie, Presidente. Buon giorno e buon lavoro a tutti. È stato detto nella relazione, riportando le parole del Presidente Durnwalder, che il “Los von Trient” oramai è finito, ma è finito per lasciare spazio a che cosa? A dei coniugi che vivono nella stessa casa in maniera separata? Questa è una domanda che spesso volte ci poniamo. Siamo separati in casa o stiamo cercando le forme che ci possono unire o cerchiamo di dare contenuti a questa Regione? O vogliamo che sia soltanto una cornice, per usare quella terminologia oramai obsoleta, che sia un semplice meccanismo che eroga denaro, il bancomat?

Da tempo si farà sicuramente questo sforzo comune di riempire di significato, di contenuti questa Regione, che non sia un ente astratto e solo allora potremo dire che non viviamo da separati in casa, ma viviamo in un clima di conciliazione, perché cerchiamo assieme molte soluzioni ai nostri problemi ed il GECT potrebbe essere una occasione per dare contenuto e significato, ma ahimè l'Euroregione non ha un valore politico, ma meramente economico, anche se fa riferimento a quel sentire comune che potrebbe davvero farci vivere in maniera più armonica in questa Regione.

Un sentire comune che vorremmo che si traducesse davvero in una collaborazione di tipo economico, culturale e anche di ricerca. Tipo economico ci pensa già il GECT, cerchiamo addirittura di allargare la collaborazione fra Trento e Bolzano anche con il Tirolo, parlando di Euroregione, ma vorrei che questa collaborazione non si fermasse soltanto all'aspetto economico, ma che fondasse tutto il suo modo di operare su quel sentire comune che deriva da una ricerca continua di solidarietà.

Questo sentire comune potrebbe avere una doppia faccia, sentire comune vuol dire difesa esasperata della nostra cultura, della nostra identità e chiusura ai nuovi cittadini regionali? Parliamo con enfasi di minoranze linguistiche, difendiamo le minoranze linguistiche tipo il ladino, l'italiano stesso, il cimbro, il mocheno, ma ci accorgiamo che se noi vogliamo parlare di minoranze linguistiche si stanno affacciando sul nostro orizzonte, qualora dovessero avere la cittadinanza questi nuovi cittadini, altre minoranze linguistiche. Abbiamo pensato anche a queste e come riconoscere queste minoranze linguistiche? Con la stessa dignità che viene riconosciuta alle minoranze linguistiche che da tempo sono sul territorio? Questo è un problema che chi ci seguirà in futuro dovrà affrontare, ma è bene mettere le premesse anche per questo.

Abbiamo raggiunto dei risultati positivi in queste politiche, però direi che non soltanto si può raggiungere le politiche in campo sociale e previdenziale con dei programmi, ma è tempo di fare delle politiche sociali e previdenziali anche del fare, non soltanto del dire. Noi abbiamo un problema di disoccupazione giovanile – non so se l'Alto Adige è pari al Trentino – che va affrontato non soltanto con una mediazione di tipo penale per i giovani, ma con un aiuto concreto, con piani operativi per risolvere il disagio dei giovani che oggi vi sono nella nostra Regione.

Strettamente connesso anche al problema sociale è il problema delle famiglie, si sta parlando del cosiddetto pacchetto famiglia, ma di concreto quanto arriva? Mi pare che vi sia una differenza fra l'Alto Adige ed il Trentino per i contributi che vengono dati alle famiglie che ospitano i genitori a casa, gli anziani. Anche questa è una forma di integrazione e di comunanza, se vogliamo andare d'accordo, se vogliamo non essere coniugi separati in casa,

avere qualcosa che ci unisce, anche il pacchetto famiglia, esteso in tutti i dettagli, anche al Trentino.

Non ho capito invece quando si parla di assistenza sanitaria ed integrativa. Pensiamo intanto ad avere una buona assistenza sanitaria, pensiamo ad eliminare liste di attesa nelle rispettive province, occupiamoci di dare un esempio che sia un modello di sanità da diffondere anche in tutto il territorio nazionale. Oddio, non ci lamentiamo della nostra sanità, paragonata ad altre regioni italiane, ma anche a certe regioni nordeuropee, però prima di fare un passo a parlare di assistenza sanitaria integrata, forse è meglio di rafforzare quella che già abbiamo per migliorarla.

Per quanto riguarda il federalismo, l'introduzione del federalismo dovrebbe darci tanta paura, perché siamo già responsabili abbastanza e ci governiamo già da soli, abbiamo già avuto degli accordi di Milano che ci garantiscono delle finanze stabili se noi riusciremo a pagare le tasse, saranno proporzionate al nostro senso civico, più paghiamo le tasse e più avremo ricchezza nella Regione e nella Provincia. È chiaro che va rispettato il principio di sussidiarietà, differenziazione e semplificazione, aggiungerei anche di proporzionalità e di ciò che noi reclamiamo nei confronti dell'Europa, ma che anche qualche comune forse reclama nei confronti della Provincia.

Qui permettetemi una piccola parentesi. Noi giustamente difendiamo l'autostrada del Brennero, vogliamo che rimanga "in house" alle due Province perlomeno, ma vorremmo trovare formule anche per garantire che i comuni che si trovano in misura molto ridotta, forse con paragoni forzati, si trovano nella stessa situazione per ciò che riguarda le concessioni che loro hanno dato.

Si è parlato recentemente anche dei consigli comunali. Meno male che si parla dei consigli comunali, poiché talvolta, in nome di una riforma istituzionale fatta nella nostra Provincia, i comuni possono essere sviliti. Ci siamo impegnati noi a difendere la figura del segretario comunale che una legge regionale stava per svilire nelle sue funzioni, però insistiamo ugualmente che non volevamo difendere eventuali nullafacenti, non volevamo difendere la figura del Segretario comunale che poteva talvolta essere vittima di antipatie dell'esecutivo o politiche ed in nome di una certa incompatibilità rischiava di perdere il posto. Lo abbiamo difeso a spada tratta, ma non per difendere le persone che con delle osservazioni miravano a mettere paletti fra le ruote all'amministrazione, volevamo difendere quei segretari che volevano far trionfare la legge, l'ordinamento, la norma, al di là di certi poteri che alle volte possono essere mal interpretati da chi è al potere.

Poi mi ero sottolineato le iniziative fatte a favore delle minoranze linguistiche. Qui – ripeto ancora – attenzione, le minoranze linguistiche vanno estese a tutte le minoranze linguistiche. Una collega del PATT ha rivendicato la minoranza linguistica nella Valle di Non, giusta pretesto, ma attenzione, perché adesso altre minoranze linguistiche si stanno affacciando sull'orizzonte. Vorrei andare oltre, stiamo parlando di solidarietà, di dare il benvenuto alle persone, attenzione che un domani non si reclamino altre minoranze.

Qui apro una parentesi. Siamo aperti agli aiuti umanitari, abbiamo la cooperazione allo sviluppo, abbiamo impegni regionali a realizzare interventi nelle diverse parti del mondo e talvolta ci dimentichiamo chi ha bisogno accanto a noi. Non so se si fa apposta a dimenticarsi. Da una parte facciamo un discorso di benvenuto, di accoglienza, anzi si invitano le persone a disagio a venire da noi, perché siamo una Regione ospitale, ma poi nei fatti, proprio

quelle persone che li invitano a venire, sbattono loro la porta in faccia. Non so come sia a Bolzano, ma a Trento abbiamo persone che vengono invogliate ad una certa propaganda di certi partiti a venire, poi si mandano a dormire nei cantieri abbandonati, tipo la SLOI, con il rischio di poter contrarre qualche malattia pericolosa, li si manda all'Italcementi.

Faccio un appello: quelle istituzioni pubbliche, di tipo religioso talvolta, che invitano a venire quelle persone, fanno bene il loro mestiere, ma poi lo debbono fare, come dice Leopardi della natura: che ci fa nascere e poi la natura è maligna con noi stessi. Se si invitano a venire le persone, se si spalancano le porte perché entrino, vanno spalancate anche le porte di certe istituzioni religiose e di certi istituti pubblici, perché abbiano una situazione decorosa e non disumana. Solo allora potremo dire che abbiamo accolto, abbiamo sistemato bene le persone che avevano bisogno e poi con quello che avanza siamo andati anche in Africa o in altre parti del mondo.

Dobbiamo essere coerenti, su questo mi pare che la coerenza non vi è stata, finché si va la sera, si transita verso la SLOI e si trovano dei disperati che vanno a dormire in queste zone, mi domando: chi li ha fatti venire? Chi li ha fatti venire trovi loro degli alloggi e delle sistemazioni, perché un domani queste stesse persone reclameranno giustamente che sia riconosciuta a loro una minoranza linguistica.

Si è parlato poi della mediazione. Sulla mediazione il Presidente poi, in un contesto fugace, mi ha chiarito che qui parlava di mediazione penale e non di mediazione civile, però volevo sottolineare come l'Europa insiste che lo Stato e poi di riflesso anche la Regione e le Province facciano un'adeguata propaganda sul nuovo istituto che l'Italia ha adottato, dietro invito della Comunità Economica Europea, mi riferisco alla mediazione. Dovremmo parlare di più, purtroppo se ne parla poco, ma la nuova legge che è entrata in vigore con il 20 marzo di quest'anno parla di mediazione. Per cui, accanto alla mediazione penale, vi è la mediazione civile, che non è soltanto riservata agli organismi pubblici, tipo l'ordine forense alla camera di commercio, ma anche i privati possono aprire organismi di mediazione e purtroppo molti di questi non lo sanno e non so per quale motivo non si fa propaganda, non se ne parla adeguatamente di questo istituto.

Molte beghe, molti dissidi fra vicini, molte questioni di successione, prettamente civiliste, di confini, di diritti reali, di rapporti societari, di rapporti bancari, non possono più andare direttamente alla Corte, ma debbono obbligatoriamente passare attraverso l'istituto della mediazione, sia a livello privatistico, vi sono delle società private che hanno aperto e non va sbarrata la porta al privato elogiando sempre il pubblico. Se i giovani oggi si organizzano, mettono in piedi degli organismi di mediazione dando lavoro a tanti collaboratori laureati in giurisprudenza o in altre discipline con competenze mediative di comunicazione, vanno sostenuti.

Purtroppo non so come mai vi è un silenzio glaciale su questo argomento, nonostante l'Europa inviti gli Stati a parlarne ampiamente, poiché non si devono ingolfare i tribunali per delle sciocchezze, perché dal balcone di sopra gocciola acqua. Queste cose si possono risolvere con la mediazione.

Prendo lo spunto dalla relazione del Presidente, che si dava poteri all'ente pubblico, mi pare che poi abbiamo chiarito, è soltanto la mediazione penale che va ad investire il Giudice di Pace o altri organismi pubblici. Colgo l'occasione per dire che esiste un'altra mediazione importantissima, che va

sostenuta e va data pubblicità per far conoscere ai cittadini che esiste un istituto diverso per avere ragione e che anzi non si può andare direttamente dall'avvocato ed in tribunale se prima non si è passati per l'istituto della mediazione.

Si è parlato della legge sul personale e meno male che le cose sono state recepite, le cose buone che la legge Brunetta ha suggerito, quasi invitato, ma rimangono delle cose stranissime però, delle ingiustizie fra lo stesso personale, non so se anche a Bolzano un dipendente pubblico può stare a casa due, tre giorni senza mandare il certificato medico, basta una telefonata. Queste cose, scusate, creano delle ingiustizie eclatanti fra personale e personale. Ero dipendente pubblico nella scuola, ma se mancavo da scuola dovevo presentare certificato medico. Mi risulta invece che questo non avviene per i dipendenti pubblici della Provincia. Non so se anche in Provincia di Bolzano capita questo, che a mio avviso è scandaloso, perché diventa un abuso. Se si sta a casa bisogna corredare la domanda di certificato medico e questo per dare veramente serietà al pubblico servizio.

Mi ha fatto piacere ieri incontrare, in Commissione, il Magnifico Rettore dell'Università di Trento che ha detto: speriamo che presto possiamo anche dare merito al merito e riconoscere se vi sono persone meritevoli, che venga loro riconosciuto la capacità e la professionalità. Altrettanto dovrebbe essere fatto anche tra il personale della pubblica amministrazione a qualsiasi livello, perché certe cose avvenute nella pubblica amministrazione gridano scandalo.

Mi è capitato, parlo di 12 anni fa, dovendo elaborare un progetto per la distribuzione del fondo qualità – lo racconto per rendere il discorso concreto – ho buttato via un mese di tempo per fare un progetto preventivo e per dire cosa dovevano fare delle persone in più a ciò che era previsto nel loro mansionario, perché se avessero fatto queste cose avrebbero ottenuto una buona fetta di fondo qualità. Ho buttato via un mese – dico “buttato via” – perché poi alla fine dell'anno ho dovuto fare un altro progetto, un progetto consuntivo, verificare se i dipendenti avevano svolto queste mansioni che avevo loro affidato per ottenere il fondo qualità. Mi sono permesso, e mal me ne incolse, di dire a qualcuno: il tale è già molto se prende lo stipendio, altro che dare il fondo qualità! Perché mal me ne incolse? La Provincia erogò il fondo qualità in parti uguali a tutti. Allora da quel giorno mi sono cadute le braccia, d'ora in poi è inutile perdere tempo a fare fondi preventivi e consuntivi per la distribuzione equa del fondo qualità, se poi la Provincia diventa matrigna, cioè troppo buona dando il fondo qualità uguale a tutti.

Ecco perché noi sosteniamo che è tempo passato che sia riconosciuto merito a chi ha merito e demerito a chi ha demerito e se il merito è legato anche ad un compenso abbia un compenso maggiore colui che lavora di più, colui che ha reso oltre il mero mansionario. Del resto mi pare che la parabola dei talenti era questa: farli fruttare.

Giustamente le due Province sono alleate ed è bene, per difendere la concessione dell'autostrada del Brennero. Vorremmo che tanta unione e tanta coesione ci fosse anche nel lasciare che un'altra autostrada possa gratuitamente collegare il Veneto al Trentino, senza oneri, senza consumare ettari di terreno, perché con l'ipotesi che avanza di allargare le quattro corsie della Valsugana occupando territorio ed a costo nostro non sta in piedi. Apriamoci al territorio anche fuori difendendo la nostra specificità, ma anche la

nostra economia avrà maggior respiro se potrà trovare una via più veloce per portare i prodotti verso il Nordest. Quindi essere arroccati ancora sulla Valdastico mi pare che siamo lontani anni luce dalla cooperazione, come possiamo fare cooperazione transfrontaliera se non siamo capaci di fare cooperazione con il Veneto che è vicino a noi, ho dei dubbi su questo.

L'altro giorno è stato approvato un bel referendum sull'acqua, mi auguro che l'acqua, in maniera concreta, rimanga veramente tutta, il cento per cento pubblica e anche le infrastrutture che attengono all'acqua, condutture e quant'altro, vorremmo che nell'acqua non ci fosse alcun privato a metterci il becco. Abbiamo detto in tutte le lingue, in tutte le religioni, in tutte le piazze che l'acqua è pubblica e pubblica deve essere la gestione e che i privati non si affaccino a fare speculazione sull'acqua e se per caso l'hanno fatta invitiamo formalmente i privati a fare marcia indietro, chiunque essi siano, anche se sono legati a certi partiti di potere. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Der Abg. Lunelli hat das Wort.

LUNELLI: Grazie, Presidente. Sarei tentato di replicare anche alle ultime affermazioni che ho sentito pochi minuti fa, sia per quanto riguarda l'acqua, sia per quanto riguarda la mancata concessione sino ad ora per la A22. Vorrei ricordare che ci sono forze politiche in quest'aula che sono all'opposizione qui, ma che hanno la responsabilità del governo del Paese e quindi certi proclami, certe dichiarazioni fatte qua vanno contestualizzate con l'imbarazzo, mi rendo conto, di appartenere a quelle forze che a Roma, ad esempio sulla A22, hanno la capacità di discriminare realtà come la nostra e altre realtà che non hanno questo tipo di difficoltà nel vedersi rinnovata la concessione.

Vorrei tornare al dibattito di questa mattina, alla conferma da parte della maggioranza della validità di quella che viene volgarmente chiamata la staffetta, ma che più propriamente abbiamo sempre definito la Presidenza congiunta della Regione a Statuto invariato. Noi ci rendiamo conto che questa, anche dal punto di vista statutario, è la ricerca di una via d'uscita ad una situazione che non era più sostenibile, più opportuno sarebbe che ciò venisse codificato in una modifica statutaria che prendesse atto di quella che è una realtà della Regione Trentino-Alto Adige, all'indomani dell'approvazione del famoso pacchetto di autonomia della seconda fase dello Statuto di autonomia.

Allora la Presidenza congiunta in questa legislatura e mezzo credo abbia già portato non qualche vulnus alla realtà autonomistica tripolare della nostra Regione, ma abbia portato dei risultati precisi per quanto riguarda la dimensione di quella che noi vogliamo chiamarla la Regione utile, la Regione condivisa. Il primo dato, se vogliamo, è il fatto che per due volte, e da questo punto di vista l'abbiamo ringraziato anche la volta scorsa, un esponente di lingua tedesca dell'Alto Adige ha guidato la Regione che fino a quel momento, dal punto di vista storico è dimostrato, il gruppo linguistico tedesco non aveva mai riconosciuto dal "Los von Trient" in poi.

Allora al collega Morandini mi permetto la battuta, ho presente l'intervento del Presidente emerito della Corte costituzionale De Siervo per iniziativa della Fondazione Degasperi, però ho presente anche l'intervento, due anni dopo, di Mons. Egger che considero uno storico, come pietra importante negli studi sulla realtà regionale e sulla nostra autonomia.

Noi non vogliamo che questo processo che abbiamo dato avvio nella nostra regione possa essere esportato altrove, perché non avrebbe nessun senso, noi abbiamo sempre detto che questa realtà è utile alla nostra Regione, alla Regione Trentino-Alto Adige, a mettere insieme il Trentino e l'Alto Adige per una maggiore collaborazione tra la Provincia autonoma di Trento e la Provincia autonoma di Bolzano.

Da questo punto di vista non si mette in discussione la dimensione tripolare, però c'è da prendere atto che non siamo più due realtà, all'interno di questa Regione, distinte e distanti, ma siamo diventate e ci sforziamo di diventare sempre di più due realtà distinte e sempre più collaborative, sempre più partecipi ad un progetto condiviso.

Lo stesso risultato di ieri, delle tre Giunte che si sono ritrovate in Trentino, che hanno dato avvio ad una nuova fase di collaborazione transfrontaliera, credo sia frutto anche di questo modo di intendere la Regione come quadro condiviso di partecipazione delle comunità, quella trentina, quella altoatesina/sudtirolese, quella delle singole realtà delle minoranze linguistiche, quella delle comunità urbane e delle valli che caratterizzano le nostre due Province autonome. Se noi intendiamo la staffetta da questo punto di vista, credo che la Regione condivisa, la Regione utile, la Presidenza congiunta in questi sette anni e mezzo abbia portato a fare dei passi in avanti.

Certo, non sono passi definitivi, ma è un processo che abbiamo rimesso in moto e che per quasi 30 anni era rimasto fermo. Da questo punto di vista credo che vada considerata l'esperienza della staffetta come un qualcosa di assolutamente innovativo e positivo, tenendo conto che quando ci sarà la possibilità di cominciare a ragionare sulla modifica dello Statuto per arrivare alla terza fase dell'autonomia, credo che questo possa diventare qualcosa di statutario e non a Statuto invariato. Grazie.

ASSUME LA PRESIDENZA IL VICE PRESIDENTE DEPAOLI VIZEPRÄSIDENT DEPAOLI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Borgia. Ne ha facoltà.

BORGA: Grazie, Presidente. Un intervento sintetico, sia perché richiesto dagli amici di Bolzano e sia perché il collega Morandini ha già affrontato le questioni, dall'alto della sua esperienza e della sua competenza, le questioni di carattere giuridico, costituzionale e anche politico più strettamente inerenti la Regione.

Presidente, confermo il voto negativo del gruppo, per due ordini di ragioni che forse non sono strettamente legate alla Regione, ma che a mio giudizio hanno una loro importanza, in particolare la seconda ragione.

La prima ragione. Devo dire Presidente che non ho condiviso le dichiarazioni che lei ha reso – ora che si appresta a diventare Presidente mi sembra che assumano un'importanza maggiore – in occasione di un incontro con i rappresentanti del terzo settore, laddove ha detto che si sarebbe premurato di sollecitare azioni disciplinari nei confronti di quei dipendenti pubblici che osavano parlar male delle comunità di valle.

A dire la verità, nei nostri tanti democratici di provata fede, in servizio permanente effettivo che pullulano anche in Trentino, non ho visto nessuna reazione, non mi pare anche le forze sindacali, mi ha sorpreso il silenzio del collega Dorigatti, evidentemente nella fattispecie immemore delle sue origini.

Devo dire che, nel momento in cui assume la posizione di Presidente della Giunta regionale, queste dichiarazioni, secondo me inaccettabili, assumono anche un peso diverso. Questa è la prima delle ragioni che vengono ad aggiungersi a quelle più prettamente politiche, ma direi anche storiche, costituzionali, esposte in maniera mirabile dal collega Morandini, questa è la prima delle ragioni che mi spingono a dire no.

Immagino cosa sarebbe successo in occasione della riforma dell'università o della riforma del pubblico impiego, dove abbiamo visto non soltanto molti dipendenti contestare liberamente sulla positività delle riforme in atto, ma anche insultare pesantemente il Ministro Gelmini, il Ministro Brunetta, raggiungendo picchi di volgarità inenarrabili. Mi domando cosa sarebbe successo se soltanto il Ministro Brunetta o il Ministro Gelmini avessero sollecitato l'azione disciplinare nei confronti di quei dipendenti dei loro ministeri, che sono scesi in piazza pubblicamente non per contestare la riforma, ma per insultare pesantemente il Ministro.

In questo caso non ci sono stati insulti pesanti di nessun genere, solo valutazioni negative sulle possibili conseguenze negative di una riforma e quindi il suo intervento, Presidente, mi è sembrato assolutamente fuori luogo.

La seconda ragione credo sia ancora più importante. Lei ora diventa Presidente di questa Giunta, succede al Presidente Durnwalder, il quale si è sempre dichiarato, anche recentemente, esponente di un partito "blockfrei", ora arriva lei che sappiamo essere invece ancorato al centrosinistra, che però alla sua nota posizione qualcosa ha aggiunto dopo le elezioni di due domeniche fa.

Lei ha dichiarato, dopo l'esito dei ballottaggi, di sentirsi meno solo, evidentemente ha trovato dei nuovi amici. Allora ho provato a vedere chi sono quei suoi nuovi amici, sicuramente non possono essere i partiti di centro che, al pari del centrodestra, anzi per certi aspetti forse ancora di più, hanno subito una cocente sconfitta, non solamente il FLI e l'API che ormai sopravvivono in qualche comune, di regola ben sotto la linea Gustav e neanche l'UDC, il quale ha subito un arretramento e dove ha tenuto e qualcosa guadagnato è stato ancora una volta nel centro e sud Italia e, guarda caso, dove si è alleato con il PDL. Allora non possono essere questi i suoi amici. Mi pare difficile individuare tra i suoi amici il Partito Democratico, non soltanto per la sua convivenza non sempre idilliaca nella nostra Provincia, ma anche perché se c'è un altro partito che non ha vinto le elezioni due domeniche fa è il Partito Democratico.

Allora tra i vincitori delle elezioni, come molti commentatori hanno detto, ci sono i movimenti, c'è l'anima più movimentista della sinistra, ben rappresentata da persone come Vendola o De Magistris ed allora tirando due conti, dal basso della mia poca esperienza, ho cominciato a pensare che questi sono gli amici che la fanno sentire meno solo, vedendo che chi ha vinto quelle elezioni dovrebbero appartenere a quest'area un po' movimentista della sinistra, che effettivamente le elezioni le hanno vinte personaggi come Vendola e De Magistris, dai quali siamo lontani anni ed anni luce.

Se poi devo pensare anche ad altri suoi possibili amici, recentemente ho visto il giornale di Feltri, ha dato ampio spazio al prof. Cacciari, che è intervenuto il mese scorso in materia di federalismo, ha criticato la riforma in senso federale dello Stato, non da posizioni conservatrici, ma in quanto non sufficientemente incisiva. Ha detto che ben altro si dovrebbe fare per l'Italia ed in particolare tra le cose che ha detto che si dovrebbe fare subito, in senso federale, è l'eliminazione delle Regioni e delle Province a Statuto speciale. Non

ha citato soltanto le Regioni, come avrebbero fatto il 99% dei politici, ha citato anche le Province a Statuto speciale, perché lui, avendo frequentato spesso il Trentino – c'è stato un periodo in cui veniva spesso a trovarsi con lei Presidente e con il capogruppo Lunelli – conosce bene la nostra realtà.

Allora di questa amicizia comincio a preoccuparmi. Se poi vedo che nella Giunta di Milano è inserito Tabacci, che credo sia il portavoce di API, il quale notoriamente – l'ho sentito più volte in televisione – è un fiero avversario delle autonomie speciali, allora Presidente lei capisce che comincio un attimo a preoccuparmi delle sue amicizie, non di quelle personali evidentemente, ma di quelle politiche. Se poi aggiungiamo che una persona come Tabacci è la rappresentazione più evidente, è l'anello di congiunzione tra i poteri forti, i poteri finanziari, i poteri economici, quelli culturali che dominano l'Italia da un lato e dall'altro lato il movimentismo laicista più spinto, direi che di queste amicizie c'è da preoccuparsi.

Ora che non abbiamo quindi più un Presidente "blockfrei", ma un Presidente con i nuovi amici che ho cercato prima di individuare, un pochino preoccupati noi siamo e quindi il nostro no a questa Giunta ne esce rafforzato.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Chiocchetti. Ne ha facoltà.

CHIOCCHETTI: Grazie, Presidente. Siamo oggi alla metà della XIV^a Legislatura, momento che segna l'avvicinarsi alla guida della Regione dei due Presidenti delle Province autonome: il Presidente della Provincia di Trento subentra al Presidente della Provincia di Bolzano; analogamente oggi vedrà nascere una nuova Giunta, composta, in parte, da persone diverse rispetto alla prima metà della Legislatura.

Non si tratta, ovviamente, di un passaggio di mera formalità, né di una cosa che è prevista nello Statuto, la cosiddetta "staffetta", infatti è frutto di un percorso politico che abbiamo inaugurato all'inizio della Legislatura scorsa e quindi rappresenta il proseguimento di un lavoro iniziato nel 2009.

Negli ultimi anni si è assistito via, via ad una collaborazione sempre più stretta tra Bolzano e Trento, un dialogo sempre più intenso ha caratterizzato i rapporti tra Trento e Bolzano: questo ha portato ad un nuovo concetto di Regione intesa ora come una piattaforma istituzionale con una nuova forma di collaborazione tra le due Province autonome.

"Bolzano con Trento e Trento con Bolzano": questo, una sorta di slogan che riecheggiava in quest'Aula all'inizio della XIII^a Legislatura e che, possiamo dire, ha inaugurato un nuovo capitolo nella nostra storia autonomistica; "un'esperienza di governo unica nel sistema istituzionale italiano, che evidenzia la singolare specialità del nostro sistema autonomistico", come ha detto il Presidente designato nella sua relazione.

È stato intrapreso un cammino che tiene conto dei cambiamenti e del diverso modo di affrontare i problemi comuni che si sono manifestati in questi anni anche per effetto della modifica costituzionale che ha cambiato i rapporti tra Regione e Province autonome.

Le popolazioni del Trentino e Alto Adige/Südtirol hanno delle problematiche e delle esigenze comuni nei campi sociale, economico e culturale, cui vanno aggiunte le questioni ambientali, che possono essere difese e governate all'interno e "gestite" sull'esterno solo attraverso una forte e convinta azione sinergica tra Trentino e Alto Adige/Südtirol.

La formula dell'alternanza consente di raggiungere questi obiettivi con maggiore facilità, efficacia e determinazione per il coinvolgimento, alla pari, dei due territori, rappresentando compatti gli interessi delle due terre autonome sia all'interno che verso l'esterno.

L'esperienza sin qui maturata, a mio avviso, è positiva e taluni risultati importanti raggiunti fino ad oggi, ed elencati nella relazione del Presidente, stanno a dimostrare.

Il programma per questa seconda parte della Legislatura, esposto dal Presidente, si colloca in continuità con quanto fatto in questi ultimi anni.

Il passaggio odierno avviene all'indomani della sottoscrizione congiunta dell'atto di fondazione del GECT tra gli Esecutivi di Trento, Bolzano e Innsbruck. Un atto che dà un'ulteriore cornice in cui può svilupparsi questa cooperazione congiunta tra Trento e Bolzano. Ieri si è infatti data veste istituzionale alla cooperazione transfrontaliera tra Trentino, Alto Adige e Tirolo: uno strumento "di cooperazione", appunto, a disposizione delle istituzioni e delle popolazioni per l'attuazione di finalità e per la difesa di concreti interessi comuni, legati soprattutto alla tutela dell'ambiente, alle infrastrutture, all'economia, ai servizi di alto profilo innovativo e tecnologico nel campo della sanità, dell'università e ricerca, del lavoro e della formazione. Non si tratta di cambiare o spostare confini, ma di lavorare per una nuova regione europea, l'Euregio, al centro del Vecchio Continente e che avrà un suo peso specifico a Bruxelles. L'auspicio è che la collaborazione tra Trento e Bolzano trovi ulteriori stimoli e motivo di rafforzamento all'interno del GECT e che l'impegno di Trento e Bolzano renda operativo l'Euregio riempiendo il GECT di contenuti concreti a favore delle nostre popolazioni in settori di interesse comune. All'interno di questo nuovo organismo, Trento, Bolzano e Innsbruck saranno fortemente impegnati a rappresentare le esigenze e la voce delle popolazioni alpine.

Anche la Regione, penso, dovrebbe avere un ruolo all'interno di questo nuovo Organismo per rafforzare e tutelare la nostra autonomia sia a livello nazionale che nelle sedi internazionali; lo sviluppo della cooperazione territoriale transfrontaliera e la formazione futura di un'Euroregione dovrebbe vedere un ruolo attivo di questa Regione, ponendosi il GECT come un organismo dall'esistenza autonoma rispetto agli Stati membri, consentendo di agire direttamente nei confronti dei suoi componenti, delle istituzioni comunitarie e di terzi.

Ferma restando la condivisione del programma esposto dal Presidente, dalla politica del traffico e dei trasporti al tema dell'energia con lo sviluppo della ricerca e l'innovazione nel campo delle energie da fonti rinnovabili, dall'attenzione alle misure anticrisi a sostegno delle famiglie e dei lavoratori ad un progetto di assistenza sanitaria integrativa, dai Giudici di pace agli accordi che prevedono misure a supporto della funzionalità degli Uffici giudiziari della Regione, alle sinergie in materia di politiche culturali, mi preme fare alcune sottolineature che ritengo importanti in relazione all'azione della Giunta in questa seconda parte della Legislatura.

Si è parlato di semplificazione dell'azione della Pubblica Amministrazione e di modernizzazione degli apparati amministrativi. Credo che la Giunta debba individuare gli strumenti idonei a semplificare quanto più possibile le procedure amministrative: anche l'approccio con la Regione da parte della comunità, siano persone singole, associazioni o enti, risente di una significativa pesantezza burocratica, di procedure spesso complesse che sono

comunque controproducenti e non rispondono a quello sforzo di far camminare la Regione al passo con l'evoluzione di una società moderna, dinamica e "veloce".

Un obiettivo da perseguire riguarda un intervento sull'ordinamento dei comuni sotto il profilo del riconoscimento di un maggior ruolo e peso in capo ai consigli comunali. A seguito dell'introduzione del sistema di elezione diretta del Sindaco, l'esperienza nelle nostre comunità ci mostra una debolezza in capo ai Consigli comunali e, al loro interno, in capo alle minoranze. Sentendo sul territorio gli amministratori comunali, a più riprese viene sollecitato un intervento per superare una sorta di "frustrazione" nei consiglieri comunali che si trovano molto spesso nella condizione di doversi limitare ad una semplice ratifica delle decisioni prese dal Sindaco e dalla Giunta.

Il riconoscimento delle Dolomiti quale Patrimonio dell'umanità, stimola ulteriormente ad agire insieme, tra Trento e Bolzano, per trovare gli strumenti idonei, insieme agli altri partner della Fondazione, per una promozione intelligente e rispettosa dell'ambiente e al fine di far sì che tale patrimonio possa essere goduto da tutti quanti lo desiderano, salvaguardandolo peraltro da aggressioni e "assalti" che potrebbero comprometterne il futuro.

Accanto a questo, credo che ci debba essere un impegno ulteriore, come Regione, oltre alle due Province autonome di Trento e di Bolzano, in tema di politiche della montagna; per portare avanti strategie comuni, Trento e Bolzano, per la montagna, per proporre soluzioni alle problematiche che la vita in montagna presenta: il contesto alpino in cui viviamo ce lo chiede e ce lo impone. Il ruolo della montagna e delle popolazioni alpine chiede di agire anche a livello regionale, io credo, per portare in Europa la voce dei nostri territori. Un impegno specifico la Giunta dovrà prendere, io credo, affinché venga data concreta attuazione ai contenuti della Convenzione delle Alpi, da troppo tempo inattuata e chiusa in un cassetto.

Sullo sfondo vi è la necessità di ragionare attorno alla modifica dello Statuto di autonomia. Certo, il quadro parlamentare in questo momento non è tra i migliori per poter affrontare un tema di questo genere, ma io credo che qui si possa impostare qualche riflessione sul terzo statuto di autonomia. Va da sé che, su questo tema, oltre al dialogo all'interno delle forze politiche e delle istituzioni dell'autonomia, vi è la necessità di coinvolgere la società, i cittadini, la comunità. Il rafforzamento delle comuni appartenenze e la percezione di comuni interessi da parte delle persone sono gli elementi di base che consentono un coinvolgimento di tutta la società civile su questo tema.

Due importanti settori su cui voglio attirare l'attenzione riguardano l'attività di integrazione europea e l'attività in campo della solidarietà internazionale. L'integrazione europea riveste un'importanza fondamentale per l'azione dell'Esecutivo regionale. L'integrazione europea, soprattutto dei giovani, va perseguita con tutti gli strumenti a disposizione. Un'attenzione quindi alle iniziative finalizzate alla promozione di una coscienza e mentalità europea: la formazione europea dei giovani, attraverso scambi e soggiorni linguistici per studenti, deve avere, in questo settore, la priorità negli interventi della Regione. Va dato impulso all'inserimento attivo delle realtà regionali nel processo di costruzione europea; incentivare iniziative finalizzate allo sviluppo dei contatti fra organismi istituzionali, culturali e sociali; vanno sostenute collaborazioni e scambi all'interno di organizzazioni che si occupano della collaborazione interregionale e transfrontaliera. È auspicabile che sempre di più vi sia una

stretta collaborazione tra le due Province e la Regione per la realizzazione di queste iniziative a carattere europeo.

Altro settore che mi preme portare all'attenzione e sottolineare: le iniziative nel campo della solidarietà internazionale. Un campo di azione della Regione davvero considerevole ed importante. Anche le due Province autonome sono molto impegnate su questo fronte: sono i due territori, rispetto agli altri, che dedicano maggiori risorse economiche a tali iniziative. Le attività di solidarietà internazionale della Regione sono particolarmente rilevanti per la gravità delle situazioni e l'importanza dei bisogni che affrontano; attribuiscono un'attenzione particolare a programmi e progetti di educazione e formazione delle competenze locali finalizzate a sostenere, valorizzare e rafforzare le competenze e risorse locali in un'ottica di auto-sviluppo. Un settore, dunque, che la Giunta regionale deve continuare a sostenere e sviluppare, come peraltro affermato dal Presidente. Anche in questo campo è auspicabile che le due Province autonome e la Regione dialoghino di più, agiscano in sinergia, in un'ottica comune per destinare le ingenti risorse anche in qualche progetto pensato e gestito in maniera unitaria. Sarebbe un'ulteriore occasione per presentarsi sull'esterno all'insegna di una collaborazione costruttiva tra i tre Esecutivi e proiettare all'esterno l'immagine di una Regione che interpreta un ruolo diverso.

Le iniziative in favore delle minoranze linguistiche. Il sostegno a ladini, mòcheni e cimbri. Le politiche tese a consolidare le relative specifiche identità culturali, rafforzando la consapevolezza del senso di appartenenza ad una minoranza: di grande rilievo le azioni della Regione sotto questo profilo che devono essere mantenute, rafforzate e implementate. Voglio ricordare obiettivi e finalità di carattere prioritario di queste azioni: la promozione della consapevolezza e del senso di appartenenza ad una minoranza per consolidare e rafforzare la specifica identità culturale; impedire l'ulteriore spopolamento dei territori di insediamento storico delle minoranze linguistiche; promuovere la divulgazione delle conoscenze relative alle minoranze; sostenere nelle sedi di organismi interregionali e europei in cui la Regione è rappresentata la previsione e l'affermazione dei principi normativi di tutela delle minoranze linguistiche nonché le relative applicazioni. Tutto questo nella consapevolezza che l'attenzione alla promozione delle minoranze costituisce un investimento per il bene collettivo: esse rappresentano un banco di prova della capacità di una società di fare integrazione non solo economica, ma anche sociale e culturale. Davvero un "patrimonio irrinunciabile dell'intera comunità" come sono state definite le minoranze linguistiche ladina, mochena e cimbra dalla legge 6/2008 della Provincia autonoma di Trento e che si può ben affermare anche qui a livello regionale.

L'azione della Giunta deve dunque continuare a svilupparsi in questo settore. In particolare voglio sottolineare l'importanza del sostegno diretto della Regione a comuni, Istituti culturali, scuole, altri enti pubblici o enti e associazioni che operano per la promozione delle minoranze linguistiche.

Credo però che oggi vada data un'attenzione particolare non soltanto alla promozione dell'uso della lingua minoritaria, ma soprattutto all'informazione fatta dalle minoranze per le minoranze e nella lingua delle minoranze. Va quindi potenziato il fronte dell'informazione in lingua minoritaria, in particolare quella ladina, del gruppo linguistico più antico e più consistente della Regione e specialmente l'informazione televisiva, ampliando gli spazi di informazione.

Vanno favorite le attività di diffusione e di divulgazione del patrimonio linguistico con tutti gli strumenti e i mezzi moderni della tecnologia di informazione (Web Tv, Radio, Internet ecc.). Le politiche culturali e gli sforzi per mantenere vive la lingua, la cultura e le tradizioni delle nostre comunità trovano un formidabile strumento nel mezzo televisivo: un mezzo che va potenziato fino a giungere ad un'autonomia di organizzazione, personale e attrezzature e di indipendenza nella gestione di un canale televisivo delle minoranze linguistiche.

Un tema ricorrente per quanto attiene alla comunità ladina è quello dell'unità dei ladini dolomitici. Credo che vada intensificato lo sforzo della Regione per creare le condizioni e facilitare l'unificazione delle comunità ladine insediate attorno al Sella. Sostenere e promuovere, dunque, tutte quelle iniziative che possono facilitare il percorso volto all'unità. Creare gli strumenti affinché i contatti, le collaborazioni, le sinergie tra le comunità ladine possano rafforzarsi; Così pure adoperarsi per sostenere il reintegro nella comunità ladina dolomitica dei ladini di Fodom, Col e Ampezo ora nella Provincia di Belluno.

È fondamentale il sostegno a tutte le iniziative, organismi e soggetti che si impegnano in tal senso.

Qui voglio ricordare *l'Union Generèla di Ladins dla Dolomites*, organizzazione radicata nel territorio della Ladinia dolomitica che, anche attraverso le *Union de Val* propone e realizza ogni anno svariate iniziative culturali, linguistiche, editoriali, ricreative e di aggregazione che assumono significati rilevanti e che conseguono risultati importanti per tutte le popolazioni ladine insediate nell'area dolomitica.

Voglio ricordare altresì la *Lia di Comuns Ladins* che coinvolge i 18 comuni ladini del Sella e tra i cui scopi e obiettivi, oltre a quello di "tutelare, sviluppare e rafforzare il patrimonio culturale e linguistico comune delle comunità locali", vi è anche quello di "mantenere e rafforzare la coscienza di appartenenza ad un'unica entità socio-culturale ed i legami esistenti tra le comunità appartenenti all'area ladina del Sella".

Si tratta di organizzazioni che possono contribuire alla promozione della minoranza linguistica all'insegna di un arricchimento per tutta la comunità regionale.

Un'azione, quindi, importante e decisiva quella dedicata alle minoranze, azione che va ulteriormente rafforzata, data la particolarità autonomistica di questo territorio e l'esempio che essa costituisce in Europa e nel mondo per un modello di convivenza pacifica tra diverse minoranze.

Tutto ciò, ulteriormente in linea con la crescente sensibilità sul tema in Europa dimostrata anche dall'evoluzione giuridica del diritto comunitario, com'è avvenuto in particolare con il Trattato di Lisbona che introduce il rispetto della ricchezza della diversità culturale e linguistica, come elemento cardine nel quadro della salvaguardia e dello sviluppo del patrimonio culturale europeo.

Dunque molto lavoro, su molti fronti, in molti settori, attende il nuovo Presidente e la nuova Giunta regionale. Una piattaforma di lavoro che si pone in continuità con quanto programmato in questi anni e che quella "funzione positiva della nuova Regione", guidata in alternanza da Trento e Bolzano, saprà tradurre, ne sono certo, in azioni concrete e positive per le nostre comunità.

Develpae.

**PRÄSIDENTIN ZELGER THALER ÜBERNIMMT DEN VORSITZ
ASSUME LA PRESIDENZA LA PRESIDENTE ZELGER THALER**

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Tinkhauser, Sie haben das Wort.

TINKHAUSER: Danke, Frau Präsidentin! Der erste Eindruck, als wir diese programmatische Erklärung in die Hand bekommen haben oder man sagt, der erste Eindruck soll der Beste sein: mir ist vorgekommen, die Schrift und die Zeilenabstände werden immer größer und die Seiten immer weniger. Aber das ist auch kein Wunder, wenn man hier die Inhalte dieser Region anschaut und auch andere Kollegen haben bereits festgestellt, dass wirklich wenige Kompetenzen in dieser Region verblieben sind. Das soll uns natürlich als Freiheitliche nicht stören, aber wir sollten diesem Umstand Rechnung tragen und noch einen Schritt weiter denken und diese Region endgültig auflösen. Das wäre unser Ziel für die Zukunft.

Wir haben auch – und das hat mich sehr erstaunt – hier lesen müssen, wie der Noch-Präsident und Südtiroler Landeshauptmann Luis Durnwalder sagt, die Zeiten des „Los von Trient“ sind vorbei. Also ich muss schon feststellen und darf das speziell auch für meine Fraktion feststellen, für uns sind diese Zeiten des „Los von Trient“ sicher nicht vorbei. Wir haben auch diesbezüglich hier einen Antrag abgegeben. Dieser wird in den nächsten Sitzungstagen behandelt werden.

Dass diese Region irgendwie keinen Sinn hat und dass sie bei den Menschen draußen nicht ankommt, wie es sich hier viele wünschen, einige wollen die Region mit Kompetenzen füllen usw., also dass das nicht ankommt, das sieht man auch wenn man mit den Menschen spricht, die überhaupt nicht wissen, wieso es diese Region überhaupt gibt. Wenn ich sage, ich bin Fraktionssprecher in der Region, dann wissen von 10 Menschen 9 nicht, um was es hier in der Region überhaupt geht. Das sieht man auch jedes Mal wenn Sitzung ist, dann fällt es vielleicht besonders auf, denn dann muss Werbung gemacht werden, dass Gelder ausbezahlt werden, es wird PensPlan verwaltet, es werden andere Gelder für Arbeitslose usw. ausgezahlt. Also hier muss wirklich für etwas geworben werden, das die Menschen draußen nicht fühlen. Aber wenn man sich das Programm dann durchliest, dann sieht man, dass auch einiges ausgelassen worden ist wie z.B. die Hausfrauenrente. Vielleicht wurde das absichtlich vergessen. Das ist irgendwie auch ein Fiasko für diese Region und steht auch als Beispiel dafür, wie hier Gelder irgendwo verwaltet werden. Andere behaupten es handelt sich um einen reinen Bancomat, dass man Gelder abholen und diese verteilen kann. Ich gehe einen Schritt weiter und sage, es ist auch so, dass diese Region vielleicht aufrecht erhalten wird, um für einige Leute noch Posten zu vergeben, die in den zuständigen Ländern nicht zum Zuge kommen. Es werden Posten, Chauffeure und Autos vergeben. Ich denke mir, dass das irgendwo ein Prestigeposten für manche ist, die hier zu kurz kommen.

Ich warne davor – und ich möchte hier speziell die Südtiroler Abgeordneten ansprechen – wenn ich hier lese, dass es ein Projekt geben soll für eine ergänzende Gesundheitsfürsorge. Ich warne davor, das hier über die Region aufzubauen. Ich bitte euch wirklich darüber nachzudenken. Könnten wir das nicht in Südtirol selbst erledigen, wenn wir sagen, wir haben ein Pflegegeld und wir wissen alle, dass das wahrscheinlich in Zukunft ausgebaut werden muss, dass die Mittel vielleicht nicht reichen, dass auch die Menschen zur

Kasse gebeten werden müssen. Ich denke mir, dass wir das hier in Südtirol selbst in die Hand nehmen sollten und nicht über die Region finanzieren sollten.

Im Allgemeinen muss ich feststellen, dass ich keine einzige Kompetenz sehe – weder in den letzten zweieinhalb Jahren festgestellt habe noch hier in den programmatischen Erklärung sehe -, die nicht jeweils von den Ländern und vielleicht auch besser, schneller und billiger von den beiden Ländern verwaltet hätte werden können. Man sollte sich bitte auch nicht – wenn man über die Region spricht – auf den EVTZ, auf die Euregio-Tirol-Südtirol-Trentino hinausreden. Das sind zwei ganz verschiedene Paar Schuhe. Ich sehe auch nicht, wie es der Kollege Morandini sieht, dass die Region in Auflösung begriffen ist, sozusagen in ein Überdriften in eine gemeinsame Europaregion. Das glaube ich eben nicht.

Wenn man vom Mailänder Abkommen spricht, dann ist es sicherlich für die Verhandlungspartner interessanter, wenn man als Landeshauptleute dem Finanzminister entgegentritt, wenn man zu zweit ist, das kann ich irgendwo verstehen, aber hier das Mailänder Abkommen als großen Erfolg zu zitieren, sehe ich irgendwo verfrüht, weil auch von der römischen Seite dieses Mailänder Abkommen ja nicht unbedingt eingehalten wird.

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen. Das ist einmal die Kulturhauptstadt Europas. In Südtirol haben sehr viele Abgeordnete ein Problem. Sie haben Bauchweh, wenn sich Südtirol, Bozen-Trient, im Verbund mit dem Veneto als Kulturhauptstadt bewirbt. Ich denke mir, hier gehen wir in eine Richtung, die viele Südtiroler nicht unbedingt goutieren. Wir haben mit dem Triveneto sehr wenig am Hut. Es erinnert uns eher an ungute Zeiten für uns Südtiroler und das hätte man eigentlich überdenken müssen. Es war ja auch die Diskussion beim Dreierlandtag so und das hätte man überhaupt vom Tisch reden und streichen müssen.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Leitner, bitte.

LEITNER: Danke, Frau Präsidentin! Mein Kollege Tinkhauser hat damit begonnen, dass die Schriftgröße zunimmt und die Seitenanzahl trotzdem abnimmt. Die Güte einer Erklärung muss nicht unbedingt mit der Menge zusammenhängen, aber das ist dann wirklich eine dünne Suppe. Früher hat man bei uns Zuhause gesagt „die Güte einer Fleischsuppe sieht man daran, wie viele Fettaggen drauf sind“. Bei diesem Bericht schauen mehr Augen hinein als heraus und wenn man das gesagt hat, war die Suppe dünn und das ist dieser Bericht sicherlich. Man versucht wirklich krampfhaft, die Bedeutung dieser Region herauszustreichen und begibt sich dann natürlich auch in Widersprüche. Dass die Zeiten des „Los von Trient“ vorbei sind, sagt die Regierung. Was sagen die Menschen dazu? Das „Los von Trient“ im Sinne von 1957 ist in dieser Form sicherlich nicht mehr so aktuell. Aber ich stelle eines fest: es verschiebt sich alles in der Region von der Legislative auf die Exekutive. Auch dieser so genannte EVTZ hat überhaupt keine Kontrollmechanismen. Da werden die drei Regierungen von Trentino, Südtirol und vom Bundesland Tirol über irgendwelche Projekte im wirtschaftlichen und im sozialen Bereich entscheiden, bezeichnenderweise nicht im kulturellen, was mindestens ebenso wichtig wäre. Gerade weil der kulturelle Teil fehlt, kann man dieses Projekt niemals als Europaregion verkaufen. Das ist ein reiner Etikettenschwindel. Wir Freiheitliche sind nicht gegen den EVTZ. Jede Form der

Zusammenarbeit in Europa geht uns gut und die unterstützen wir auch, aber man soll den Leuten nicht ein X für ein U vormachen. Hier wird großzügig die Europaregion Tirol verkündet, die es nicht gibt. Das ist einfach den Leuten Sand in die Augen streuen.

Also jede Art von Zusammenarbeit auf europäischer Ebene geht für uns in Ordnung, aber wenn es Institutionen gibt, dann braucht es nicht nur diejenigen die schaffen, sondern es muss auch eine Möglichkeit da sein, das Ganze zu kontrollieren. Das wird eigentlich der Legislative entzogen. Der Regionalrat oder die Landtage werden hier nicht mitentscheiden können, was in dieser Richtung dann geschehen soll.

Im Bericht steht geschrieben, dass es nach Jahren des Misstrauens und der Missverständnisse gelungen ist, Gelegenheit und Raum für einen Dialog zu schaffen. Dieser Dialog findet aber nur auf Regierungsebene statt. Was fehlt ist der Dialog zwischen den Menschen und kein politisches Projekt kann gelingen, wenn es nicht von unten getragen wird. Das sollte man eigentlich von der europäischen Union selber lernen. Aber man macht genau das Gleiche nach. Man möchte im Kleinen ein bisschen das sein, was die EU-Kommission und der –Rat im Großen sind. Auch dort fallen keine demokratischen Entscheidungen. Auch dort gibt es keine Kontrollmechanismen. Dort entscheiden sogar Leute, die nicht einmal gewählt sind. Dann verlangt man von den Menschen unten Zustimmung? Die Menschen werden sich das nicht auf alle Zeiten gefallen lassen. Wenn ein Projekt organisch wachsen soll, dann muss es eben von unten aufgebaut werden und nicht darübergestülpt, wie es auch in diesem konkreten Fall geschieht.

Es wurde hier das Mailänder Abkommen angesprochen, wo eine neue Finanzierungsform mit dem Staat gefunden worden ist. Ich finde dies eine gute Grundlage. Wir verzichten zwar auf etwas Geld, aber dafür kommt es umso sicherer. Das ist die Philosophie und das ist sicherlich auch ein Beitrag, dem Staat beim Sparen zu helfen. Das ist schlussendlich das, was übrig bleibt.

Was mich ein bisschen wundert: jetzt redet man dauernd, es braucht noch Durchführungsbestimmungen. Wie konnte es bisher angewendet werden. Das ist für mich ein bisschen ein Widerspruch. Was muss in diesen Durchführungsbestimmungen genau drinnen sein, was fehlt an der Umsetzung? Das möchte ich schon ganz gerne wissen.

Wir haben schon sehr oft zur Rolle der Region Stellung bezogen und wenn man die Protokolle der letzten 17 Jahre im Regionalrat nachlesen würde, dann würde man feststellen, dass wir eigentlich auf der Stelle treten, dass die Interpretationen unterschiedlich ausfallen, gerade von welcher Seite man es betrachtet. Aber ein Satz in dieser Erklärung ist mir schon aufgefallen, wenn Sie schreiben „...aus diesem Grund ist es richtig zu sagen, dass mit dem zweiten Sonderstatut und seiner langen Durchführungsphase der Sinn des Pariser Abkommens nicht – wie einige behaupten – verraten, sondern wiederhergestellt wurde“. Was heißt das? Der Sinn des Pariser Vertrages war klar, nämlich die deutsche Minderheit zu schützen. Das ist der Sinn des Pariser Vertrages und dass sich die Trientner hineingeschlichen haben, ist eine geschichtliche Tatsache. Die Sprachminderheiten im Trentino gibt es, aber der ursprüngliche Sinn des Pariser Vertrages war ganz klar, die Deutschen in Südtirol zu schützen. Die Ladiner waren ja nicht einmal erwähnt, diese sind erst im zweiten Autonomiestatut hineingekommen – wenn man vom Sinn redet. Wenn man von der Interpretation redet, dann kann man das natürlich anders formulieren, aber

der Sinn des Pariser Vertrages war eigentlich mehr als klar. Etwas, womit man in der Politik vorsichtig sein sollte, Herr Präsident Dellai, ist „endgültig“. Was ist in der Politik endgültig? Sie schreiben, „...es wird sicherlich weitere statutarische Entwicklungen geben, die wie bereits mehrmals gesagt wurde, jedoch erst dann eine Form annehmen können, wenn wir auch durch die konkreten Erfahrungen endgültig eine klare Vorstellung haben und wenn im Parlament in Rom in einem angemessenen Rahmen über dieses Thema diskutiert werden kann“. Ich stelle fest, Sie haben keine klaren Vorstellungen, das schreiben Sie selber. Also wenn wir „endgültig eine klare Vorstellung haben..“, endgültig ist in der Politik sicherlich gar nichts. In der Politik ist immer alles in Bewegung, aber klare Vorstellungen sollte man sich von Regierenden zumindest schon erwarten können. Aber nicht einmal die haben Sie. Deshalb ist hier in diesem Bericht sehr viel rohes Stroh gedroschen worden.

Was die Sachthemen anbelangt, möchten ich nur zwei herausgreifen. Das ist zuerst einmal die Verkehrs- und Transportpolitik, in der wir sicherlich als Länder zusammenarbeiten müssen und das Lieblingsprojekt nicht nur unseres Landeshauptmannes, sondern offensichtlich auch von Ihnen, scheint der Brennerbasistunnel zu sein. Hier möchte ich schon eine Frage aufwerfen, was genau die südlichen Zulaufstrecken anbelangt. Ich bin ein bisschen erschrocken, wenn – aus Südtiroler Sicht betrachtet – unser einziger EU-Parlamentarier, der gleichzeitig auch SVP-Bezirksobmann des Eisacktales ist – plötzlich die Frage aufwirft, wie geht es weiter mit den Zulaufstrecken? Genau dieser EU-Parlamentarier kommt aus einem Bezirk, wo alle Gemeinden Beschlüsse gefasst haben, dass sie gegen den Brennerbasistunnel sind, wenn nicht gleichzeitig die Zulaufstrecken gebaut werden. Jetzt stellt er selber die Frage, was ist mit den Zulaufstrecken? Wen sollte man in Südtirol fragen, wenn nicht einen EU-Parlamentarier, der vor Ort vielleicht eher in der Lage ist, zu überprüfen, was die Europäische Union genau vorhat. Aber vor allem müssen wir wissen, was wir vorhaben. Die südlichen Zulaufstrecken sind nicht klar und ich sage das in aller Deutlichkeit: man hat hier die Menschen eiskalt angelogen. Wir haben gesagt – und wir haben im Landtag und im Regionalrat X Beschlüsse gemacht – dass der Brennerbasistunnel nur gebaut werden darf, wenn gleichzeitig die Zulaufstrecken gebaut werden. Mit dem Bau des Brennerbasistunnel fängt man an, was die Zulaufstrecken anbelangt, ist sehr viel an Fragen offen geblieben und da hätten die Menschen schon gerne eine klare Antwort darauf.

Noch einen Satz zum Verkehr. Für die Brennerautobahn läuft 2014 die Konzession aus und die Fortschreibung der Konzession an die Brennerautobahn AG wird so nicht erfolgen können und jetzt hofft man, mit einer staatlichen Gesetzesbestimmung die Errichtung einer In-Haus-Gesellschaft seitens der öffentlichen Gebietskörperschaften zu ermöglichen. Ob das dann wirklich das Placet der EU findet, wird man sehen. Die Regionalregierung ist der Meinung, dass ihres Erachtens zumindest, das mit den EU-Bestimmungen vereinbar sein wird.

Einen Satz zur Kulturhauptstadt muss ich auch noch sagen. Das wird hier natürlich als großer Erfolg verkündet. Wir haben uns schon beim Dreierlandtag gegen diese Form der Bewerbung ausgesprochen, weil die Bewerbung mit dem Triveneto sicherlich die Frage aufwirft, inwieweit wir uns auch in diesem Fall von faschistischen Relikten befreien können, oder ob wir hier historischen Ballast mitschleppen. In einer Stadt, wo im Jahre 2019 – und

da braucht man kein Prophet zu sein, um das vorauszusehen – noch faschistische Relikte stehen werden, ist die Voraussetzung für die Bewerbung einer Kulturhauptstadt nicht gerade gegeben. Vielleicht gelingt es die Historisierung dieser Denkmäler voranzubringen, was aus unserer Sicht sicherlich wünschenswert ist, denn die Abnahme und die Beseitigung können nur gelingen, wenn derjenige, dem sie gehören, da auch seine Zustimmung gibt. Ich habe im Landtag schon einmal vor Jahren einen Beschlussantrag eingereicht, um vom Staat die Zuständigkeit über das Siegesdenkmal und den Kapuziner-Wastl zu bekommen, dann könnten wir uns sicher nicht mehr drücken und müssten eine Entscheidung treffen und diese auch vor dem Volk verantworten.

...ich bin noch nicht fertig. Ich rede am Nachmittag weiter, ich habe nicht gesehen, dass es schon 13.00 Uhr ist.

PRÄSIDENTIN: ...Entschuldigung, Sie können auf jeden Fall um 15.00 Uhr Ihre Zeit weiter ausnützen.

Bevor wir die Sitzung schließen, möchte ich daran erinnern, dass um 14.30 Uhr die 1. Gesetzgebungskommission stattfindet, die auf Antrag der Trentiner Kollegen, die morgen Landtagssitzung haben, von morgen auf heute vorverlegt worden ist.

Ich wünsche einen guten Appetit und wir nehmen die Arbeiten um 15.00 Uhr wieder auf.

(ore 13.03)

(ore 15.02)

VORSITZ: PRÄSIDENTIN ZELGER THALER
PRESIDENZA DELLA PRESIDENTE ZELGER THALER

PRÄSIDENTIN: Ich wünsche allen einen schönen Nachmittag. Ich eröffne hiermit die Sitzung.

Ich ersuche um den Namensaufruf.

CIVICO: *(Segretario):(fa l'appello nominale)*
(Sekretär):(ruft die Namen auf)

PRÄSIDENTIN: Danke! Wir fahren jetzt mit der Generaldebatte zur Wahl der Regionalregierung fort.

Abg. Leitner, Sie haben noch das Wort.

LEITNER: Danke, Frau Präsidentin! Ich wollte eigentlich nur noch eine Frage anschließen. Diese hat jetzt nicht so sehr mit der Regierung zu tun, sondern mehr mit dem Regionalrat oder auch in Zusammenarbeit mit der Regionalregierung, ob man sich irgendwelche Gedanken gemacht hat, wie das künftig mit der Bezahlung der Abgeordneten aussieht, ob man die Kompetenzen den Ländern überlassen will oder weiter darauf bestehen will. Welche Ausrichtung hier eventuell auch die Regierung vertritt. Es ist zwar

Sache des Regionalrates in erster Linie, ich möchte aber dieses Thema in diesem Zusammenhang aufgeworfen haben.

PRÄSIDENTIN: Danke, Abg. Leitner.
Abg. Zeni, Sie haben das Wort.

ZENI: Grazie, Presidente. La relazione del Presidente Dellai si divide sostanzialmente in due parti: la prima è più politica, dal quadro politico-istituzionale, la seconda invece tocca dei punti programmatici.

Partendo dalla seconda parte, direi che sono stati toccati punti sicuramente importanti e ne ricordo alcuni: il tema delle misura anticrisi a sostegno del reddito, tra l'altro adesso dovremo affrontare anche il tema del sostegno alle famiglie dei lavoratori in mobilità; c'è il tema sugli enti locali, che non è facile da gestire, perché c'è necessità del raccordo con la riforma in senso federalista-statale e questo sicuramente dei problemi li porta; c'è il tema molto importante dell'impegno nell'amministrazione della giustizia, noi sappiamo che in Italia quello della giustizia è uno dei temi più difficili da affrontare, molte persone vivono quotidianamente la difficoltà dovuta soprattutto ai tempi lunghissimi di risoluzione dei conflitti per le decisioni e tempi lunghi significa che in ogni caso è difficile avere giustizia, anche qualora il giudice ti dia ragione. Quindi l'impegno in questo settore è sicuramente molto positivo, veniva ricordato in particolare sui giudici di pace, ma in generale anche il recente rinnovo dell'accordo con il Ministro Alfano va nella giusta direzione.

Un altro tema che non è stato toccato, ma che in futuro meriterà attenzione anche da parte nostra, anche se in maniera indiretta, è quello della Corte d'Appello. Sappiamo che è iniziato un dibattito sull'allargamento dei confini della Corte d'appello di Trento ed in particolare sulla parte bellunese e questo consentirebbe a loro di velocizzare i tempi, perché la Corte d'Appello di Venezia è sicuramente ingolfata, per noi sarebbe un aiuto a rafforzare le nostre dimensioni in un periodo dove sono i numeri che contano e che quindi potrebbe aiutarci a tutelare questo importante riferimento che abbiamo.

Sono stati toccati poi i temi dell'energia, del traffico e dei trasporti, l'alta velocità o meglio l'alta capacità sicuramente è strategica in uno scenario di cambio completo di mobilità delle merci, in particolare con questa grande infrastruttura che purtroppo sembra stia un po' rallentando, ma su cui dobbiamo puntare con convinzione. È altrettanto importante il tema dell'A22 che è stato toccato nella relazione e dispiace non riuscire ad introdurre il criterio delle ricadute sul territorio, nel momento in cui si va a rinnovare la concessione, si dovrebbe considerare maggiormente quanto poi un'infrastruttura come questa, che attraversa dei territori, sia capace di portare delle ricadute su quelle comunità e non è semplicemente una questione del massimo ribasso, come invece purtroppo vorrebbe qualcuno.

L'altro tema toccato è stato quello della cultura. Capitale europea nel 2019. C'è questa partita molto importante che costituisce una grande occasione per valorizzare il nostro ruolo di terra ponte tra le culture, capace di mettere in collegamento anche Nord e Sud dell'Europa, per costruire un progetto che punti davvero sulla cultura anche come motore di sviluppo economico e sociale. Questo consentirà anche di poter aumentare la partecipazione dei cittadini alle iniziative culturali, di aumentare quindi il benessere percepito e prevenire il disagio. Quindi questa è una partita molto importante su cui dovremo puntare.

La prima parte della relazione del Presidente riguarda invece il quadro politico istituzionale, il ruolo della Regione. È stata ricordata l'evoluzione storica che tutti conosciamo, il passaggio dal primo al secondo Statuto ed anche la diversa interpretazione che è stata data dalle parti di questo percorso storico, l'elaborazione di quegli eventi non è ancora conclusa e sicuramente sarà fondamentale anche in futuro il lavoro che stanno facendo molti storici italiani e tedeschi di trovare una interpretazione condivisa di quegli eventi.

Sicuramente va riconosciuto un merito enorme ai due Presidenti, al Presidente Dellai ed al Presidente Durnwalder, perché negli ultimi anni c'è stata una evoluzione a statuto invariato e che è stato un passo in avanti che ha portato la staffetta, che ha portato anche ad una capacità della Regione di essere momento importante di incontro tra le due Province.

Così come basi nuove costituiranno d'ora in avanti l'Accordo di Milano che tocca la parte finanziaria ed anche il GECT che è notizia di oggi, della firma di ieri e questa sarà un'altra partita importante su cui lavorare in futuro.

C'è però un passaggio della relazione del Presidente che invece lascia un po' perplessi, nella parte specifica, lo leggo: *In prospettiva, ci vorranno nuovi passaggi statutari, ma essi potranno essere formalizzati, lo abbiamo detto più volte, quando le idee saranno definitivamente chiarite, anche attraverso l'esperienza sul campo e quando il quadro parlamentare nazionale sarà più idoneo per affrontare tale argomento. Nel frattempo occorre lavorare con gli strumenti istituzionali esistenti, con pazienza, flessibilità e sensibilità reciproca.* Questo passaggio contiene molto realismo, perché affrontare il tema del terzo Statuto non è facile, ci sono difficoltà oggettive di scenari politici locali e nazionali e quindi non è una cosa che si può fare domani mattina. Al tempo stesso però questo passaggio lascia perplessi, perché anche se il contesto non è facile c'è tutta una serie di elementi che credo ci portino a dire che serve un approccio più coraggioso su questo tema.

Noi viviamo in un contesto dove le due Province sono diverse, ci sono elementi di forza e di debolezza diversi in Trentino-Alto Adige, il Trentino ha probabilmente, nella sua capacità istituzionale, il punto di forza vero, si è puntato molto sulla innovazione sia istituzionale che di contesto, pensiamo all'Università, al Festival dell'Economia e molte iniziative che puntano in questa direzione. Anche la stessa riforma istituzionale delle comunità di valle, che pure divide e lascia aperta tra le forze politiche una valutazione diversa, rappresenta sicuramente un elemento di fantasia istituzionale, una capacità di guardare avanti importante.

Al tempo stesso il Trentino però è un quadro di riferimento più debole dell'Alto Adige, perché ci troviamo più spesso a dover difendere le ragioni della nostra autonomia verso l'esterno e quindi continuamente doverle rinnovare. In Alto Adige, viceversa, questo elemento è molto più sfumato, perché le ragioni dell'autonomia per l'Alto Adige sono note a tutti e si impongono con forza per le componenti delle minoranze linguistiche, dall'altro lato c'è un quadro istituzionale che è stato meno capace di evolvere nel tempo, quasi niente è cambiato dal 1972 e quindi vediamo che le due Province hanno elementi di forza e di debolezza decisamente diversi.

In questo quadro la Regione assume un ruolo che è diverso per i trentini e viceversa per gli altoatesini. Siamo in una fase di transizione, ma è una transizione che ormai dura da molti anni e qualcuno l'ha definita transizione

perenne. Sicuramente ci sono degli elementi positivi, le risorse, la buona amministrazione, la capacità politica negoziale, però non possiamo fermarci, non possiamo pensare che questo basti e quindi lasciare che soltanto la politica gestisca la situazione. Non possiamo essere pigri, perché siamo in un periodo di riduzione delle risorse e gli attacchi politici all'autonomia sono frequenti e non possiamo trovarci impreparati di fronte a questa situazione.

Serve inoltre, proprio perché le risorse sono in calo, una grande chiarezza nelle scelte comuni, nelle vocazioni comuni che abbiamo, su quello su cui dobbiamo puntare, dobbiamo essere chiari prima di tutto con noi stessi e lavorare in questa direzione.

Quindi ci sono tante partite da giocare, dobbiamo giocare la partita dell'Europa, trovare il modo giusto anche di collocarci, il GECT è un'opportunità straordinaria, però dobbiamo viverlo anche in una maniera molto aperta e non soltanto come momento di confronto interno.

Sulle competenze servirà cambiare anche qui l'approccio rispetto allo Stato nazionale, dopo l'Accordo di Milano qualcosa sicuramente è cambiato, però la politica semplicemente di acquisire nuove competenze per essere corresponsabili della politica nazionale sarà sempre più difficile in futuro, perché le risorse sono limitate e quindi dovremo giocare sempre di più la partita sul piano della cooperazione tra diversi livelli di governo, più che sull'acquisizione di nuove competenze.

Quindi puntiamo sulla cultura, sull'innovazione istituzionale, però il terzo statuto sarà inevitabile, perché le norme costituzionali sono fondamentali e se non si modificano rischiamo di rodere la forza della nostra carta fondamentale. Se queste norme fondamentali dicono qualcosa di diverso a quello che succede, a quanto accade, vengono meno le certezze e soltanto la politica su lungo periodo non riesce ad essere sufficiente.

Noi non sappiamo cosa succederà a Roma, però sulla carta abbiamo due anni senza elezioni e quindi ritengo che sarebbe molto importante riuscire ad utilizzarli per creare le condizioni per il terzo Statuto, iniziamo a lavorarci insieme e se oggi realisticamente non è facile da portare avanti, avremo però le idee chiare e su cosa lavorare anche in futuro, in particolare sul ruolo della Regione, la forma di governo, il sistema delle competenze, ma anche sulla cooperazione transfrontaliera, i rapporti con lo Stato e l'Unione Europea, sul ruolo dei Consigli provinciali nel sistema della *governance*.

Quindi questa è la fase in cui dobbiamo pensare al futuro ed avere grande coraggio. Certamente se rimaniamo fermi la politica rimarrà il perno, sarà quella che gestisce tutto, ma se non proviamo a portare avanti questa grande partita, non guarderemo davvero al futuro delle prossime generazioni.

Penso che i cittadini, sia del Trentino che dell'Alto Adige, abbiano compiuto quel percorso che ha portato una grande consapevolezza sul fatto che la via dei nazionalismi ormai è piena di contraddizioni, fornisce chiavi di lettura insufficienti ad interpretare una realtà che è cambiata in modo profondo nei rapporti economici, sociali e culturali.

La storia delle nostre due Province, il nostro essere terra di confine, la ricchezza data dalla presenza di diversi gruppi linguistici, può consentire di essere oggi più che mai modello di comunità, prima ancora che di convivenza. Riusciremo a farlo però soltanto se eviteremo di sentirci arrivati e guarderemo avanti con coraggio con le nostre diversità, ma uniti da un comune destino. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Viola, Sie haben das Wort.

VIOLA: Grazie, Presidente. La questione della staffetta, tanto sottolineata, non è una grande novità. Cinque anni fa eravamo qui nella stessa situazione a fare il cambio della guardia, sempre dal Presidente Durnwalder al Presidente Dellai, e ricordo una cosa che peraltro fu ribadita dal Presidente Dellai nella relazione al bilancio 2007, che è quello che in parte auspicherebbe – questa sarebbe già una novità – il collega Zeni: cioè il fatto che venisse fatta una commissione, allora di parlava di una commissione mista tra i Consigli provinciali e regionale, che portasse alla proposta di un terzo Statuto di autonomia e tra l'altro dicendo proprio che il fatto della staffetta doveva valorizzare un nuovo percorso per arrivare al terzo stadio dell'autonomia della Regione, in un contesto in cui il terreno di riferimento sono le due Province e l'autonomia delle due singole Province.

Allora devo dire che cinque anni sono passati e non c'è più traccia di questo, c'è solo traccia nelle pagine 6 e 7 quando lei, Presidente Dellai, Presidente in pectore per adesso, dice: *Trovo inappropriato che si giudichi la nostra Regione paragonandone la struttura a quella delle altre regioni italiane. La Regione Trentino-Alto Adige non è un ente "di governo" nella comune accezione del termine. Lasciamo agli storici la discussione se, con un diverso approccio soprattutto dei trentini negli anni cinquanta, lo sarebbe potuto essere. Resta il fatto che un'autonomia concepita internazionalmente soprattutto per garantire i diritti della minoranza di lingua tedesca in Italia non poteva, con tutta evidenza, essere tradotta in un assetto penalizzante per la medesima minoranza.*

Poi lei fa anche un'apertura strana dicendo: *In prospettiva, ci vorranno nuovi passaggi statutari, ma essi potranno essere formalizzati, lo abbiamo detto più volte, quando le idee saranno definitivamente chiarite, anche attraverso l'esperienza sul campo e quando il quadro parlamentare nazionale sarà più idoneo per affrontare tale argomento. Nel frattempo occorre lavorare con gli strumenti istituzionali esistenti, con pazienza, flessibilità e sensibilità reciproca.*

Mi ricordo che nella sua prima parte di Presidente della Regione ci fu un incontro qui a Bolzano con l'allora Presidente del Consiglio Prodi e molti dei Ministri coinvolti, però non se ne fece assolutamente nulla. Evidentemente aspetterete i tempi più idonei, presumo, che torni al Governo il centrosinistra italiano, così si percepisce, perché mettendo insieme gli elementi questo sembra. Come se dall'altro lato non ci fosse stato quell'Accordo di Milano che qui tutti dicono che sia positivo, che non è stato fatto da un Governo di centrosinistra, ma è stato fatto da un Governo di centrodestra.

Evidentemente la questione che a me interessava sottolineare è proprio questo continuo tira e molla su una situazione che oggettivamente non può essere sostenuta a lungo, perché sarà anche vero che non è un ente di Governo, però la Regione si chiama tale, abbiamo uno Statuto che è legge di rango costituzionale, abbiamo tutta una serie di prerogative che, all'interno di un contesto statale, che è quello dell'Italia, qua si dice che la Regione non è una Regione.

Questo è proprio, in questo momento, il problema, perché usando un paragone con una figura mitologica sacra, siamo di fronte ad una situazione

che non è carne né pesce, anzi, per usare la figura mitologica sarda, siamo di fronte ad un *budrunco*. Il *budrunco* è una creatura mezzo uomo e mezzo asino. Adesso lascio a lei dire qual è la metà uomo e qual è la metà asino. Non si può andare avanti così, o si ha il coraggio di andare fino in fondo rispetto alle prospettive che ci sono oggi ed ha perfettamente ragione il collega Leitner – mi dispiace che non sia in aula – quando dice che ormai siamo di fronte alla Regione ridotta ad un brodino, ad un qualcosa che non ha grasso, qualcosa che non ha consistenza e questo lo diceva sia rispetto alla relazione, sia rispetto ai contenuti istituzionali che ormai rappresenta l'ente Regione. Allora o si va fino in fondo su questo, oppure si comincia un percorso serio che non può avere come prospettiva semplicemente il GECT.

Ricordo a tutti che il GECT, tra l'altro non è neanche una grande novità, perché anche nella normativa comunitaria prima c'era il gruppo europeo di interesse economico, GEIE, che era quello che avrebbe dovuto fare la Torino-Lione, per fare un esempio, adesso c'è il Gruppo Europeo di Collaborazione Territoriale, ma i concetti non sono molto distanti.

Allora dire che la prospettiva della Regione è semplicemente un accordo pattizio tra vari soggetti territoriali, avallati dagli Stati di riferimento, mi sembra veramente che stiamo rasentando l'assurdo, tra l'altro con uno spostamento – giustamente sottolineato dal consigliere Leitner – da legislativo ad esecutivo, perché è ovvio che c'è uno spostamento di competenze tra quello che è il legislativo e l'esecutivo. D'altronde è anche vero che ci troviamo una volta al mese e grandi dibattiti, grandi competenze, grandi leggi non ne affrontiamo.

Allora se la nuova fase dell'autonomia, di cui lei dice nella sua relazione, è questa, come si fa a pretendere che questa nuova fase dell'autonomia, così come detta, cioè una Regione che non è più Regione, un GECT che non è un'istituzione pubblica e non ha dignità, se non per una collaborazione su specifici temi, tra l'altro la cultura è fuori e la cultura è stata sottolineata da tutti gli interventi che sono stati fatti, allora dico: se questa è la prospettiva, veramente c'è da temere sull'assetto autonomistico complessivo dei due territori di Trento e Bolzano.

Sarà pur vero, come dice lei, che ci sono parecchie situazioni di ostilità, ma queste sono a destra ed a manca, non è il problema di quale Governo amico ci sia a Roma, anzi, tra l'altro con un Governo che lei non reputa amico è stato fatto l'Accordo di Milano. Anche questo ha visto una differenziazione, non di poco conto, tra Trento e Bolzano, perché Trento ha voluto gli ammortizzatori sociali e l'Università, al di là del quadro di riferimento che è uguale per tutte le situazioni e, come sappiamo, Bolzano ha votato per le Poste e per altre cose.

Questa unità a geometria variabile, questa figura strana di un'istituzione che c'è, ma che non funziona da istituzione, tant'è che lei l'ha anche messo per iscritto che non è un ente di governo, non è una Regione come le altre, poi però le cose le fa, piccole o grandi che siano le competenze le ha, un Consiglio che legifera ed un esecutivo che amministra ce l'ha. Allora è bello giocare con le parole, è anche un'arte giocare con le parole, noi siamo chiamati ad esprimerci su una relazione programmatica e comunque su una ipotesi istituzionale legislativa ed a questo livello le perplessità sono molte.

Allora o si va verso alcune sottolineature fatte, evidentemente la cancellazione della Regione e si vada sulla collaborazione tra i soggetti primari

che sono le Province, le realtà regionali a noi limitrofe o, viceversa, bisogna dare un ruolo alla Regione. Ma questa situazione che non è né carne, né pesce, questa istituzione che sulla carta c'è, ma in realtà no, tant'è che addirittura il Presidente designato dice che non è una Regione, questo lei ha scritto nero su bianco, mi pare che sia scarsamente responsabile a livello istituzionale.

Peraltro lei alla fine lo dice, non è che si nasconde dietro un dito, che: *l'obiettivo primario* – evidentemente della coalizione che lo sostiene – è *quello di realizzare una Regione utile per gli obiettivi e le finalità di interesse comune delle Province che la costituiscono, ovvero una Regione condivisa e non più motivo di divisione*. Anche su questo ci sarebbe da dire, perché l'unica condivisione reale è perché da un lato bisogna guardare i programmi e dall'altra parte un ente pubblico lo si valuta anche rispetto al bilancio di riferimento ed effettivamente il bilancio è una divisione dei pani e dei pesci tra Trento e Bolzano, con pochissime funzioni in comune.

Allora dico semplicemente che se non ci svegliamo nel dare una strada chiara a questo ente che è la Regione, effettivamente rischiamo, in maniera scarsamente responsabile, di fare la fine di chi balla sul Titanic. Il mondo va avanti, non possiamo pensare di stare fermi su ipotesi farraginose, che alla fine rischiano di indebolire sia l'autonomia di Bolzano che di Trento, perché non si riesce a decidere. Questa purtroppo è la questione che è più a tema oggi, perché se la nuova fase dell'autonomia è questa le perplessità rimangono alte. Mi auguro che questo *budrunco* che è la Regione, questa cosa che non è né carne, né pesce, metà uomo e metà asino, non faccia la fine delle figure mitologiche, che di solito finiscono sempre male.

PRÄSIDENTIN: Danke! Abg. Firmani, Sie haben das Wort.

FIRMANI: Grazie, signora Presidente. Due parole brevissime da una persona sostanzialmente incompetente, perché viene da un'altra regione, però vivo qui da 20 anni, ho sposato una donna che è nata e lavora a Bolzano, anche se viviamo a Trento, quindi sono molto affezionato a questa Regione. Mi piacerebbe vedere un rafforzamento del ruolo della Regione, sarò forse uno dei pochi isolati, ma questa è la mia visione.

Volevo proporre tre punti per possibili politiche regionali. Un punto potrebbe essere quello di ricerca applicata, incentivi all'industria, coordinamento di innovazione industriale, tutte due le Province sono impegnate su questo fronte, tutte due hanno importanti novità: a Trento, oltre l'Università, ci sono le Fondazioni Kessler e Mach, per esempio; qui, oltre all'Università di Bolzano da poco tempo, c'è anche il Fraunhofer Institut che è un gigante della ricerca, un gigante europeo certamente.

Forse le due Province potrebbero collaborare nella ricerca di applicazioni industriali per aiutare le industrie di tutte le regioni, un modo per potersi scambiare *know-how*, informazioni, impegni per un bacino di un milione di persone, che è più grande di due bacini separati, anche un maggiore spettro di competenze e di esigenze industriali. Quindi si potrebbe cercare di trovare qualche forma di interazione, da questo punto di vista, che potrebbe essere utile.

Ieri c'è stata la presentazione di un nuovo corso di laurea in Scienze e Tecnologie Agrarie alla Facoltà di Scienze e Tecnologie a Bolzano e

l'assessore competente ha detto che si sta impegnando per far partire la Facoltà di medicina, se non ho capito male. Pure questa Facoltà di medicina è un traguardo che deve essere raggiunto dalle due Province messe assieme, perché è indispensabile formare dei medici anche localmente ed in futuro avere la possibilità di specializzandi che studiano e poi rimangono qui, quindi sarebbe importante sviluppare la Facoltà. È vero che poi ci sono i poli, Trento-Bolzano e Innsbruck, Trento-Bolzano e Verona, ma se bisogna fare poi Verona-Trento-Bolzano e Innsbruck non si fa nulla, perché allora è troppo grande, con competenze diverse, con sedi che già hanno le loro facoltà e non sono interessate. Quindi, secondo me, sarebbe opportuno restringersi soltanto alla Regione e vedere se si riesce a mettere in piedi una facoltà di medicina regionale.

L'ultimo punto che mi permetterei di suggerire è quello relativo alle politiche ambientali. C'è il trattamento dei rifiuti soprattutto, qui stanno costruendo un nuovo inceneritore, probabilmente ne faranno uno anche a Trento, forse due inceneritori in una regione così piccola sono anche troppi, ne basterebbe uno, quindi coordinare da questo punto di vista, così come il trattamento dei rifiuti con i biodigestori, cioè cercare di ottimizzare nell'ambito regionale il trattamento dei rifiuti, i possibili ricicli, in modo da creare una realtà un po' più grande per queste situazioni.

Quindi sarebbero tre piccoli punti che mi sono venuti in mente da suggerire. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Danke! Bitte, Abg. Eccher, Sie haben das Wort.

ECCHER: Grazie, Presidente. Sarò brevissimo, perché non voglio ripetere cose già dette. Voglio soltanto dire che vengono molto volentieri qui a Bolzano, Bolzano è un posto che tutti amiamo, io in particolare che, essendo nato a Brunico, qui mi sento a casa e vorrei che si sentissero a casa loro anche tutti gli altri colleghi di Trento. Questa è una bella situazione, vedo i colleghi altoatesini, con i quali abbiamo un rapporto veramente bello, mi rivolgo anche alla signora Klotz con la quale ci troviamo e quando la vedo mi fa sempre piacere vederla, per cui questo ambiente che si è creato è una cosa molto bella, lavoriamo insieme per cercare di fare qualcosa che migliori la situazione, non che peggiori. Gli steccati cadano definitivamente con tutto quello che ne consegue.

Mi fa piacere sentire, nell'intervento del nuovo Presidente Lorenzo Dellai, che non è più il tempo del "Los von Trient". Spero che queste non siano solo parole, ma sia anche la realtà della situazione. Allora se da questa affermazione, che è condivisa da entrambi i Presidenti che hanno fatto la staffetta, se questa affermazione è veramente quello che sentiamo nel cuore tutti, lavoriamo all'unisono per fare qualcosa di bello per la nostra amata Regione.

Detto questo, problemi ce ne sono certamente ancora, ma vediamo più quello che unisce che quello che divide, vediamo quello che ci interessa portare avanti e quello che invece dobbiamo mettere da parte.

Per esempio, come dice a pag. 3 il Presidente: *visto il periodo storico cruciale che stiamo vivendo e visto il clima, non certo favorevole, che si respira a livello nazionale nei confronti della nostra "specialità"...*, questa è una cosa che tutti sappiamo, c'è chi la considera un privilegio, ma ce lo siamo conquistato e lo dobbiamo difendere, però questa nostra specialità o specificità,

per cui siamo bersagliati dalle altre regioni nazionali, cerchiamo che non venga meno, perché se vedono a livello nazionale che noi in famiglia litighiamo, facciamo il piacere di qualcun altro. *Divide et impera* è sempre valido.

Per cui se non vogliamo che questa situazione ci porti dei danni ed un domani dobbiamo rimpiangere di avere distrutto questa Regione, perché la Regione è quell'ombrello protettivo che difende entrambe le Province, non andiamo a vedere gli errori, chi ha sbagliato, perché non ha fatto questo o quest'altro.

Tempo fa a Trento, al Palazzo della Regione, è stato fatto un convegno organizzato da Pierluigi Angeli, Presidente degli ex consiglieri, in cui c'erano gli ex consiglieri e c'è stato veramente un confronto sereno delle varie idee ed un ex assessore disse che noi dobbiamo essere grati nei confronti di Odorizzi, che a suo tempo non ha applicato il primo pacchetto di autonomia, perché se l'avesse applicato non saremo qui e sarebbe molto diverso. Riporto le parole dette da questo ex assessore: non cadiamo negli errori passati, tutti hanno fatto degli errori, l'importante è guardare avanti.

A me fa piacere vedere che finalmente il Governo ha dato via libera alla partecipazione delle due Province insieme al nord Tirolo, al GECT, va benissimo, va benissimo l'Euregio, però non distruggiamo questa Regione, perché chi ha più bisogno della Regione in questo momento è il Trentino, ma in passato è stato l'Alto Adige.

Per cui se questo è un valore aggiunto che è dato alle nostre due Province, manteniamo questo valore aggiunto, non toglie nulla alle Province e dà qualcosa in più, perché l'unione fa la forza.

Allora cerchiamo di vedere quali sono le situazioni che possono essere migliorate. Il consigliere Firmani ha parlato della sanità. La sanità è bellissima, trasversale, se facciamo un progetto dobbiamo coinvolgere minimamente un milione di abitanti, se ha un bacino d'utenza importante allora può avere dei risultati.

Poi altre cose: l'energia, l'ambiente, la viabilità. A me va benissimo il tunnel del Brennero, sarò sempre favorevole, però per i collegamenti turistici, economici e culturali guardiamo anche verso Nordest ed allora quel sistema di collegamento con il Nordest deve essere preso in considerazione anche da chi gestisce la Regione e dal Consiglio regionale in cui siamo.

Un mio sogno sarà anche che le lingue dovranno unire e non dividere, a me farà piacere quando io parlerò nella mia lingua, la mia 'Muttersprache', e mi si risponderà nella propria lingua, senza bisogno di traduzione. Questa è la vera convivenza. Per cui tutti diamoci da fare, affinché la lingua sia qualcosa che unisce e non divide, purtroppo come è successo in questi anni.

Se abbiamo a cuore che questa Regione sia un plus valore e che dia tutto il piacere di trovarci insieme, discutere, approvare delle leggi, essere uniti verso quell'ambiente a noi non favorevole, dal punto di vista nazionale, in questo momento di crisi economica, cerchiamo di essere uniti e non dare noi per primi le armi ai nostri nemici detrattori per andarci contro.

Con l'auspicio che i prossimi due anni e mezzo il nuovo Presidente Dellai continui il mandato precedente e si possa parlare di cose concrete, di cose di importanza vitale e non di secondaria importanza e vediamo se riusciamo a riempire questo nostra Regione, questo contenitore di valori importanti e non di quisquiglie.

Pertanto, con l'auspicio che questi due anni e mezzo che ci rimangono possano servire per fare qualcosa di importante, auguro a tutti quanti un buon lavoro, soprattutto al nuovo Presidente Dellai. Grazie.

PRÄSIDENTIN: Der Abg. Ottobre hat das Wort.

OTTOBRE: Grazie, Presidente. Egregi colleghe e colleghi, buon giorno a tutti. Devo dire che ascolto sempre con molto interesse gli interventi dei colleghi qui presenti, sia di lingua italiana, sia di lingua tedesca, appartenenti ognuno al proprio ruolo di maggioranza e di opposizione e devo dire che ogni volta sento queste avversità nei confronti del sistema Regione e francamente non capisco dove sta il pericolo. Quale sarebbe il pericolo di questa Regione? Credo che il pericolo sarebbe se non ci fosse la Regione, perché la Regione, nelle sue vicissitudini storiche, ha portato oggi a parlarci tra Trento e Bolzano e siamo riusciti a fare l'Euroregione che ieri è nata ed è iniziato il suo primo intervento.

Evidentemente questo è frutto di un comune sentire della storia identica che abbiamo tra popolazioni, è evidente che per una parte di italiani la storia inizia dopo una certa data, invece noi trentini/tirolesi facciamo parte di secoli di storia. Ebbene, abbiamo fatto tanto per la cultura, per dire questo? Non lo so. So solo che domenica, prima di andare in Consiglio provinciale a Trento, ho fatto un saluto istituzionale, dove sono stato invitato a commemorare i caduti della grande guerra ed ho visto che, in una frazione sopra Riva del Garda, la Croce Nera austriaca ha fatto una targa, ricordando i caduti Kaiserjager della prima guerra e purtroppo questa data, che ho subito corretto nel mio intervento, riportava: per i caduti della grande guerra del '15-'18.

Evidentemente qualcosa dobbiamo fare perché, se qualcuno ancora oggi, non lo dico per la Croce Nera, perché ho subito inviato una e-mail chiedendo spiegazioni ed auspicando la correzione di quella data, non vorrei che ancora qualcuno cancellasse gli oltre 8 mila caduti Kaiserjager trentini in Galizia nell'agosto del '14, perché stesse divise si trattava. Quindi sembra che ogni tanto il lavoro sia stato fatto per sottolineare e chiarire la nostra cultura, quindi anche l'appartenenza storica.

È anche interessante sapere, io faccio parte di quella parte di politici trentini che ha accolto il 150°, come dire che qui 150 anni fa era una storia diversa, quindi una cultura diversa, però è stato anche interessante visitare Roma e vedere nello stand della nostra regione che c'è lì il busto, assieme ad altri illustri nostri onorevoli storici, di Franz Josef, l'Imperatore, per capire che c'è stata una storia diversa. Qualcuno tenta sempre di dire che è una storia diversa, che non s'ha da fare questa storia e proprio queste sono le differenze che noto a volte, chi riconosce e chi non riconosce questa cosa. Io riconosco, perché sono figlio della storia, sono nipote della storia, in quanto un nonno era Kaiserjager, l'altro nonno era "italiano" probabilmente del sud ed abitava a Bolzano, in via Resia.

Al di là di questo, credo che la nostra Regione abbia un senso oggi se noi tutti siamo uniti e lo abbiamo visto nell'occasione dell'accordo di Milano, qualcuno potrà esser contento che i nostri Presidenti siano andati a Milano, io no, perché Milano per me rappresenta anche altre questioni, comunque credo che dovremo essere tutti uniti nel chiedere un'unica e giustificabile competenza che la Regione potrebbe avere. Credo che dobbiamo cominciare oggi a chiedere con voce alta – in questo senso il mio partito inizierà a depositare una

mozione – la leva fiscale. Visto che noi abbiamo il 90% delle nostre tasse che rimangono sul territorio, potremo anche decidere come gestire ed andare in questa direzione, ma sappiamo che ogni volta che vogliamo ridurre qualche tassa, qualsiasi Governo nazionale che esso sia impugna o blocca.

Questo per dire che do atto che la Lega Nord negli ultimi 15-20 anni ha ottenuto il federalismo fiscale, che sicuramente è una cosa interessante per le altre regioni, non interessante per la nostra regione.

Ritornando al pericolo di questa nostra Regione, non ho capito se qualche collega o qualche partito vorrebbe diventare identico a qualche altra regione confinante italiana, perché questo è il senso. Vogliamo andare a verificare come fanno le altre Regioni? Perfetto, andiamo. Vogliamo forse dire che abbiamo una marcia in più grazie alla nostra autonomia? Vogliamo forse dire che noi siamo anche consiglieri provinciali e regionali, un altro atto di responsabilità che in Italia ancora non riescono a fare? Abbiamo assistito alle elezioni provinciali e alle elezioni regionali, due cose diverse e due campagne elettorali diverse e costi diversi. Vogliamo dire che siamo arrivati ad un punto che siamo un po' più alti di livello di cultura nel sapere amministrare la cosa pubblica? Vogliamo dire che tanti scandali a livello nazionale qua non ci sono? Collega Firmani, vogliamo dirlo?

È interessante ogni volta quando il nostro Presidente Lorenzo Dellai interviene nella dialettica nazionale, come alcuni colleghi nostri interpretano queste apparizioni del Presidente, gli amici del Presidente! Gli amici del Presidente ho visto che nessuno di loro, quanto mai, frequenta parlamentari condannati di terzo grado, perché questo è un altro tema. Spero che con le nuove elezioni si accorgeranno che i parlamentari condannati in via definitiva di terzo grado non possono più stare in Parlamento! Le leggi le devono fare persone onorevoli, invece abbiamo in Parlamento persone fuorilegge che fanno le leggi. Quindi questo è un grande controsenso.

Ho depositato, proprio nell'intento di far capire come funzionavano le cose, quando qualcuno ha cacciato la Clara Marchetto, la nostra prima eletta in Consiglio regionale. Dove era il difetto? Era che lei aveva un certificato penale sporco da una condanna di un tribunale fascista ed allora i nostri padri costituenti avevano detto che chi doveva candidare nelle istituzioni doveva avere la fedina penale pulita. Si parlerà anche di questo.

Comunque, per dire grazie al Presidente Durnwalder per la staffetta e per il lavoro positivo che ha fatto per la nostra Regione, per augurare al nostro Presidente Dellai una nuova avventura, per un nuovo panorama, per quel clima che il Presidente Dellai riesce sempre a mantenere sereno nei confronti di un governo più volte avverso a noi. Lo abbiamo visto in tutte le salse, in tutte le lingue che diamo un po' fastidio, ma inviterei tutti quanti, anche a livello nazionale, invece di attaccare il nostro sistema, di importarlo. Oggi qualcuno sta ottenendo qualcosa grazie al federalismo fiscale, tipo la competenza delle strade o il demanio o quant'altro, noi da tanti anni facciamo questo.

Questo è il senso della Regione, credo che insieme dovremo fare un'ultima battaglia, tutti quanti assieme per ottenere – non mi stancherò mai di dirlo – la questione della leva fiscale. Già l'accordo di Milano prevede, però non so a che punto è, perché qualche ministero blocca questa questione e decide di controllare insieme l'Agenzia delle Entrate. Non ha senso che l'Agenzia delle Entrate, insieme ad Equitalia, vadano prima a pignorare i nostri cittadini, prima bisogna pagare e poi difendersi, certamente chi evade va perseguito, però c'è

una questione che da noi funziona e dalle altre parti non è così. Ricordo sempre gli oltre 3 mila panifici che lavorano completamente in nero in quel di Napoli, non so nella nostra regione quanto durerebbe l'attività di quei panettieri. Qui fanno il pane nero che è molto buono, però alla fine dell'anno le tasse le pagano.

Augurando buon lavoro e credendo in questa istituzione, termino il mio intervento.

**ASSUME LA PRESIDENZA IL VICE PRESIDENTE DEPAOLI
VIZEPRÄSIDENT DEPAOLI ÜBERNIMMT DEN VORSITZ**

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Filippin. Ne ha facoltà.

FILIPPIN: Presidente, ascoltando l'ultimo intervento mi viene in mente che le parole spesso sono in libertà ed è giusto che sia così, ognuno esprime i propri ragionamenti, però è certo che se noi dovessimo esportare, consigliere Ottobre, il nostro sistema in tutta Italia, tutta Italia lo vorrebbe, ma è evidente che le condizioni di trasferimento, per quanto riguarda la massa finanziaria, si ridurrebbero per tutti, perché è evidente che, nonostante siamo capaci di fare tante cose, viviamo in una condizione che ci consente di utilizzare la ricchezza che noi produciamo per fare tante cose.

È chiaro che se la Lombardia o il Veneto dovessero prendere i nove decimi, se lo augurerebbero tutti, ben poca cosa arriverebbe a Roma e noi sappiamo che l'Italia è molto lunga ed è fatta in modo diverso e diversificato e non tutti i territori sono in grado di assolvere ad un progetto di autonomia come quello che abbiamo. È per questo che il federalismo che la Lega è riuscita a portare a casa, anche se per certi versi non coerente con gli impegni iniziali, è comunque un inizio che dovrebbe riuscire a far comprendere a chi oggi spende di più che una spesa standardizzata è la base per poter arrivare in Europa o rimanerci, perché altrimenti la Grecia è vicina.

Per quanto riguarda quello di cui dobbiamo parlare oggi, è chiaro che la staffetta è un accomodamento tra le due Province. Per quanto riguarda il quadro regionale, se mi consentite la staffetta è una divisione di responsabilità, potremmo sempre dire che la Regione oggi è quella che è non certo per colpa della Provincia di Bolzano e quindi del suo Presidente e del suo Consiglio, non certo per colpa della provincia di Trento e quindi del suo Presidente e del suo Consiglio, ma per colpa di entrambi e per colpa di quei parlamenti che nel 2001 hanno messo in campo delle riforme costituzionali che hanno ridotto di molto le prerogative di questa Regione.

Voglio ricordare la riforma che divide la Regione dando alle due Province due sistemi elettorali diversi, con opzione per quanto riguarda l'elezione del Presidente o l'opzione che la Regione diventa Trentino/Südtirol e quindi sancisce che la Regione è il quadro entro il quale convivono due Province, Province però che hanno assorbito, drenato dalla Regione tutte le funzioni, salvo qualche rimasuglio.

Allora è chiaro che oggi noi, per quanto riguarda questa Regione, se continuiamo a dire che siamo convinti che debba essere mantenuta, dobbiamo cercare di rigenerare in essa le virtù iniziali – se mi consentite questo passaggio – e queste virtù sono quelle che la Regione dovrebbe occuparsi dei grandi temi.

Prima il consigliere Firmani l'ha ricordato, ma voglio ricordarlo anch'io, nel senso che la Regione non può essere solo un elemento di coniugazione economica tra Trento e Bolzano, nella Regione abbiamo la gestione del PensPlan, abbiamo il comune interesse di fare il tunnel del Brennero, abbiamo il GECT, tutti aspetti dal grandissimo valore economico, per quanto riguarda poi gli aspetti sociali e di conduzione politica dei nostri due territori poco manca.

Perché non riusciamo a mettere assieme una legge che riesca a coniugare gli interessi di due Province per quanto riguarda, ad esempio, gli interessi ambientali, l'aspetto sull'inquinamento, sul traffico, sugli impianti. Ragioniamo di Cadino, leggo oggi sul giornale che la comunità della Rotaliana ha approvato quel sito dicendo che va bene, magari va bene, ma sappiamo benissimo che alla Provincia di Bolzano quel sito non va bene. Questa è la cooperazione Presidente, quella di riuscire a trovare di comune accordo con la Provincia di Bolzano comuni interessi.

Perché non parlare di Università. A Trento abbiamo ricevuto, attraverso l'Accordo di Milano, l'opzione Università, dobbiamo trovare con Bolzano la capacità di gestire assieme questa opzione a livello europeo.

La formazione, il lavoro, gli ammortizzatori sociali, la sanità. Perché un cittadino di Trento ha condizioni diverse rispetto ad un cittadino di Bolzano? E non occorre stare qui a fare l'elenco, condizioni diverse in termini di tutela?

Consentitemi quest'ultimo passaggio per quanto riguarda le politiche energetiche. Per quanto riguarda le grandi derivazioni, siamo ancora sotto il Regio Decreto del '33, ma noi abbiamo nel nostro Statuto la capacità di gestire in proprio le grandi derivazioni idroelettriche e la dimostrazione è venuta anche dal fatto che sia Bolzano che Trento hanno oggi la gestione delle grandi derivazioni. Ma perché le piccole derivazioni vengono oggi cedute ai privati? Noi non siamo contro il libero mercato, ma è sicuro che oggi l'energia è elemento sostanziale e fondamentale di sviluppo di un paese.

Quindi nella relazione del Presidente c'è un lungo excursus, è la prima volta che leggo una relazione e che partecipo alla cosiddetta staffetta, non sono andato a verificare le altre relazioni, ma credo che se andassi a leggerle poco cambierebbe. Nella sostanza si parla dei rapporti tra due Province, Province e Regione, del GECT che è la vera base della regione europea, nel senso che si va verso una regione europea non pensando a quella del Trentino-Alto Adige, si parla di quanto è stato fatto, dei sostegni anticrisi, del sostegno alle famiglie, di assistenza sanitaria, degli enti locali, del processo federalista che naturalmente dovrebbe uscire rafforzato, ma che nella nostra realtà, attraverso la legge del 2006, di fatto con l'istituzione delle comunità di valle c'è stato un grossissimo colpo, direi quasi mortale, alla gestione dei comuni. Oggi naturalmente le cose stanno leggermente cambiando.

Si parla di minoranze, di aiuti umanitari, di apparato regionale per quanto riguarda la legge Brunetta e ricordiamo qui anche l'apporto della Lega per quanto riguarda questa legge, che tende a migliorare sensibilmente la capacità operativa della struttura provinciale e regionale, in Provincia di Trento è già stata approvata, ci auguriamo venga approvata anche in Regione Trentino-Alto Adige, perché si tratta di dare sostanza a quelli che veramente si impegnano, di fare la cosiddetta meritocrazia e di fare in modo che chi deve dare i gradi di giudizio non li dia sulla base di condizioni etniche o sulla base di

condizioni ideologiche o politiche, ma li dia nel merito: chi lavora deve avere un avanzamento di carriera.

Per quanto riguarda alcuni interventi, voglio ricordare quello del consigliere Zeni che dice che in Trentino è più difficile opporsi, rispetto a Bolzano, agli attacchi che vengono dall'esterno. Sicuramente sì, perché Bolzano guarda al nord, il Trentino guarda con un occhio al nord e con un occhio a Roma. Bolzano ha un sistema dove il consenso è un consenso etnico, il nostro consenso è un consenso che deriva dall'appartenere ad una nazione, ma la nostra autonomia è un'autonomia economica, l'autonomia nel cuore dei trentini l'avete ammazzata voi, sto parlando naturalmente della Provincia di Trento e non della Regione Trentino-Alto Adige.

Allora certo che è diverso difenderci da chi ci lancia attacchi e non bastano certo i dieci milioni di euro da dare ai paesi confinanti per addolcire la pillola del fatto che noi abbiamo grandi risorse, ma naturalmente la nostra autonomia proviene da radici storiche, non ci è stata data perché siamo più belli e più bravi, siamo una terra di confine, radici storiche – ribadisco – e tradizioni secolari da usi civici, dalla capacità di autogoverno, questa autonomia ci è stata concessa anche da una strategia illuminata del nostro Degasperi, dal famoso accordo del 1946, ma non solo da quell'accordo, anche dall'assemblea costituente che, come primo aspetto degno dal punto di vista politico, ha dato l'autonomia al nostro Trentino.

Allora nella storia e nella nostra collocazione geografica si colloca l'autonomia, certo con le due leggi del 2001 molto si è tolto a questa autonomia, ma queste leggi sono state approvate in ambito regionale e naturalmente proposte in ambito nazionale da parlamentari del centrosinistra, non da parlamentari del centrodestra. Quindi se oggi qualcuno invoca ancora il "Los von Trient" o quant'altro è perché, di fatto, questa Regione non ha più sostanza, non ha più dignità di esistere, ma si può migliorare, l'ho detto prima.

Oggi siamo di fronte, Presidente, ad un referendum che ha di fatto bloccato la strategia nucleare in Italia e siamo di fronte ad un referendum che ha bloccato, checché se ne dica, la possibilità di fare gestioni con capitale privato per quanto riguarda la distribuzione dell'acqua. Certo, la legge lo consente, ma il popolo si è espresso ed ha detto "no", quindi non basta che l'assessore Gilmozzi dica che noi possiamo farlo comunque, il referendum ha detto "no", è acqua pubblica e va gestita dal pubblico. Quindi quali meglio che i comuni a gestione di questa risorsa importante? Consociati tra di loro, aiutati sicuramente, ma il referendum questo ha sancito. Per quanto riguarda il nucleare ha sancito che in Italia le centrali nucleari non si fanno più.

Allora noi che siamo una terra in cui l'energia idroelettrica è preminente, siamo autosufficienti, siamo in grado di migliorare, di dare energia elettrica al resto del paese, cosa facciamo? La facciamo fare al privati? Vogliamo ricordare che in Dolomiti Energia il 40% è privato! Vogliamo ricordare che dovevamo costruire 4 centrali nucleari, 8 reattori, la metà doveva essere costruita da ENEL e dalla partner EDF, società francese, della quale noi siamo soci per un importo di circa 18-20 miliardi di euro!

Dolomiti Energia ha anche acquistato da Dolomiti Edison Energy S.r.l. (DEE) e naturalmente vi è consociata Hydro Dolomiti Enel (HDE), i soci della Dolomiti Energia sono: FinDolomiti Energia: 47,8%; Ft Energia: 11,80%; A2A: 7,9%; Fondazione Caritro: 5,3%; Comune di Trento: 5,8%, Comune di Rovereto: 4,3%, ISA: 4,1%. Noi sappiamo che, avendo acquisito da ENEL che

ci ha ceduto al 51% a HDE, alla Dolomiti Energia, noi siamo dentro in ENEL e se siamo dentro in ENEL eravamo consociati con la società francese per fare le centrali nucleari. Quindi attraverso un giro di scatole cinesi, tutti quelli che hanno votato "sì" al referendum in Trentino, salvo quelli in buona fede, in realtà non sapevano che attraverso queste scatole eravamo comunque consociati con una società che doveva costruire le centrali nucleari. Ma anche l'Alto Adige, perché nella Delmi con EDF controlla Edison S.p.a., attraverso la Transalpina energia e la Delmi è fatta dalla Aem di Milano, dalla Enia e dalla Sel di Bolzano con il 10% e dal 10% da Dolomiti Energia. Allora anche Bolzano era d'accordo di fare centrali nucleari attraverso la consociata Sel assieme EDF.

Allora se questi sono i risultati della gestione dell'energia elettrica, sono scatole cinesi, ma questa è la realtà, dite pure di no, ma questa è la realtà!

Naturalmente il referendum ha messo una pietra miliare sul discorso del nucleare, lo stesso referendum ha messo una pietra miliare sul discorso dell'acqua, quindi mi aspetterei che Provincia di Trento e Provincia di Bolzano, all'interno di un quadro regionale, si mettessero assieme per fare un vero discorso energetico di tutela dell'acqua e di gestione dell'acqua. Questo potrebbe essere il primo aspetto importante che andrebbe a rimpolpare naturalmente il quadro regionale tanto amato da Degasperi.

Sul'Accordo di Milano. Qui qualcuno ha criticato l'Accordo di Milano, ha detto che non sarebbe andato a Milano, che questo Accordo non ha senso perché noi siamo i più bravi e siamo in grado di gestire meglio. L'Accordo di Milano è l'unico, vero atto che io ricordi di recente che ha dimostrato come le Province di Trento e di Bolzano siano in grado di fare un passo indietro, di assumersi precise responsabilità nei confronti del Paese, perché di questo si tratta. Si tratta di dire: datemi certezza delle risorse, datemi qualcosa in meno, tenetevi qualcosa di più perché il Paese ne ha bisogno, datemi garanzia delle risorse che sono in grado di gestire e fare in modo che la nostra terra continui ad essere una terra felice, produttiva e vivace.

Allora oggi chi mette in dubbio quell'Accordo che non andava fatto, evidentemente mette in dubbio la capacità di questa terra di confrontarsi con l'esterno. Perché se noi pensiamo che, attraverso leggi di rango costituzionale, attraverso lo statuto, possiamo considerarci in un fortino, all'interno del quale rimanere indenni dalla grave crisi che ci sta assalendo, qualcuno pensa male, noi non potremo mai essere un fortino. Se nel resto d'Italia le cose vanno male, i rubinetti si chiudono anche per noi, checché se ne dica.

Quindi il nostro obiettivo è mantenere le nostre prerogative di autonomia, le nostre capacità finanziarie, le nostre prerogative finanziarie, le nostre prerogative legislative, ma sempre all'interno di un quadro che non può essere solo quello europeo, ma deve essere anche quello nazionale.

Questo non è un discorso contro l'autonomia, ma è un discorso di coerenza e di concretezza che non può essere sottovalutato.

Per chiudere, immagino che il quarto Statuto, se verrà, deve essere uno Statuto che condivide alcuni elementi fondamentali del governo del nostro territorio e che richiama la forte collaborazione che ci deve essere tra Trento e Bolzano, vanno benissimo le deleghe economiche sulla gran parte delle attribuzioni e delle materie delegate, ma alcuni elementi importanti vanno analizzati, studiati e gestiti di comune accordo entro il quadro regionale.

Stiamo parlando di ambiente, di energia, di protezione del lavoro, di protezione della salute e di questo dovete farvi carico, in caso contrario è

evidente che la nostra Regione rimarrà un quadro vuoto, perché qualcuno vuole che ciò diventi, un quadro vuoto senza capacità di interagire con il mondo esterno, perché vi ricordo che la massa critica è un elemento importante e di fatto voi fate massa critica quando si tratta di GECT e di tunnel per l'Europa.

Quindi assieme con la Regione con 1 milione di abitanti, ma se non facciamo massa critica anche sugli aspetti più importanti, 500 mila abitanti oggi sono un quartiere di Milano ed il futuro sarà sempre più difficile, sempre più incerto, ma ce la saremmo guadagnata questa incertezza, perché è chiaro che aspetti così rilevanti non possono essere liquidati con una semplice relazione – mi consenta Presidente – dove si dice quello che si è fatto e quello che si dovrebbe fare, ma nell'alveo di una conduzione normale e storica di questa economia, mentre dovremo fare molto di più, dando valore al quadro regionale e dando nuove competenze, alimentando nuove speranze, proprio perché questa Regione possa confrontarsi in ambito europeo, altrimenti rimarremo casalinghi, ma casalinghi vuol dire piccoli.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Civettini. Ne ha facoltà.

CIVETTINI: La ringrazio, Presidente. È da stamattina che con molta attenzione sto seguendo i lavori di quest'aula e ringrazio i colleghi per gli interventi, però sottolineo, è la mia prima esperienza consigliare, e sono allibito dalla situazione di questa Regione. Stiamo parlandoci addosso moltissimo, stiamo dicendo tante cose, nel concreto non c'è una visione aziendalistica della gestione della più grande azienda del Trentino-Alto Adige che è questa Regione e nella realtà ci sono dei motivi che sono storici nella sua generazione e altrettanto storici nell'apporto di questa realtà.

Partiamo con alcuni piccoli esempi: la staffetta. La staffetta normalmente si fa nelle competizioni sportive, dove ci sono atleti di diverse discipline, i quali devono passarsi il testimone ed hanno un obiettivo comune che è il traguardo. Qui c'è una staffetta di ordine politico che è frutto di un accordo che non è basato in valori assoluti su obiettivi precisi, ma su equilibri che non sono gli obiettivi. A fronte di questi equilibri chiaramente si giocano le partite e sono le partite prima del Trentino, poi dell'Alto Adige, dimenticandosi che, per quanto ci compete, l'obiettivo dovrebbe essere il Trentino-Alto Adige.

Mi permetto di ritenere offensivo, dal punto di vista delle scelte politiche nei confronti dei cittadini, il doversi scambiare, quasi che il Presidente Depaoli non fosse più in grado, per i due anni e mezzo dopo, di fare ancora il Presidente dell'aula e il Presidente della Giunta provinciale di Bolzano non fosse capace di continuare a fare il Presidente della Giunta regionale. Questo per dire che nasce da qualcosa che non funziona.

Vi immaginate, per fare sempre un esempio figurato, se si facesse la staffetta a San Remo durante l'esibizione canora nazionale ed a metà canzone il cantante Gino Paoli smettesse e continuasse il cantante Zuccherò a finire la stessa canzone. Probabilmente saremo alle comiche oggi o alle comiche domani.

Allora nella sua valenza il termine "staffetta" è una sciocchezza, perché nella sua valenza dovrebbe esserci la capacità rappresentativa dell'uno e dell'altro, a fronte di un progetto che non si può interrompere a due anni, sei mesi ed un giorno, tipicamente tolto dalle sequenze delle pensioni degli statali,

ma dovrebbe avere una valenza di rappresentatività nel tempo, a prescindere comunque, perché i progetti devono portare avanti questo tema.

A due anni e mezzo dall'inizio della legislatura, vedere la relazione del nuovo Presidente, l'abbiamo letta, ma dovrebbe essere una relazione congiunta dall'inizio della legislatura, non ci dovrebbe essere questo passaggio di confronto, perché se un progetto è quinquennale non può essere di due anni e mezzo. Allora se non può essere di due anni e mezzo, probabilmente i giochi degli equilibri, al di là di tutte le parole che ci siamo detti, non sono reali, non sono fondati e comunque non sono rispettosi del ruolo politico che comunque rappresentiamo sia a livello provinciale per le due Province, sia a livello regionale, perché questo è un nostro mandato riconosciuto.

Detto questo, mi permetto di sottolineare anche un altro passaggio, solo per poi arrivare nel concreto, che mi fa specie è l'immunità che ci copre all'interno di queste aule, che ci permette di dire anche delle sciocchezze. Quando prima un collega ha definito "gente fuorilegge coloro che fanno le leggi a Roma", fosse un cittadino che lo dice chiaramente verrebbe perseguito, perché non mi risulta che ci siano dei fuorilegge, fuorilegge sono i banditi che non sono eletti. Probabilmente fuorilegge è quel bandito di Battisti che è coperto da uno Stato boia, probabilmente quello è un assassino, ha ucciso quattro persone ed è coperto da uno Stato boia. Questo è vero, questo è fuorilegge che però non fa parte del Governo italiano.

Allora fare affermazioni di questo genere, credo che dovremmo stare attenti prima di dire certe cose, anche perché, come è stato detto prima da qualche collega, anche dal consigliere Filippin, probabilmente il tema della Regione, lo svuotamento, l'aborto della Regione, perché è inutile che ce la raccontiamo, guardiamoci in faccia, che cosa abbiamo fatto in due anni e mezzo di Regione con questo Consiglio? Ce lo diciamo? O vogliamo fare i furbini e dire che abbiamo lavorato come dei lavoratori da cava? Credo che abbiamo fatto pochissimo in una Regione che non c'è, in un sistema che è aleatorio, immaginario e che fa comodo che così sia, in una situazione dove ci sono precise responsabilità nel tempo.

È inutile nascondersi – lo dico in modo molto rispettoso, senza offendere qualcuno, come qualche collega riferendosi a Roma, si è permesso di offendere – che c'è qualcuno che sceglie che questa Regione dovrà morire e c'è qualcuno invece che vuole che questa Regione rimanga.

Perciò, nel rispetto delle posizioni, credo che non dobbiamo permettere di prenderci in giro neanche noi, perché il nostro tempo è prezioso, il nostro tempo è importante e così soprattutto è il tempo dei nostri concittadini tutti del Südtirol e del Trentino.

Allora quando ci diciamo che la Regione sta lavorando, sta funzionando, no, la Regione è diventata un po' come l'Europa, in Europa c'è l'Europa delle banche e non dei popoli, la Regione è quell'istituto che gestisce capitali o comunque provvidenze, per il resto lo zero assoluto.

Ve ne racconto una su una legge, che voi conoscete, la legge che era a tutela dei familiari affetti da SLA, dove la legge è stata approvata e la Provincia di Bolzano correttamente l'ha recepita, la Provincia di Trento no. Tanto per dirci, è di qualche ora fa la notizia di tre arresti eccellenti a Trento nel campo della sanità, dove per quattro anni nella sanità si sono permessi addirittura 2,3 milioni di euro di truffa attraverso chi gestiva un certo tipo di concessione di protesi e quant'altro. Questa è una cosa gravissima, quattro

anni, perché si capisce che c'erano degli eccessi, c'è sull'Ansa di qualche minuto fa dove si dice che sono state arrestate tre persone e sequestrati un sacco di beni, perché sembra che vi sia stata una truffa addirittura di 2,3 milioni di euro nella sanità trentina.

A fronte di queste situazioni, dove ogni Provincia tira la giacca a modo suo, chi ci ha rimesso è stato obiettivamente il sistema regionale. Concordo con quando dicevano i miei colleghi poc'anzi, ci sono delle situazioni che sono ormai incomprensibili, parlo delle nostre esperienze trentine, noi abbiamo le circoscrizioni, i comuni, le comunità di valle, la Provincia e poi la Regione, abbiamo cinque enti che gestiscono 500 mila abitanti. A fronte di questo la confusione istituzionale comunque è pacifica, perché dove sta l'influenza del consigliere provinciale, rispetto alla nuova provincetta che è la comunità di valle, rispetto alle competenze del comune, rispetto poi, per quanto riguarda Trento e Rovereto, ci sono a livello circoscrizionale.

A fronte di questi passaggi, di queste fasi istituzionali, credo che alcuni temi fondamentali, e non solo il GECT o il problema dell'autostrada, ma molte altre cose, la sanità, la viabilità in termini generali, eccetera, sicuramente potevano essere argomenti importanti per quanto riguarda la Regione Trentino-Alto Adige. Peraltro ci sono anche delle disparità, pensate che, per esempio, nella sanità l'elenco dei medicinali mutuabili è diverso tra Trento e Bolzano ed allora ci sono quelli della valle di Fassa che vanno a farsi qualche ricetta di là, perché ci sono i farmaci che di là sono mutuabili e di qua non sono mutuabili.

Tanto per dire le differenze e le banalità di una gestione che nasce dal famoso "Los von Trient" e dalle successive situazioni, leggevo in questi giorni le affermazioni di Magnago laddove, parlando di bombe, diceva: anche quelle, nel bene o nel male, comunque hanno contribuito ad un percorso di un certo genere.

Sarebbe un passaggio importante la pacificazione regionale, la dico così per non esplicitare, perché probabilmente dovremmo dedicare molto tempo, ho visto le affermazioni di qualche collega interessato su questo tema, è chiaro che questo tema potrebbe scatenare opinioni di parte più per giudizio storico che per giudizio futuro.

A fronte di come è stata generata questa situazione, mi collego a quanto diceva il collega Ottobre, naturalmente lui si incensava di aver portato e di vivere in una situazione che è positiva, perché attraverso la Regione dobbiamo rigenerare un progetto per fondarla e per rifondarla. Ebbene, collega Ottobre, sostanzialmente la Regione non c'è più, diciamocelo, è da stamattina che diciamo un sacco di cose, ma nella realtà cerchiamo di elencare quelle competenze che sono ancora in capo alla Regione, al di là di quelle finanziarie, economiche e di business.

Diciamoci quali vantaggi, per esempio, potremmo avere se la Regione, nella sua essenza e nella sua capacità di massa critica, potesse confrontarsi veramente con quello che è il nord, con quello che è l'est e con quello che è l'ovest. I cubetti di porfido del Trentino non ce li possiamo mangiare in modo autarchico, probabilmente abbiamo bisogno dell'Euregio, abbiamo bisogno dei collegamenti con il Veneto, abbiamo bisogno dei collegamenti con la Lombardia.

La Regione Trentino-Alto Adige può essere volano, motore e generatore di ricchezza, con la possibilità di esportare modelli, a fronte di un laboratorio che oggettivamente c'è, ma dobbiamo riconoscere che è un

laboratorio anomalo, dove nella normalità si trovano gli stati dei disagi. Vediamo le dichiarazioni, che ho letto poco fa, del Presidente della Giunta provinciale di Bolzano, che dice che il 17,9% delle famiglie sono a rischio e stiamo parlando dell'Alto Adige. È chiaro che le difficoltà rientrano nella normalità, poi nella verità la nostra capacità, che è generata dalla possibilità di avere i nove decimi, confermati peraltro dall'Accordo di Milano, ma comunque non originati dall'Accordo di Milano, ma ridefiniti in modo intelligente e costruttivo dall'Accordo di Milano tra i nostri Presidenti ed i Ministri competenti, chiaramente diventa un laboratorio anomalo, proprio perché i nostri nove decimi non sono esportabili.

Allora, nel momento in cui non c'è l'esportabilità di questo tipo di modello, è chiaro che possiamo essere laboratorio per riuscire ad esportare, modelli che possono essere di sviluppo e perciò ben venga il tema fondamentale della ricerca, dell'innovazione e dei sistemi di produzione. Attenzione però, quando poi vediamo che Trento va da una parte e Bolzano va dall'altra e sentiamo da un collega di maggioranza che il Trentino ha più fantasia istituzionale – è stato detto stamattina – credo che rasentiamo, dal punto di vista politico, la capacità del karakiri, perché se il Trentino ha più fantasia politica mi si dica perché e mi si dica perché invece l'Alto Adige – che tanto qualcuno sta glorificando e per quanto mi riguarda è un punto di riferimento – non avrebbe fantasia istituzionale? Probabilmente perché l'Alto Adige, il Südtirol ha una concretezza completamente diversa dalla fantasia, che qualcuno attribuiva a livello romano, dalla fantasia economica applicata.

Vi racconto solo un passaggio. Voi andate all'Alpe di Siusi, andate al rifugio del Sasso Piatto, guardate il versante trentino e quello del Südtirol e vedrete il versante del Südtirol, in pieno agosto, tenuto corretto in tutti i suoi angoli, non c'è una baita cadente; guardate il versante trentino, la valle di Fassa, la bellissima val Duron e controllate se ci sono gli sfalci e se le baite sono state recuperate. Addirittura c'è un passaggio che apprezzo moltissimo, l'Hotel Touring nell'arco di due mesi è stato raso al suolo, perché c'è stato uno spostamento di volume all'interno dello stesso comune. Una politica intelligente che qualifica e recupera ambiente, senza lasciare nulla di rovinato dal punto di vista ambientale e perciò una politica che la si vede nella concretezza, perché una è la fantasia economica e l'altra è la concretezza reale.

Peraltro, non voglio santificare assolutamente nessuno, nelle varie realtà e comunità, le più rurali possibili, nell'Alto Adige le troviamo obiettivamente tutte, con il senso positivo del termine "assistite", mentre nel Trentino, pur nella fantasia economica o fantasia istituzionale di cui parlava il collega Zeni, le troviamo completamente abbandonate.

Questo non vuol dire che è meglio Bolzano e peggio Trento o l'inverso, dico quale potrebbe essere la funzione della Regione, dal punto di vista dell'utilizzo del territorio, ad esempio, dello sviluppo della potenzialità del territorio, della capacità di essere il parco-giochi del centro Europa, perché obiettivamente, tenendo presente la valenza dell'aspetto turistico, vediamo che è il passaggio dove c'è una resa maggiore. Ad esempio, sembrerebbe banale, ma la storia dello sfruttamento, anche dal punto di vista turistico, attraverso le fiction che sono state girate recentemente, ebbene anche lì si è scatenata una situazione tra Trento e Bolzano e probabilmente, lo dico in modo costruttivo, attraverso un lavoro di un certo genere si poteva trovare una sintesi positiva, che potesse essere l'interpretazione di una filosofia non tanto delle geografie

istituzionali, quanto dello sfruttamento di un territorio che, per quanto mi riguarda, sento comune.

Peraltro l'unica diversità che mi permetto di sottolineare e che potrebbe essere una ulteriore ricchezza di questa Regione, non è tanto dal punto di vista della gestione, dell'autonomia di chi fa un qualcosa di diverso, ma è nella capacità di avere la forza del rispetto e della qualificazione delle diversità, intese come minoranze, perché poi all'interno dell'Alto Adige minoranza sono in parte gli italiani, all'interno delle varie realtà minoranza sono i tedeschi.

Allora se noi dovessimo mai arrivare ad una pacificazione regionale su temi importanti che riguardano il passato e se riuscissimo ad interpretare obiettivamente quale deve essere il ruolo della Regione, probabilmente la smetteremmo di parlarci spesso addosso, dicendo che attraverso la Regione si farà altro, attraverso la Regione si interpreta, perché non è vero assolutamente niente. Delle due l'una, o prima o dopo arriveremo a fare due Regioni distinte, cioè il Trentino ed il Südtirol, oppure questi sono esclusivamente equilibri che servono per fare degli affari, per portare a casa degli affari importanti per qualcuno e non per tutti e dall'altra parte per trovare equilibri elettoralistici che poi devono avere un ritorno a livello nazionale. Voi sapete benissimo che poi ci sono anche gli accordi per quanto riguarda i collegi Camera e Senato. Allora la Regione, nella sostanza, serve anche per questi equilibri e nella realtà però non va a concretarsi nel nulla, per quanto riguarda la capacità di generare prospettiva di sviluppo in modo positivo.

Allora, a fronte della relazione del Presidente Dellai, al quale mi permetto di augurare un buon lavoro, comunque sia, perché è il rappresentante della massima istituzione regionale ed insieme mi permetto anche di salutare la collega Rosa Thaler che ha assunto la Presidenza di quest'aula nella staffetta, senza nulla togliere al collega che è diventato vice Presidente, ma salutando queste due figure istituzionali, mi permetto di sottolineare un passaggio importante. Cerchiamo di essere concreti, cerchiamo di applicare una concretezza importante, altrimenti dobbiamo avere il coraggio di ridiscutere, ma in modo pesante, il ruolo della Regione.

Stamattina si parlava di terzo Statuto, perciò di sostanziale rigenerazione di un percorso, però prima di passare a questo – sicuramente lo dovremo prima o dopo fare – dovremo capire quali sono i contenuti, dovremo creare e ricercare quel minimo comune denominatore che accomuna i trentini ed i sudtirolesi all'interno di un sistema, lo ribadisco, che rispetti soprattutto le peculiarità anche storiche dei territori.

Non credo che la sopraffazione sia un passaggio positivo, non lo credo assolutamente per nulla e credo che se ci fosse questa visione di insieme, che deve essere proiettata nei prossimi 30 anni, non guardando i 50-60 anni scorsi, probabilmente molte cose potrebbero maturare, proprio perché attraverso la maturazione dei processi storici, dei processi che sono stati vissuti da una parte e dall'altra, nelle situazioni più diverse, per le giustificazioni o per le ingiustificazioni più diverse, ma comunque attraverso questo passaggio potremmo pensare di essere veramente Regione.

Diversamente, mi permetto di dire che il Trentino con i suoi abitanti, l'Alto Adige con i suoi abitanti, le micro realtà – perché di questo dobbiamo parlare – potranno avere sicuramente un ruolo nell'Europa delle regioni, riorganizzata anch'essa, ma secondo il mio punto di vista ha grosse difficoltà

all'interno di un sistema che trova nella massa critica, nella capacità di essere soggetto attivo delle risposdenze sicuramente superiori.

A fronte di una capacità di essere Regione, al di là del GECT e al di là dei business che sono a divenire, credo che dovremmo ripensare ad una Regione dei "Trento-sudtirolesi" che, partendo dai valori, pensino a dove vogliamo andare.

Ho sentito prima parlare, dalla collega Klotz, delle tradizioni; ebbene le nostre tradizioni, nel senso di Trento e del Südtirol, sono le radici storiche importanti che vanno rispettate. Ci sono stati dei passaggi che hanno scosso e disequilibrato questi sistemi in tempi diversi, ma se partendo dalle radici e se dovessimo ragionare per valori su quelle radici, probabilmente troveremo delle maggioranze straordinariamente diverse da quelle che attualmente stanno governando la Provincia e la Regione, perché se ci confrontassimo in termini valoriali con certa parte tedesca, rispetto a quelli che sono obbligati a sopravvivere con la sinistra attuale, probabilmente sui termini valoriali troveremo delle convergenze straordinarie, partendo proprio dalla tradizione dei nostri tempi, dei nostri padri e dei nostri territori.

A fronte di questo, l'auspicio al Presidente Dellai ad applicare un percorso di concretezza e mi permetto di dirlo anche al Presidente dell'aula, perché è vero che ci sono i passaggi regolamentari dei lavori, però è anche vero che le Commissioni potrebbero svolgere un ruolo determinante ed importante per trovare il metodo ed il modo di arrivare in aula ad accelerare sistemi e processi legislativi. Soprattutto credo che se il Presidente della Giunta regionale, la Giunta che sta insediandosi e tutti i colleghi trovassero la quadra su alcuni punti condivisi, probabilmente potremmo migliorare il nostro modo di lavorare e rendere veloci i lavori d'aula.

Detto questo, concludo con due passaggi che sono dei ringraziamenti nella non condivisione dell'azione politica. Un ringraziamento alla collega Dominici ed un ringraziamento alla collega Cogo, poi chiaramente i ringraziamenti a tutti gli assessori uscenti, perché attraverso questo sistema dell'equilibrio e non della rappresentatività, nella realtà sono stati degli agnelli sacrificali, si sono sacrificate delle posizioni perché non erano frutto di un programma o di un progetto, ma erano semplicemente frutto di un equilibrio che nulla centra con il programma ed a nulla serve per poter governare questo. A fronte di questo mi permetto di ringraziarle, innanzitutto come donne e ringraziarle anche per come hanno portato il loro lavoro in aula, chi in un ruolo e chi nell'altro e mi permetto di ringraziare in modo particolare la collega Dominici che, pur essendo in maggioranza nella Provincia di Trento, ha avuto il coraggio di dire la sua. Quando le persone, all'interno delle istituzioni, magari rischiando, hanno anche il coraggio di dire quello che pensano, le stimo ancora di più.

Con questo concludo, augurando buon lavoro al Presidente Dellai, nel senso che il Presidente saprà bene che nella Lega troverà sicuramente una seria opposizione che saprà sottolineare i passaggi e le incongruenze di quest'aula. Grazie.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Savoi. Ne ha facoltà.

SAVOI: Grazie, Presidente. Sarò breve, perché sappiamo che poi l'Assemblea dovrà esaminare un provvedimento urgente. Il cambio della guardia, la cosiddetta staffetta, pone alcune riflessioni su questo ente, la nostra Regione a

statuto speciale che ormai da anni è fortemente messa in discussione, subisce attacchi dall'esterno e soprattutto all'interno per distruggere questo ente, che non è un ente speciale perché qualcuno ce l'ha regalato, ma che deriva dalla nostra storia.

Se è vero, come è vero, che i nonni dei colleghi dell'Alto Adige hanno combattuto contro l'Austria, è altrettanto vero che i miei nonni trentini hanno combattuto contro l'Italia, perché eravamo sotto l'impero austroungarico. Sappiamo tutti come al termine della grande guerra, con il Trattato di Saint-Germain, il 5 settembre 1946 il Trentino-Alto Adige fu annesso all'Italia e, di fatto, siamo diventati italiani e quando uno Stato cattura, come fu il Trentino-Alto Adige catturato ed annesso all'Italia, generalmente si pongono i problemi grossi che esistevano in queste popolazioni, ma non fu possibile regolarizzare da subito questi rapporti, in quanto venne il fascismo, che nazionalizzò tutto e non permise alcun dialogo, alcuna rivendicazione legittima alle nostre popolazioni.

Soltanto dopo la seconda guerra mondiale, con l'Accordo Degasperi-Gruber finalmente vengono riconosciute le nostre specificità. Sappiamo tutti come in principio l'Accordo Degasperi-Gruber dovesse risolvere la questione della minoranza di lingua tedesca, sappiamo tutti come in Alto Adige la popolazione è di lingua e di cultura tedesca e sappiamo tutti come la maggioranza della popolazione trentina sia di cultura e lingua italiana.

L'accordo riguardava l'essere assieme ed il riconoscimento era per tutelare la minoranza, che era la maggioranza dell'Alto Adige di lingua e cultura tedesca. La nostra autonomia speciale parte dall'Accordo Degasperi-Gruber ed arriva fino alla legge costituzionale del 2001, con la quale, come diceva il Presidente Dellai nella sua relazione, si sono rovesciati i rapporti fra la Regione e le Province autonome.

Guai se muore la Regione, guai! Perché se è vero, come è vero, che oggi l'abbiamo svuotata e le Province di Trento e Bolzano hanno competenze primarie rispetto alle competenze della Regione, se muore questo collante, stabilito con legge costituzionale, evidentemente muore anche l'autonomia. Le Province autonome di Trento e di Bolzano diventerebbero due province normali come sono le province delle regioni limitrofe. Per questo la Regione che subisce attacchi non può morire, perché ne soffrirebbe la nostra autonomia trentina.

In questa occasione di dibattito occorre con forza verificare quali sono le condizioni per rafforzare la nostra Regione, perché ci siamo dentro, per la storia, per la cultura, con le nostre diversità, che ci accorpano in questa autonomia speciale che ci è stata riconosciuta e certamente non regalata, proprio per quelle ragioni storiche che richiamavo prima.

Quindi l'impegno di chi oggi presiede e di chi dovrà presiedere in futuro questo ente è importante, per dare contenuti seri affinché all'interno delle diversità che ci sono nelle due Province si possano fare ragionamenti seri, progetti comuni che vanno nell'interesse dal Brennero a Borghetto. Questo è l'obiettivo di questo ente che va difeso con forza dagli attacchi. Non possiamo perdere l'ente Regione, pena la decadenza dell'autonomia delle Province di Trento e di Bolzano.

Per questo difendiamo la Regione con forza, per questo un impegno serio, preciso, di collaborazione su punti seri, cercando di condividere certe tematiche. Spesso e volentieri vediamo che a Bolzano si opera in una maniera

ed a Trento in un'altra, sarebbe opportuno collaborare assieme, per non creare quelle diversità e quei confronti che non servono a niente, stare assieme in questa Regione che da sempre la storia ci ha insegnato assieme, prima sotto l'Impero austroungarico, ora all'interno dello Stato italiano, con le diversità che ci sono e vanno riconosciute, con le minoranze linguistiche, ci mancherebbe altro, che hanno gli altoatesini ed in parte i trentini, ma questo è l'impegno che deve avere chi presiede una Giunta, chi ha prospettive future.

Noi dobbiamo difendere questo ente dagli attacchi esterni, invidiosi e legittimi, evidentemente. Non è possibile, oggi come oggi, fare due Province autonome di Trento e di Bolzano senza questo ente Regione. Siamo in questa sede istituzionale con competenze, con risorse per dare risposte complessive alla nostra Regione.

Questo credo sia l'obiettivo oggi di chi presiede la Giunta regionale e di chi dovrà presiederla negli anni futuri, perché nuovi attacchi arriveranno, saremo sempre più in difficoltà, ma se noi siamo i primi ad autolimitarci le competenze e l'autonomia della Regione, fra qualche anno veramente la Regione potrà non esistere più, ma non ci saranno più neanche le Province autonome di Trento e di Bolzano. Grazie.

**PRÄSIDENTIN ZELGER THALER ÜBERNIMMT DEN VORSITZ
ASSUME LA PRESIDENZA LA PRESIDENTE ZELGER THALER**

PRÄSIDENTIN: Danke! Das Wort hat der Abg. Pichler-Rolle.

PICHLER-ROLLE: Danke! Wir müssen uns wohl die Frage stellen – angesichts auch der verschiedenen Debattenbeiträge, die wir heute gehört haben -, wenn wir morgen ernsthaft eine Diskussion über die institutionelle Zukunft der beiden autonomen Provinzen und der Region führen müssen, mit welcher Haltung, mit welcher Meinung wir der römischen Regierung oder den römischen Gesprächspartnern gegenüber treten würden. Ob wir uns auf eine einheitliche Meinung verständigen können oder ob wir stattdessen das wiederholen würden, was wir soeben gehört haben, d.h. dass eine Reihe von Abgeordneten grundsätzliche juristische Zweifel aufwerfen, eine andere Reihe von Abgeordneten die Region wieder herstellen möchte, wie sie früher einmal existiert hat, andere Abgeordnete stattdessen die Region völlig auflösen und abschaffen wollen. All dies haben wir heute in der Debatte gehört und erlebt. Gleichzeitig hätten wir auch auf gesamtstaatlicher Ebene einen Gesprächspartner, der ebenso zögern würde, weil im Jahre 2001 und folgendes eine Verfassungsreform erfolgt ist, die zwar die Gemeinden, die Regionen und den Staat auf dieselbe Ebene gestellt hat, aber durchaus nicht die Kompetenzbereiche so klar abgesteckt und deutlich definiert hat, dass diese föderalistische Intention, diese Gleichrangigkeit, auch ganz klar eine Zuordnung erfahren hat. Und es ist zunehmend so, dass sich das Verfassungsgericht nicht über Arbeit beklagen kann, aber letztendlich dann entscheiden muss, welches die Zuständigkeiten der Regionen, der Gemeinden und des Staates sind. Dies ist also keine einfache Geschichte. Ich kann nur darauf verweisen, dass wir immer und immer wieder Realpolitik betrieben haben. Auch der designierte Präsident der Region, Lorenzo Dellai, tut dies und er tut gut daran. Ich denke, wir haben eine Selbstverwaltung, die eine gute Selbstverwaltung ist. Wir haben gleichzeitig den europäischen Weg beschritten, der ein richtiger Weg ist und

beschritten werden muss. Ich darf daran erinnern, dass vor Jahren, als die drei Länder das Büro in Brüssel gemeinsam eröffnet haben, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit des gemeinsamen Auftretens gewesen ist, eine sehr große Aufregung geherrscht hat und dass nun interessanter Weise von derselben politischen Seite so getan wird, als ob diese EVTZ nichts Besonderes sei. Ich darf daran erinnern, dass wir den Föderalismus mit dem Mailänder Abkommen vorweggenommen haben, dass wir also immer wieder eine ganze Reihe von Schritten gesetzt haben, die praktische Schritte waren, die einfache Schritte der Realpolitik gewesen sind, einer Realpolitik gegenüber dem Staat, Europa folgend und einer Realpolitik auch dem Rechnung tragend. Aber offenkundig haben nicht alle Parteien, die in Vertretung der Trentiner und der Südtiroler Bevölkerung hier sitzen, eine ganz klare Vorstellung davon, wie diese Region, diese beiden Länder, sich weiter entwickeln sollen. Deshalb tun wir gut daran, einen Schritt nach dem anderen zu setzen, Realpolitik zu betreiben, jede sich bietende Gelegenheit beim Schopf zu fassen, um einen Schritt mehr als Selbstverwaltung zu bekommen, um die europäische, die staatliche Schiene auszunutzen. All dies ist richtige und gute Politik.

Deshalb stehen wir ohne Wenn und Aber auch hinter der Politik der Regionalregierung und sprechen selbstverständlich dem designierten Präsidenten und seinen Mitglieder unser Vertrauen aus.

PRÄSIDENTIN: Danke! Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Ich gebe dem Abg. Dellai das Wort für die Replik.

DELLAI: Grazie, Presidente. Vorrei innanzitutto ringraziare i colleghi che sono intervenuti, sia i colleghi della maggioranza che i colleghi dell'opposizione, per le riflessioni che hanno prodotto e per le valutazioni che hanno proposto a questo dibattito. Naturalmente non raccolgo in questa replica, che sarà brevissima anche per gli impegni ulteriori che abbiamo in questa seduta, non raccolgo in questa replica tutti gli argomenti, e sono molti, che alcuni colleghi trentini hanno proposto e che fanno riferimento, in realtà, ad un dibattito interno alla Provincia autonoma di Trento. Sono polemiche che possiamo benissimo dirimere in Trentino, in Consiglio provinciale, anche per non annoiare i colleghi bolzanini e magari – lo dico con una battuta – per non stimolare, questa volta per motivi diversi, una sorta di nuovo “Los von Trient”.

Invece raccolgo i ragionamenti più generali che sono stati proposti al dibattito e che mi permetterei di riprendere, però sulla base di tre punti di premessa, che sono cose piuttosto scontate, però talvolta forse così scontate non sono.

Primo. La nostra Regione è prevista dalla Costituzione della Repubblica italiana. Esiste ed è definita dalla nostra Costituzione.

Secondo. Dal 1972 questa nostra Regione, che c'è perché la Costituzione italiana la prevede, non ha più poteri di governo, sulla base dei quali si è molto discusso anche oggi, non ha più quelle competenze di governo che sono state invece attribuite alle due Province autonome.

Terzo. La storia delle istituzioni è una storia complessa ed anche le evoluzioni delle istituzioni sono una storia complessa, non sono evoluzioni banali, soprattutto se queste istituzioni si riferiscono a territori che hanno una loro intrinseca complessità, sia perché sono abitati da popolazioni di cultura e

lingua diversa, sia perché sono collocati in ambiti geopolitici che storicamente sono sempre stati complessi, come i nostri territori.

Dunque la Regione esiste perché la Costituzione la prevede; da ormai 40 anni non ha più quelle competenze di governo che ho sentito anche oggi, in questo dibattito, evocare; siamo in una fase di evoluzione, ma le evoluzioni delle istituzioni non sono cosa semplice, non si fanno con provvedimenti che non siano frutto di una lunga maturazione.

Dunque noi siamo dentro questo processo, è un processo dinamico, è un processo anche lungo, talvolta può avere delle accelerazioni, certamente sì, a ragione dell'andamento delle convinzioni dei cittadini, a ragione di fatti che avvengono nella comunità, ma normalmente il processo istituzionale è un processo dinamico certamente sì, ma anche molto complesso.

La staffetta cosiddetta si colloca dentro questo processo, è un segno che è stato deciso politicamente, assolutamente compatibile con il quadro statutario, poiché è veramente difficile applicare all'istituzione il principio del conflitto di interessi, altrimenti applicato ai singoli o alle organizzazioni private, è comunque una decisione assunta all'interno di un percorso che ci vede, ormai da molto tempo, impegnati, con visioni anche diverse, impegnati a superare la fase dell'indifferenza fra Trento e Bolzano, che è seguita alla fase dello scontro tra Trento e Bolzano, ci vede oggi in questa sorta di terreno di transito, di passaggio a quello che dovrà essere in futuro un nuovo assetto della nostra collaborazione.

Questo approccio non è rassegnazione, è realismo, è un approccio realistico, pragmatico a questa problematica e la mia relazione ha voluto, naturalmente al pari di tutte le altre che in questo periodo sono state fatte da me e dal collega Durnwalder, a nome della maggioranza, ha voluto mantenere questo approccio realistico, perché siamo consapevoli che abbiamo alle spalle una storia, che è una storia complessa, abbiamo alle spalle una storia che ci ha visti portatori di un comune sentire, certamente sì, ma ci ha visti anche interpreti di vicende che hanno provocato rotture, hanno provocato separazioni, alle quali sono seguiti percorsi di ricomposizione. Comunque è una storia sicuramente complessa. Abbiamo anche assetti costituzionali molto precisi, di fronte a noi, abbiamo soprattutto la consapevolezza che siamo in una fase di evoluzione.

È stato chiesto da alcuni se si vuole intravedere uno scenario ulteriore di evoluzione di questo nostro quadro istituzionale, certamente sì, sono convinto, personalmente ravviso la necessità di un approdo ulteriore rispetto all'attuale definizione costituzionale statutaria. Certamente sì. Peraltro una parte del percorso è stata fatta, qualche collega ha citato l'Accordo di Milano, l'Accordo di Milano è consistito nella riscrittura del Titolo VI del nostro Statuto, è stato comunque un percorso che ha modificato, aggiornato una parte rilevante del nostro Statuto di autonomia che è quella che riguarda gli strumenti finanziari.

Certamente sì. Le modifiche statutarie intervenute fino al 2001 hanno modificato il nostro Statuto; altrettanto certamente sì hanno sancito il rovesciamento della logica istituzionale fra le due Province e la Regione, hanno, per così dire, accelerato quel processo che il secondo Statuto aveva definito sotto il profilo delle competenze e non sotto il profilo della logica istituzionale.

Dunque sono tutti questi fatti che denotano una evoluzione sul piano istituzionale e certamente vi è la necessità e l'opportunità di valutare attentamente gli ulteriori passi da questo punto di vista. I passi saranno fatti

quando ci saranno le condizioni per farli: condizioni di contenuto, di convergenza, condizioni di contesto, condizioni di volontà da parte di tutti gli attori di questa iniziativa.

Certamente la Giunta regionale ha il suo ruolo, ma non ha certamente nessun ruolo esaustivo da questo punto di vista. Tuttavia va detto che questa evoluzione non può essere immaginata in ogni caso, se torna ad emergere un'idea di Regione che divide e non unisce. Qui c'è un paradosso, c'è chi dice: siccome vogliamo andare d'accordo di più con Bolzano, vogliamo che la Regione torni ad avere poteri veri di governo. È un paradosso, è una contraddizione interna, quasi un ossimoro, è un ossimoro questo, il punto vero è quello di individuare una idea di Regione che unisca e non che divida ed il tentativo faticoso che si sta facendo, a fronte di un quadro storico di un certo tipo e di un quadro di competenze che è stato definito dal secondo Statuto in poi.

Quindi in questa fase si colloca l'esperienza della staffetta, della copresidenza dei due Presidenti della Regione, non c'è dubbio che questo non esaurisce la discussione, non esaurisce la riflessione anche di tipo istituzionale, speriamo che in questa seconda parte di legislatura maturino maggiori condizioni per affrontare di più questo discorso.

Vorrei telegraficamente anche dare un chiarimento per come vediamo noi le questioni relative al GECT, è stato citato più volte, noi non abbiamo mai nascosto che la costituzione del GECT, che ieri ha avuto uno dei passaggi importanti, non quello definitivo, deve essere sancito dall'approvazione di due norme provinciali, ma questa costituzione del GECT è un primo passo importante, utilizza gli strumenti che oggi ci sono a disposizione, certamente se il Parlamento italiano avesse ratificato tutti gli atti aggiuntivi dell'accordo di Madrid avremo fatto scelte diverse. Matureranno anche qui le condizioni? Penso di sì, certamente penso che il GECT non ha solo la valenza intrinseca di uno strumento di cooperazione nei molti campi che lo Statuto ha individuato, ma sarà anche un ulteriore mattone che noi mettiamo nella costruzione di una cooperazione istituzionale, dal rilievo anche politico fra Trento, Bolzano ed Innsbruck. Questo è l'auspicio che noi facciamo, nel momento in cui parte questa nuova esperienza.

Devo poi dare quattro chiarimenti, relative a domande molto telegrafiche che mi sono state fatte. La prima, sui centri di mediazione. Sono iniziative pubbliche che la Regione mette in campo. Attualmente collaborano tre persone a queste iniziative, certamente questo non impedisce che anche da parte privata nascano, sulla base di quanto previsto dalla legge, delle analoghe iniziative.

Perché lavoriamo ad una norma di attuazione finanziaria dopo l'Accordo di Milano? Per la semplice ragione che l'Accordo di Milano vige, ovviamente, già oggi produce i suoi effetti giuridici, essendo il nuovo Titolo VI dello Statuto, ma quel testo richiede tutta una serie di specificazioni che solo nella norma di attuazione possono essere chiarite, a garanzia soprattutto della Regione e delle Province autonome, rispetto a possibili interpretazioni diverse da parte delle burocrazie ministeriali.

Il tunnel del Brennero e le tratte da Verona verso Fortezza. Le due Province autonome sempre hanno confermato che per noi si tratta di un unico progetto, che ovviamente avrà fasi realizzative diverse, questo è del tutto evidente, ma la concezione deve esser unitaria: Non esiste che possa essere

fatto solo il tunnel di base, anche dal punto di vista tecnico-gestionale sarebbe un non senso. Quindi abbiamo sempre insistito, perché tutti i provvedimenti pianificatori considerassero l'intera tratta da Verona fino a Fortezza. Ovviamente stiamo seguendo, non sono state definite ancora tutte le scelte, ma per quanto ci riguarda è essenziale che vi sia la garanzia di questa unitarietà dell'intervento.

Da ultimo è stata chiesta un'opinione sul punto della modalità, attraverso la quale si erogano le indennità dei consiglieri. Non è materia di Giunta, come correttamente è stato ricordato, tuttavia, dal mio punto di vista, mi pare di poter dire che l'assetto attuale, anche dal punto di vista organizzativo, è un assetto piuttosto buono, che ci consente di esercitare l'autonomia delle due Province, ma di avere un'unica attività dal punto di vista organizzativo e burocratico.

PRÄSIDENTIN: Danke! Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Zuerst stimmen wir über den Präsidenten ab. Damit die Wahl gültig ist, brauchen wir 36 Abstimmende. Ich ersuche um die Verteilung der Stimmzettel. Jeder kann einen Namen aufschreiben. Es gibt einen Kandidaten, den Abg. Dellai.

Ich bitte um den Namensaufruf.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENTIN: Die Abstimmung ist abgeschlossen. Ich gebe das Ergebnis bekannt:

Abstimmende:	60
Erforderliche Mehrheit	36
Es haben Stimmen erhalten:	
Lorenzo Dellai	39
Donato Seppi	2
Pius Leitner	1
Sigmar Stocker	1
Weißer Stimmzettel	13
Ungültige Stimmzettel	4

Ich erkläre damit den Abg. Dellai zum neugewählten Präsidenten der Region. Ich wünsche dem neuen Präsidenten alles Gute.

Wir kommen jetzt zum nächsten Wahlgang und zwar zur Wahl des Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin der Regionalregierung, welcher der deutschen Sprachgruppe angehören muss.

Gibt es dazu Vorschläge? Bitte, Abg. Pichler-Rolle.

PICHLER-ROLLE: Wir haben großes Vertrauen im bisherigen Präsidenten und deshalb schlagen wir für dieses Amt den Abg. Durnwalder vor. Ich bitte um Unterstützung.

PRÄSIDENTIN: Danke! Es gibt keine weiteren Vorschläge. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENTIN: Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt:

Abstimmende:	61
Erforderliche Mehrheit	36
Es haben Stimmen erhalten:	
Alois Durnwalder	40
Georg Pardeller	4
Ulli Mair	1
Weißer Stimmzettel	13
Ungültige Stimmzettel	3

Ich erkläre damit den Abg. Alois Durnwalder zum Vizepräsidenten der Region.

Wir kommen zum nächsten Wahlgang. Wir wählen jetzt den Vizepräsidenten, der der italienischen Sprachgruppe angehört. Gibt es dazu Vorschläge?

Bitte, Abg. Tommasini.

TOMMASINI: Grazie, Presidente. Per la carica di assessore regionale e vice Presidente della Regione propongo il collega Roberto Bizzo.

PRÄSIDENTIN: Danke! Es gibt einen Vorschlag, den Abg. Bizzo. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENTIN: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	61
Erforderliche Mehrheit	36
Es haben Stimmen erhalten:	
Roberto Bizzo	33
Caterina Dominici	6
Margherita Cogo	6
Elena Artioli	4
Alessandro Savoi	1
Weißer Stimmzettel	9
Ungültige Stimmzettel	2

Damit ist die Wahl nicht gültig. Wir müssen einen zweiten Wahlgang machen. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENTIN: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	61
Erforderliche Mehrheit	36

Es haben Stimmen erhalten:	
Roberto Bizzo	36
Elena Artioli	4
Margherita Cogo	3
Claudio Civettini	3
Caterina Dominici	5
Rodolfo Borga	1
Weißer Stimmzettel	7
Ungültige Stimmzettel	2

Ich erkläre damit den Abg. Roberto Bizzo, der italienischen Sprache zugehörig, zum Vizepräsidenten und Assessor.

Wir wählen jetzt noch den Assessor der ladinischen Sprachgruppe. Ich ersuche um Vorschläge. Bitte, Abg. Lunelli.

LUNELLI: Grazie, Presidente. Solo per formalizzare la candidatura del collega Luigi Chiocchetti, come rappresentante del gruppo linguistico ladino della Provincia autonoma di Trento, per la Giunta regionale.

PRÄSIDENTIN: Danke! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, somit ersuche ich um Verteilung der Stimmzettel.

Ich ersuche um den Namensaufruf.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENTIN: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	60
Erforderliche Mehrheit	36
Es haben Stimmen erhalten:	
Luigi Chiocchetti	34
Caterina Dominici	15
Weißer Stimmzettel	11

Damit ist diese Wahl nicht gültig. Wir müssen einen zweiten Wahlgang machen. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

(segue votazione a scrutinio segreto)

PRÄSIDENTIN: Ich gebe das Wahlergebnis für die Wahl des ladinischen Regionalassessors bekannt:

Abstimmende:	60
Erforderliche Mehrheit	36
Es haben Stimmen erhalten:	
Luigi Chiocchetti	36
Caterina Dominici	20
Weißer Stimmzettel	4

Damit ist Abg. Chiocchetti zum ladinischen Regionalassessor gewählt. Wir beglückwünschen uns mit ihm. Wir hätten jetzt die Wahlen abgeschlossen.

Ich würde nur noch vorschlagen, dass wir über die Vorziehung jener zwei Punkte abstimmen, welche heute im Fraktionssprecherkollegium beantragt worden sind. Zum einen handelt es sich um den Tagesordnungspunkt Nr. 20: Gesetzentwurf Nr. 35: Unterstützung zur Überbrückung des Renteneintrittsfensters für Personen, die die Mobilitätszulage beziehen, und Verlängerung der Maßnahmen gegen die Wirtschaftskrise (eingebracht vom Regionalausschuss) und der zweite Antrag zum Tagesordnungspunkt Nr. 18: Anfrage Nr. 85 mit der Bitte um mündlicher Beantwortung, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Penasa, Savoi, Seppi, Klotz, Tinkhauser, Sembenotti, Borga, Civettini, Artioli, Egger, Stocker Sigmar, Filippin, Paternoster, Knoll, Urzi, Mair, Viola, Delladio, Casna, Pöder, Morandini, Giovanazzi, Leonardi, Eccher und Vezzali, um zu erfahren, welche Kriterien der Regionalausschuss den verschiedenen Rundfunk- und Fernsehanstalten zu erteilen gedenkt, auf dass der im Art. 11 quater des Gesetzes Nr. 28 vom 22. Februar 2000 festgeschriebene Pluralismus gewahrt und umgesetzt werde.

Ich möchte das Plenum fragen, ob es einverstanden ist, dann können wir diese zwei Punkte das nächste Mal bereits als Tagesordnungspunkt 1) und 2) auf die Einberufung setzen. Wer ist damit einverstanden? Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Mit 10 Enthaltungen und den restlichen Jastimmen sind diese beiden Tagesordnungspunkte vorgezogen.

Ich bedanke mich bei allen für die Mitarbeit und schließe die heutige Sitzung. Wir sehen uns am 5. und 6. Juli wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 18.07)

INDICE	INHALTSANGABE
---------------	----------------------

<p>PRESA D'ATTO delle dimissioni del Presidente e del Vicepresidente della Regione, nonché di altri componenti della Giunta regionale e provvedimenti conseguenti</p> <p style="text-align: right;">pag. 1</p>	<p>KENNTNISNAHME des Rücktritts des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Region sowie anderer Mitglieder der Regionalregierung und nachfolgende Maßnahmen</p> <p style="text-align: right;">Seite 1</p>
<p>INTERROGAZIONI E INTERPELLANZE</p> <p style="text-align: right;">pag. 68</p>	<p>ANFRAGEN UND INTERPELLATIONEN</p> <p style="text-align: right;">Seite 68</p>

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI VERZEICHNIS DER REDNER
--

KLOTZ Eva (SÜD-TIROLER FREIHEIT)	pag.	2
MORANDINI Pino (IL POPOLO DELLA LIBERTÀ PER IL TRENTINO)	"	5
PENASA Franca (LEGA NORD)	"	12
HEISS Hans (VERDI-GRÜNE-VĚRC)	"	19
CASNA Mario (LEGA NORD)	"	22
LUNELLI Giorgio (UNIONE PER IL TRENTINO)	"	26-66
BORGA Rodolfo (IL POPOLO DELLA LIBERTÀ PER IL TRENTINO)	"	27
CHIOCCHETTI Luigi (UNION AUTONOMISTA LADINA)	"	29
TINKHAUSER Roland (DIE FREIHEITLICHEN)	"	34
LEITNER Pius (DIE FREIHEITLICHEN)	"	35-38
ZENI Luca (PARTITO DEMOCRATICO DEL TRENTINO-ALTO ADIGE/SÜDTIROL)	"	39
VIOLA Walter (IL POPOLO DELLA LIBERTÀ PER IL TRENTINO)	"	42
FIRMANI Bruno (MISTO)	"	44
ECCHER Claudio (CIVICA PER DIVINA PRESIDENTE)	"	45
OTTOBRE Mauro (P.A.T.T. PARTITO AUTONOMISTA TRENTINO TIROLESE)	"	47

FILIPPIN Giuseppe (LEGA NORD)	“	49
CIVETTINI Claudio (LEGA NORD)	“	53
SAVOI Alessandro (LEGA NORD)	“	58
PICHLER-ROLLE Elmar (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	“	60-64
DELLAI Lorenzo (UNIONE PER IL TRENTINO)	“	61
UNTERBERGER Juliane (SVP SÜDTIROLER VOLKSPARTEI)	“	65